

ZUKUNFTSDOSSIER

Wirtschaften jenseits von Wachstum?

Befunde und Ausblicke

Erstellt von Hans Holzinger
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Im Auftrag des
Österreichischen Lebensministeriums

Jänner 2010

JBZ

www.jungk-bibliothek.at



lebensministerium.at

Impressum

Die Reihe „Zukunftsdossiers“ im Auftrag des Lebensministeriums bietet interessierten LeserInnen in kompakter Form Wissen über zukunftsrelevante Themen. Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg (JBZ) analysiert dazu aktuelle Literatur und andere Medien.

Das Zukunftsdossier „Wirtschaften jenseits von Wachstum?“ wurde von Mag. Hans Holzinger (JBZ; h.holzinger@salzburg.at) erstellt und erscheint anlässlich der internationalen Konferenz „Wachstum im Wandel“ (28./29. Jänner 2010) in Wien. Nähere Informationen finden Sie unter www.wachstumimwandel.at.



Jänner 2010

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium), Sektion V, Allgemeine Umweltpolitik, Abteilung V/8 – EU-Angelegenheiten, Umwelt, Stubenbastei 5, 1010 Wien Kontakt: Rita.Trattnigg@lebensministerium.at

Die in den Zukunftsdossiers vertretenen Meinungen der AutorInnen sind nicht notwendigerweise die Meinung des Lebensministeriums.



Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen versteht sich als Informations- und Dialogzentrum für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung. Mit ihrer Arbeit verfolgt sie drei Ziele: Bewertung und handlungsorientierte Aufbereitung von Zukunftswissen, Initiierung, Begleitung und Umsetzung zukunftsweisender Projekte und Prozesse, Stellungnahme zu aktuellen Zukunftsthemen. Die JBZ sammelt nicht nur zukunftsrelevante Literatur, sondern rezensiert diese auch in der viermal jährlich erscheinenden Zeitschrift „pro Zukunft“ und veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen eigene Publikationen. Weitere Informationen: <http://www.jungk-bibliothek.at/>

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung: Befunde _ 4 Ausblicke _ 9

1. Befunde: Wirtschaftswachstum, Konsumententwicklung und Nachhaltigkeit _ 13

Warum Wirtschaftswachstum? _ 14

Von der Ambivalenz der Überflussökonomie _ 15

Die ökologischen Grenzen des Wachstums _ 20

2. Analyse: Begründungen für Wirtschaftswachstum _ 24

Argument 1: Wirtschaftswachstum schafft Lebensqualität _ 27

Argument 2: Wachstum erhält Sozialstaat und Verteilungsspielräume _ 30

Argument 3: Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze _ 38

Argument 4: Umweltschutz erfordert und fördert Wachstum _ 45

Argument 5: Das Geld- und Zinssystem erfordert Wachstum _ 48

Exkurs: Frühe Kritik am Wachstumsdenken _ 52

3. Ausblicke: Wege in die Postwachstumsökonomie? _ 54

Verringerung kurzfristiger Finanzspekulationen _ 54

Begrenzung der Geldmenge _ 55

Größenbeschränkung und Dezentralisierung _ 56

Rückkehr zu Vollgeld - Beschränkung des Aktienrechts _ 56

Sozialpflichtigkeit des Kapitals _ 57

Gemeinwohlwirtschaft _ 57

Postfossiles Wirtschaften _ 58

Vernetzte Gesellschaften von unten _ 59

Krise für Umsteuerung nutzen _ 59

Komplementäre Währungen _ 59

Wirtschaftlichen Erfolg neu messen _ 60

Paradigmenwechsel für öffentlichen Konsum _ 62

Folgekosten könnten zum Umschwung führen _ 64

Übergang zu einer solidarischen Wirtschaft _ 64

Verfassung des Kapitalismus _ 66

Krisenfeste Marktwirtschaft _ 67

Resümee oder Die Kunst des Aufhörens _ 69

Literatur _ 72

Kurzfassung: Befunde

- 1) Der „westliche“ Industriekapitalismus der letzten 200 Jahre hat zu einer enormen Produktivität geführt. Das Welteinkommen ist im letzten Jahrhundert um 3000 Prozent gestiegen. Der Ausstoß an Gütern hat sich vervielfacht, die durchschnittliche Lebenserwartung verdoppelt (KREIBICH 2004).
- 2) Die Gründe für dieses Erfolgsmodell liegen in einem bestimmten historischen Setting, dem Zusammenwirken von Naturwissenschaft, Technik, kapitalistischer Wirtschaftsorganisation und ordnungsrechtlicher Absicherung (UMBACH 2009, THUROW 2003).
- 3) Die Schattenseiten dieser „Produktivität“ liegen in einem historisch ebenfalls einmaligen Raubbau an den Naturressourcen, die zu einer Destabilisierung der Ökosysteme führten (KREIBICH 2004, RADERMACHER 2007).
- 4) Mehr noch: Das hohe Wirtschaftswachstum war nur möglich auf Basis der kostenlosen bzw. günstigen Verfügung über Naturressourcen (DALY 1999, 2001). Der Massenkonsum ist eng gekoppelt an die Ausbeutung der fossilen Energieträger (ALTVATER 2005, GLOBAL CHALLENGES NETWORK 2004, SACHS 2009, SAKAR 2009).
- 5) Die Ausbeutung der Natur und der Verbrauch der nichterneuerbaren Ressourcen in rasantem Tempo führen uns an die „Grenzen des Wachstums“ (MEADOWS et al 1972, 1992, 2006; ERBRICH 2004, SLOTERDIJK 2002, HOLZINGER 2007).
- 6) Die geforderte Dematerialisierung bzw. Dekarbonisierung des Wirtschaftens ist bislang nicht gelungen. Effizienzgewinne wurden in der Regel durch Mengeneffekte aufgesogen. Statt Dematerialisierung findet eine Transmaterialisierung, d.h. die Verlagerung des Ressourcenverbrauchs auf neue Konsumbereiche statt (SPANGENBERG 2007, JÄGER 2007, HENSELING 2009, HINTERBERGER 2009).
- 7) Die Ausweitung des „westlichen“ Konsummodells – geändertes Ernährungsverhalten, autoorientierte Mobilität und geräteintensive Haushalte – führt zur Verschärfung der Umweltkrise sowie der weiteren Verknappung der Ressourcen. Gesprochen wird von einer „globalen Verbraucherklasse“ (SACHS et al 2008).
- 8) Die elementaren Lebensgrundlagen vieler ErdenbewohnerInnen sind dadurch bedroht. Die Klimakrise sowie die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln durch die Ausweitung des Fleischkonsums auch in weniger fruchtbaren Ländern sowie durch Biodiesel verstärkt die Hungerkrise (ZIEGLER 2009, BOMMER 2009).
- 9) Die Gefahr von Ressourcenkonflikten verschärft sich, die Rationierung der verbleibenden Rohstoffe zugunsten der Mächtigeren droht (RADERMACHER 2007, KHANNA 2008, ALTVATER 2009).

BEFUNDE 1: Wirtschaften, Konsum und Naturverbrauch

- 10) Der Kapitalismus führte jedoch nicht nur in die ökologische Krise, sondern „produziert“ immer wieder auch wirtschaftliche Krisen. So ist die 200-jährige Geschichte des Kapitalismus begleitet von Rückfällen und Rezessionen (EICHHORN/SOLTE 2009, SAKAR 2009).
- 11) Die Gründe dafür werden in der Instabilität des Finanzsystems, das zu Spekulation einlädt, in der Aufblähung des virtuellen Geldvolumens sowie in der zunehmenden Konzentration des Vermögens bei gleichzeitiger Anhäufung von Schulden bei den Kreditnehmern gesehen (BINSWANGER 2009, EICHHORN/SOLTE 2009).
- 12) Die Theorie der langen Konjunkturzyklen macht technologische Sprünge für das Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung verantwortlich. Bei Ausreizung der Produktivitätsvorteile einer Innovation komme es zu kurzfristigen Rückgängen des Wachstums, bis die neue Innovation gefunden ist (HÄNDELER 2004).
- 13) Als weiterer Grund für die immanenten Krisen des Kapitalismus werden Sättigungstendenzen bei hoher Produktivität genannt, auch wenn die klassische Wirtschaftstheorie von unbegrenzten Bedürfnissen ausgeht (REUTER 2007, HEDTKE 2009).
- 14) Die Akkumulationsdynamik – Kapital sucht nach Anlagemöglichkeiten – zwingt zur permanenten Ausweitung der Konsumangebote, die nach weitgehender Sättigung mit materiellen Gütern verstärkt in Unterhaltungsangeboten („Erlebniskapitalismus“) gesehen werden (FIRLEI 2008).
- 15) Nach 1945 ist eine Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gelungen, das in eine lange Phase der Prosperität führte. Über viele Jahrzehnte galt daher Wirtschaftswachstum als Schlüssel für das Versprechen, „Wohlstand für alle“ zu schaffen. Wirtschaftswachstum wurde zur Basis der modernen Wohlfahrtsstaaten und damit zum Garant von Sicherheit, Demokratie und Frieden. Wachstum sei in diesem Sinne politisch leichter umzusetzen als Verteilung (MARTERBAUER 2007, BOFINGER 2009).
- 16) Mit der Abkehr von geregelten Finanzmärkten und der generellen Zurückdrängung staatlicher Regulierungen ab den 1970er-Jahren wurde der Weg der sozialen Marktwirtschaft mehr und mehr verlassen. Die gegenwärtige Finanzkrise wird daher mit der Abkopplung des Finanzkapitalismus vom Realkapitalismus (REICH 2007, SCHULMEISTER 2009a, b) sowie der zunehmenden Deregulierung des Finanzsystems (FELBER 2008, 2009, SCHERHORN 2009) in Verbindung gebracht.

BEFUNDE 2: Finanzkrise, Sättigungskrise, Rezession

- 17) Wirtschaftswachstum gilt nach wie vor als zentraler Zukunftspfad, der den Erhalt von Wohlstand, sozialem Frieden und Demokratie garantieren soll. Dabei werden unterschiedliche Argumente ins Treffen geführt (AIGINGER et al 2006, MARTERBAUER 2007, AIGINGER 2009, NOWOTNY 2010).
- 18) Als wichtigstes Argument für Wirtschaftswachstum galt lange Zeit die Mehrung des Wohlstandes durch Konsumausweitung. Die Verfügbarkeit von mehr Gütern und Dienstleistungen sollte den Lebensstandard der Menschen permanent erhöhen. Das Ziel von Wirtschaften wurde definiert als Überwindung immer neuer Knappheiten (HEDTKE 2009).
- 19) Ergebnisse der Zufriedenheits- und Glücksforschung zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem Einkommen steigt – dies jedoch nur bis zu einer gewissen Höhe. Jenseits dieser Grenze, die zwischen 10 -15.000 Dollar Jahreseinkommen angesetzt wird, entkoppeln sich Zufriedenheit und Einkommen (LAYARD 2005, HOLZINGER 2006).
- 20) Als Gründe für dieses Phänomen werden etwa die Anspruchs- oder die Vergleichsfalle gesehen. Je mehr wir haben, umso mehr wollen wir dazu. Und: wir wollen haben, was andere auch haben (LAYARD 2005, JÄGER 2007, BINSWANGER 2008, HINTERBERGER et al 2009). Güterbesitz kann auch zur Belastung werden, wenn er das Leben „besetzt“ und uns freie Zeit raubt (PAECH 2008, SACHS 2006, 2009).
- 21) Wohlstandsmehrung kann daher immer weniger als Argument für Wirtschaftswachstum herangezogen werden. Daher wird zunehmend mit der Sicherung des gegebenen Wohlstandes sowie der Sicherung der Sozialsysteme argumentiert. Nur wenn die Wirtschaft wächst, erhält der Staat genügend Einnahmen, um seine Aufgaben befriedigend wahrnehmen zu können (BOFINGER 2009, AIGINGER 2009).
- 22) Als Sonderargument wird die Verschuldungsdynamik angeführt. Wenn der Staat sich verschuldet, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, Zukunftsinnovationen anzustoßen bzw. in Wirtschaftskrisen Konjunkturimpulse zu setzen, steigt die Zinslast. Um diese bedienen zu können, müsse die Wirtschaft wachsen, damit auch die Staatseinnahmen entsprechend wachsen (AIGINGER 2009).
- 23) Ein starker Staat gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten wird mehrheitlich als notwendiger Garant von sozialen Sicherungssystemen gesehen. Dieser ist aber nicht nur von Wirtschaftswachstum abhängig, sondern auch von der Fähigkeit, die Staatseinnahmen auf alle „Schultern“ fair zu verteilen (MARTERBAUER 2007, BUTTERWEGGE 2008, STIGLITZ 2009, BOFINGER 2009, v. WEIZÄCKER 2009, FELBER 2009).

ANALYSE: Gründe für Wirtschaftswachstum

Erhöhung des Lebensstandards

Sicherung der Sozialsysteme

- 24) Eng verknüpft mit der Funktionstüchtigkeit des Sozialstaats sowie der sozialen Sicherung ist die Niedrighaltung von Arbeitslosigkeit. Ein zentrales Argument für Wirtschaftswachstum liegt daher im Ziel, dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen (LEITL 2009, PICHLER 2009).
- 25) Wirtschaftswachstum wird mehrheitlich noch immer als Weg für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen. 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum gelten als „Arbeitslosigkeitsschwelle“, mindestens 2 Prozent als Grenze, um Arbeitslosigkeit zu verringern – „Beschäftigungsschwelle“ (MARTERBAUER 2007).
- 26) Dem Argument von „Jobless Growth“ wird entgegengehalten, dass Investitionen zwar zu weiteren Rationalisierungen führen. Der Produktivitätszuwachs ermögliche jedoch Beschäftigung in neuen Bereichen, insbesondere im Dienstleistungssektor, der weniger rationalisierbar sei (BOSCH et al 2004, MARTERBAUER 2007, SPITZNAGEL 2007).
- 27) Dennoch mehren sich die Stimmen jener, die eine Rückkehr zur alten Vollbeschäftigung trotz Wirtschaftswachstum für nicht mehr möglich halten (VOBRUBA 2000, MARTERBAUER 2007). Demnach müsste das verbleibende Arbeitsvolumen besser verteilt werden.
- 28) Umweltschutz können sich nur hoch entwickelte Volkswirtschaften leisten, so lautet eine Theorie der ökologischen Modernisierung. Dies stimmt wohl auch bis zu einem gewissen Grad: Deutsche Kohlekraftwerke sind weniger Umwelt schädigend als chinesische (JÄNNICKE 2009).
- 29) Zugleich werden im Klima- und Umweltschutz neue Wachstumspotenziale gesehen. Gesprochen wird von einem „New Green Deal“ (NIEBERT/MÜLLER 2009, JÄNNICKE 2009) oder einem grünen Keynesianismus (SACHS 2009, STIGLITZ 2009).
- 30) Andere warnen vor zu großem Optimismus hinsichtlich ökologischer Strukturwende. Da erneuerbare Energieträger teurer sein werden als die fossilen Rohstoffe in ihrer „Blütezeit“, werde sich die Wirtschaft auf Schrumpfungen einstellen müssen (EXNER et al 2008, SAKAR 2009, bedingt SACHS 2009).
- 31) Umweltschutzkosten zählen zu den Defensivkosten. Sie „rentieren“ sich volkswirtschaftlich dann, wenn Nichthandeln noch teurer käme (STERN 2009). Notwendig ist jedenfalls eine ganzheitliche Strategie, die Effizienz (sparsamere Technologien), Konsistenz (der Natur angepasste Technologien, z. B. Solarindustrie) und Suffizienz (Weniger) verbindet (SACHS et al 2008, NIEBERT/MÜLLER 2009). Ökologische Modernisierung muss sich immer daran messen lassen, ob der Ressourcenverbrauch sowie die Emission von Schadstoffen sinken (DALY 2001).

Schaffung von Arbeitsplätzen

Wachstum für Umweltschutz

**Wachstum zur
Begleichung
von Krediten**

- 32) Der zentrale Grund für Wirtschaftswachstum wird schließlich im System des kapitalistischen Wirtschaftens, sprich dem Kredit- und Zinswesen, gesehen. Unternehmen verschulden sich in der Hoffnung, durch die Investition einen Mehrertrag über die Kreditkosten hinaus zu erwirtschaften (BINSWANGER 2006).
- 33) Auch privater und öffentlicher Konsum werden zu einem wesentlichen Teil über Kredit finanziert und erfordern daher zur Deckung des Schuldendienstes eine Steigerung der Einnahmen, was Wirtschaftswachstum erforderlich mache (MARTERBAUER 2008, BOFINGER 2009, SAKAR 2009).
- 34) Zugleich wird in der Verschuldungsdynamik die Gefahr zunehmender Abhängigkeit der Schuldner von den Gläubigern gesehen, was die Vermögenskonzentration zuspitze und die Wirtschaft destabilisiere (COHEN 2006, JENNER 2008, EICHHORN/SOLTE 2009).
- 35) Manche AutorInnen sehen den Destabilisierungsfaktor insbesondere im Zinseszinsystem, welches eine immanente Wachstumslogik sowie eine Umverteilungsdynamik zugunsten der Vermögenden erzeuge (PLETTENBACHER 2009, KENNEDY 2009, LIETAER 2009).
- 36) Die Verschuldungsdynamik sowie die permanente Steigerung der Gewinnerwartungen auf den Finanzmärkten bzw. Börsen können somit als wesentlicher Motor für den Wachstums-„zwang“ der Wirtschaft angesehen werden, der jedoch zugleich zur Destabilisierung der Realwirtschaft führt (SCHERHORN 2009, SCHULMEISTER 2009a).
- 37) Die Aufblähung des Finanzmarkt volumens durch „Schwellgeld“ sowie die Finanzierung von Finanzgeschäften über Derivate führt zu destabilisierenden Blasen. Nach deren Platzen nehmen die Banken die Kreditfähigkeit stark zurück, was in die Rezession führt (EICHHORN/SOLTE 2009, SAKAR 2009).
- 38) Manche erklären Rezessionen vornehmlich mit der (vorübergehenden) Sättigung von Märkten sowie der Verteuerung des Faktors „Natur“, was in Zukunft zwangsläufig zu Schrumpfungsprozessen führen werde (SAKAR 2009).

Kurzfassung: Ausblicke

1. Wenn die Zufriedenheit ab einer gewissen Einkommenshöhe nicht mehr steigt, eröffnet dies Spielräume für Umverteilung statt weiterem Wachstum. Vorgeschlagen werden progressive Einkommenssteuern, die das „Vielverdienen“ weniger attraktiv machen, sowie Restriktionen für Wirtschaftswerbung, die bei Menschen Bedürfnisse weckt, etwa durch hohe Steuern auf Werbung oder das Verbot von Kinderwerbung (LAYARD 2005).
2. Postmaterialistische Lebensstile gewinnen an Attraktivität, insbesondere wenn die Anhäufung von immer mehr Gütern bzw. Dienstleistungen nicht mehr zufriedener macht, sondern zur Belastung wird. „Mehr Zeit statt noch mehr Geld haben“ wird zur spannenden Zukunftsoption (SACHS 2006, 2009, PAECH 2009).
3. Um Zeitwohlstand zu erreichen, ist eine neue Balance zwischen Erwerbsarbeit, Familie und Freizeit nötig. Innovative Arbeitszeitmodelle wie die Ausweitung von Karenzen, attraktiven Teilzeitsystemen oder Sabbaticals ermöglichen mehr Work-Life-Balance und nehmen zugleich Wachstumsdruck aus den Arbeitsmärkten (SCHAFFER/STAHMER 2005, MARTERBAUER 2007, HINTERBERGER et al 2009).
4. Weniger materialistische Konsum- und Lebensstile sowie neue Modelle von Arbeit und Tätigsein würden zugleich den Druck auf die Ökosysteme verringern und die Chancen auf die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und die Eindämmung des Klimawandels erhöhen (JÄGER 2007, PAECH 2009).
5. Manche plädieren für ein bedingungsloses Grundeinkommen - finanziert aus der steigenden Produktivität der Wirtschaft, die jedoch auf immer weniger menschliche Arbeitskraft angewiesen ist. Tätigkeiten jenseits des Marktes würden an Bedeutung gewinnen und die Gesellschaften bereichern, zugleich den Wachstumszwang dämpfen (VOBRUBA 2006, WERNER 2007).
6. Eine andere Option geht von der weiteren Ausdehnung der Dienstleistungsgesellschaft aus, in der verstärkt auch persönliche Dienste, etwa Betreuung von Kindern oder Pflege von Älteren, über den Markt geregelt werden. Gerechnet wird mit neuen Arbeitsplätzen in diesen wenig rationalisierbaren Bereichen; Voraussetzung ist jedoch in der Regel weiteres Wirtschaftswachstum (BOSCH et al 2002, MARTERBAUER 2007).
7. Viele sehen in einer Qualifizierungs- und Innovationsoffensive den entscheidenden Impuls für den Übergang hoch industrialisierter Länder von quantitativem zu qualitativem Wachstum sowie zu einer wissensbasierten Dienstleistungswirtschaft (ALGINGER et al 2006, MARTERBAUER 2007).

**Lebensqualität
neu denken**

**Neue Arbeitszeit-
modelle**

8. In der Verringerung der Defensivkosten im Umwelt- und Sozialbereich durch entsprechende Präventivmaßnahmen wird ein Hebel zu einem neuen Wachstumsverständnis (HENDERSON 1985, DALY 1996, bedingt SAKAR 2009) oder sogar der Wettbewerbsvorteil der Zukunft (HÄNDELER 2004) gesehen.
9. Eng mit dieser Perspektive verknüpft ist die Vorstellung von qualitativem Wachstum, in dem Lebensbedürfnisse jenseits materieller, ressourcenintensiver Güter mehr Bedeutung erlangen, etwa Bildung, Gesundheit und Kultur (RADERMACHER 2007).
10. Diese Vorschläge erfordern einen handlungsmächtigen Staat, der nicht durch die Schuldenschraube eingeengt wird. Nur ein aktiver Staat könne öffentliche Angebote sicherstellen, die notwendige Umverteilung zugunsten sozial Schwächerer bewerkstelligen und der Wirtschaft Regeln setzen (MARTERBAUER 2008, BOFINGER 2009, BUTTERWEGGE 2009).
11. Ein aktiver Staat kann nicht (allein) durch Auslotung von Effizienzpotenzialen gewährleistet werden – meist genannt werden Verwaltungs- oder Gesundheitsreformen, sondern erfordert auch neue Einnahmequellen. Plädiert wird daher für höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften oder Finanzspekulationen. Armut wird im Zusammenhang mit Reichtum gesehen, Umverteilung als Aufgabe eines aktiven Staates gefordert (MARTERBAUER 2008, BOFINGER 2009, BUTTERWEGGE 2009).
12. Eine stärkere Orientierung der Staatseinnahmen auf Konsumsteuern (WERNER 2007) oder Vermögenssteuern (MARTERBAUER 2007, BOFINGER 2009) würde den Faktor Arbeit entlasten und zugleich das Steueraufkommen unabhängiger von der Arbeitsmarktentwicklung machen.
13. Neben einer fairen Aufbringung der öffentlichen Mittel wird auch eine differenzierte Sicht auf staatliche Verschuldung vorgeschlagen: Zukunftsinvestitionen etwa in Bildung rechtfertigen nach dieser Sichtweise eher Verschuldung als Investitionen in den Gegenwartskonsum (BOFINGER 2009).
14. Die gegenwärtige Finanzkrise, die auch auf die Realwirtschaft durchgeschlagen hat, führt zu höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Staatseinnahmen. Die Krise zwingt zum Umgang mit Schrumpfung und ermöglicht neue Lernerfahrungen. „Gewinner“ der Krise könnte die Umwelt sein, wenn das Weltwirtschaftswachstum zurückgeht und der Druck auf die Ressourcen abnimmt (UCHATIUS 2009, PLATTFORM FOOTPRINT 2009).
15. Die „Bankenpakete“ zur Absicherung von Liquidität und Wiederherstellung von Vertrauen werden mehrheitlich befürwortet. Kritisiert wird jedoch, dass hierfür die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden (WIEGAND 2009), und gefordert, die Schul-

Qualitatives Wachstum

Handlungsfähige Staaten

Faire Aufkommensverteilung

den durch die Gewinner des gegenwärtigen Systems, die BesitzerInnen hoher Vermögen, finanzieren zu lassen (FELBER 2009).

16. Zur Stabilisierung der Finanzmärkte und deren Unterordnung unter die Realwirtschaft werden unterschiedliche Vorschläge unterbreitet: etwa eine Finanztransaktionssteuer (SCHULMEISTER 2009) oder eine Schwellgeldsteuer, also Abgaben auf alle Kreditgeschäfte (EICHHORN/SOLTE 2009). Beide Steuern würden neue Staatseinnahmen bedeuten, die zur Tilgung von Schulden sowie für Entwicklungszusammenarbeit (RADERMACHER 2007) verwendet werden sollten.
17. Ein weitergehender Vorschlag fordert die Einführung von „Vollgeld“, das heißt die 100-Prozent-Deckung von Bankkrediten durch Zentralbankgeld. Banken würden die Aufgabe haben, Geld zu verleihen, nicht jedoch die Möglichkeit, selbst virtuelles Geld zu schaffen (Kredite müssen derzeit nur begrenzt gedeckt sein). Erhofft werden davon eine Zurückdrängung der Spekulation und die Rückführung von Zinsen an den Staat bzw. die BürgerInnen (WOLTRON 2008, BINSWANGER 2009, DALY 2009).
18. Der durch hohe Renditeerwartungen geschürte Wachstumszwang könnte – so ein weiterer Vorschlag – durch die zeitliche Begrenzung von Aktien (was das Horten weniger lukrativ machen würde), neue Unternehmensformen nach dem Stiftungsmodell (beides: BINSWANGER 2009) sowie eine „Sozialpflichtigkeit des Kapitals“ (SCHERHORN 2009) begrenzt werden.
19. Einen Schritt weiter gehen Vorschläge für eine Gemeinwohlökonomie, die neue Unternehmensbilanzen fordern – die Wirtschaftsbilanz wäre dann nur mehr ein Teilaspekt neben der Sozial- und Umweltbilanz. Einkommensunterschiede sollten gesetzlich begrenzt, vorbildhafte Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden (FELBER 2009, GROLL 2009).
20. Einige schlagen Komplementärwährungen vor, die in der Region zirkulieren, um die regionale Wirtschaft zu stärken, die Abhängigkeit vom internationalen Finanzsystem zu verringern und ein Schrumpfen der im BIP gemessenen Wirtschaft abzufedern (KENNEDY 2009, LIETAER 2009, PLETTENBACHER 2009).
21. Ethisches und nachhaltiges Investment fristet zwar noch ein Nischendasein, zeigt aber vor, dass Geld auch „dienende Funktion“ haben kann (GABRIEL/SCHLAGNITWEIT 2009).
22. Resümee: Die Wachstumsraten sind in allen OECD-Staaten bereits seit längerem rückläufig. Man spricht von einem Übergang zu „linearem Wachstum“ (HINTERBERGER et al 2009). Der Grund liegt nicht im schlechten Wirtschaften, sondern in der physischen Unmöglichkeit, exponentielles Wachstum über längere Zeiträume aufrechtzuerhalten (BOURCADE et al 2006).

Stabilisierte Finanzmärkte

Gemeinwohl- wirtschaften

23. Die Finanzkrise könnte zu einem Umdenken genutzt werden, um Wirtschaften wieder stärker an die realen Bedürfnisse der Menschen anzunähern (HENDERSON 2009). Die Verringerung der Einkommenskluft würde neue Verteilungsspielräume jenseits von Wirtschaftswachstum eröffnen, ein neues Verständnis von Lebensqualität und Wohlstand ein Schrumpfen des monetären Sektors ermöglichen (BAIER et al 2008, SCHAFFER/STAHMER 2005, JÄGER 2007).
24. Notwendig hierfür ist eine adäquatere Wahrnehmung dessen, was unsere Lebensqualität tatsächlich erhöht. Ergebnisse der Zufriedenheitsforschung (LAYARD 2005, HOLZINGER 2006) können dabei ebenso helfen wie ergänzende Maßeinheiten zum Bruttoinlandsprodukt, das Wohlstand nur mehr bedingt abzubilden vermag (TRATTNIGG 2009, DALY 1996).
25. Noch ist der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften dem Wachstumsdiskurs verschrieben. Umso wichtiger ist es, dass eine „Postwachstumsökonomie“ (PAECH 2009) auch wissenschaftlich fundiert wird. Frühe Ansätze dazu gibt es bereits bei Klassikern wie John Stuart Mill, Adam Smith, John M. Keynes und Werner Sombart (LUKS 2001). Die Wirtschaftswissenschaften müssen sich über Bedingungen „krisenfester Marktwirtschaften“ verständigen (MARTINUZZI 2009, SCHULMEISTER 2009b).
26. Die Verknappung der Ressourcen wird den Übergang ins post-fossile Zeitalter erzwingen, Modelle eines anderen Wirtschaftens werden dann gefragt sein (SACHS 2009, LASZLO 2009). Anstöße dazu werden durchaus auch aus den Ländern des Südens kommen, wie etwa die Theorie menschlicher Fähigkeiten („Capacity-Ansatz“) von Amartya Sen, die jener der Bedürfnisse entgegengehalten wird (SEN 2002), oder die Vision einer Erddemokratie von Vandana Shiva, in der das zu einem guten Leben Notwendige (wieder) in der Region erzeugt wird (SHIVA 2009).
27. Die „Kunst des Aufhörens“, genährt aus der Erkenntnis, dass „Genug genug [ist]“ (GRONEMEYER 2008) und der Anspruch an eine kulturelle Transformation, die den Wandel hin zu einem einfachen Leben als neue „Existenzform“ begreift (FIRLEI 2008), können als geistige Richtschnur für neue Zukunftswege gesehen werden.
28. Die Übersetzung in die Alltagswirklichkeiten der Menschen erfordert Rahmenbedingungen und Anreizsysteme, die den Wandel begünstigen. Neue Arbeitszeitmodelle, Ansätze von Gemeinwohlwirtschaft, ökologische und soziale Steuersysteme, Bildungsinstitutionen, die zum kritischen Denken befähigen und die Bereitschaft wecken, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren – dies wären einige Eckpfeiler hierfür.

Neue Wohlstandsmessung

Post-Wachstumsökonomien

1. Befunde: Wirtschaftswachstum, Konsumententwicklung und Nachhaltigkeit

„Die Wirtschaft wird schrumpfen, und die Natur wird wachsen. Das ist die gute Nachricht der Weltrezession.“ So Wolfgang Uchatius in DIE ZEIT vom 20. Mai 2009 in einem Essay zum Thema Wirtschaftswachstum, der mit „Wir könnten auch anders“ überschrieben ist (UCHATIUS 2009, 15).

Und in einem Leitartikel der Salzburger Nachrichten vom 19. Dezember 2009 schlägt Martin Stricker anlässlich des Klimagipfels von Kopenhagen als „Methode“ für die Eindämmung des Klimawandels den „radikalen Umbau des westlichen Wachstumsmodells“ vor. Tröstlich sei, „dass dieses Modell, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gezeigt hat, sowieso nichts mehr taugt“, so der Journalist (STRICKER 2009, 1).

Stehen wir tatsächlich vor einer Wende? Wird die Mehrfach-Krise – neben der Finanz- und Klimakrise ist wohl die Ernährungskrise hinzuzufügen, denn dass zu Beginn dieses Jahrtausends über eine Milliarde Menschen, knapp ein Sechstel der Weltbevölkerung, Hunger leidet (FAO 2009), gilt als Bankrotterklärung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – wird also die Mehrfach-Krise ein Umdenken und dann auch ein anderes Handeln bewirken? Wird das Credo vom unbegrenzten Wachstum materieller Güter in den Wohlstandsländern abgelöst von einem Wachstum immaterieller Güter?

Besteht nun nach Jahrzehnten der Prosperität die Chance, Lebensqualität (zumindest) in den materiell reichen Ländern weiter zu fassen? Und wie würde eine Wirtschaft aussehen, die diese ermöglicht? Oder dienen die Änderungsappelle lediglich der emotionalen (und intellektuellen) Entlastung, um weiter im alten Fahrwasser treiben zu können? Trifft zu, dass wir auf eine zweiseitige Zeit zusteuern, „ausgestattet mit Wissen, doch untüchtig zum Handeln“, wie die AutorInnen des Berichts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ formuliert haben (SACHS et al 2008, 19). Oder schlittern wir gar in eine tiefere ökonomische Krise, welche die Demokratie und das soziale Zusammenleben auch in den Wohlstandsländern (wieder) gefährden?

Das folgende Zukunftsdossier beleuchtet gängige Argumente, die bisher für Wirtschaftswachstum vorgebracht wurden, prüft deren Schlüssigkeit und zeigt Ansätze eines alternativen Wachstumsbegriffs, der ökologische und soziale Nachhaltigkeit verbindet mit ökonomischer Stabilität.

„Die Wirtschaft wird schrumpfen, und die Natur wird wachsen. Das ist die gute Nachricht der Weltrezession.“ (UCHATIUS 2009, 15)

Besteht nun nach Jahrzehnten der Prosperität die Chance, Lebensqualität (zumindest) in den materiell reichen Ländern weiter zufassen? Und wie würde eine Wirtschaft aussehen, die diese ermöglicht?

Warum Wirtschaftswachstum?

Über viele Jahrzehnte galt Wirtschaftswachstum als Schlüssel für das Versprechen, „Wohlstand für alle“ zu schaffen. Wirtschaftswachstum wurde zur Basis der modernen Wohlfahrtsstaaten und damit zum Garant von Sicherheit, Demokratie und Frieden. In der Tat kann die Entwicklung der „westlichen“ Marktwirtschaften seit dem Ende des zweiten Weltkriegs als Geschichte des ungebremsen Aufwärts gelesen werden. Der Grundstein für diese „Erfolgsgeschichte“ reicht zurück in die Anfänge der industriellen Revolution. Doch wie geht es weiter?

Der wissenschaftliche Diskurs über „Wirtschaftswachstum“ stellt Bezüge zu folgenden Kontexten her, die in der vorliegenden Studie thematisiert werden.

Lebensqualität: (Wie) dient Wirtschaftswachstum dem Ziel, den menschlichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen zu decken und die Lebensqualität der Menschen zu steigern? Und ist das (industrie-)kapitalistische Wachstumsmodell in der Lage, den Grundbedarf aller ErdenbürgerInnen zu decken, also: ist es verallgemeinerbar?

Ökologie: Stößt Wirtschaftswachstum an ökologische Grenzen? Wann sind diese erreicht und welche Formen des Wachstums – wenn es sie gibt – sind geeignet, Nachhaltigkeit innerhalb der ökosystemischen Grenzen herzustellen?

Geld: Wie hängt Wirtschaftswachstum mit dem Geldsystem zusammen? Erfordert kredit- und börsenfinanziertes Wirtschaften per se Wachstum, um Zinsen bzw. Renditen bedienen zu können?

Schuld: Daran anschließend – welche Theorien und Erklärungsversuche gibt es für den Zusammenhang von (öffentlicher) Verschuldung und Wachstumsdynamik? Wo kann Verschuldung zur Entwicklungsfalle werden? Taugt Verschuldung als Argument für die Wachstumsnotwendigkeit?

Arbeit: (Wie) hängt Wirtschaftswachstum mit dem gegenwärtigen Prinzip der Arbeitsteilung sowie des Arbeitsmarktes zusammen? Braucht Vollbeschäftigung zwingend Wirtschaftswachstum oder gibt es alternative Wege sozialer Sicherung und Integration, etwa durch neue Arbeitszeitmodelle oder eine Grundsicherung?

Es werden jeweils Befunde dargestellt sowie mögliche Antworten bzw. Zukunftspfade aus verorteten Krisen beschrieben. Erkenntnisleitend ist dabei die Grundfrage, ob ein die Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder befriedigendes Wirtschaften unter Beachtung der ökologischen Ressourcengrenzen auch jenseits von Wirtschaftswachstum für denkbar gehalten wird.

Wirtschaftswachstum wurde zur Basis der modernen Wohlfahrtsstaaten und damit zum Garant von Sicherheit, Demokratie und Frieden.

In der Tat kann die Entwicklung der „westlichen“ Marktwirtschaften seit dem Ende des zweiten Weltkriegs als Geschichte des ungebremsen Aufwärts gelesen werden. Doch wie geht es weiter?

Von der ambivalenten Überflussökonomie

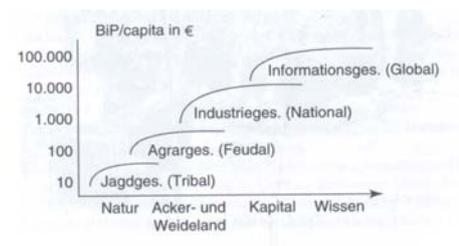
Der Zukunftsforscher Rolf Kreibich belegt die „Erfolgsgeschichte“ des Industriekapitalismus mit eindrucksvollen Daten: So ist das globale Nettoeinkommen in den letzten 100 Jahren um 3000 Prozent gestiegen, die Produktivität in der Landwirtschaft um denselben Faktor, im Produktionsbereich sogar um 3500 Prozent. Die Lebenszeit der Menschen hat sich verdoppelt und die Mobilität wurde hinsichtlich Geschwindigkeit und Distanzüberwindung um den Faktor 100 gesteigert. Die Schattenseite dieser Entwicklung sieht Kreibich in einem historisch ebenfalls einmaligen Verbrauch an Naturressourcen: Täglich werden 60 Mio. Tonnen Kohlendioxid anthropogen erzeugt und in die Atmosphäre gepustet, 55.000 ha Tropenwald, 20.000 ha Ackerland und 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten vernichtet. Und er benennt die Ungleichverteilung des Wohlstandszuwachs: 25 Prozent der Weltbevölkerung bezieht 75 Prozent des (in BIP-Werten) messbaren Welteinkommens (KREIBICH 2004, 80f).

Die Gründe für diese Explosion der Produktivität des „westlichen“ Wirtschaftsmodells sind in einem speziellen historischen Setting auszumachen, einem Zusammenspiel von Naturwissenschaft, Technik, kapitalistischer Wirtschaftsweise und staatlich-demokratischer Ordnungspolitik (HÖSELE 2003, UMBACH 2008). Noch im 17. Jahrhundert waren die weltweiten Wohlstandsunterschiede gering, so der US-Ökonom Lester Thurow. Insbesondere neue (natur)wissenschaftlich-technische Innovationen – von der Dampfmaschine bis zum Computer – sind für ihn die Ursache für die Entwicklungsvorsprünge des Westens in den letzten Jahrhunderten (THUROW 2003).

Auch die Mitglieder des Kuratoriums der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ – unter ihnen die Zukunftsforscher *Rolf Kreibich* und *Franz Josef Radermacher* sowie die Ökologen *Ernst Ulrich von Weizsäcker* und *Ortwin Renn*, sehen durchaus die *Stärken* einer „globalen Moderne“ (STIFTUNG FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN, 2003, 10ff):

- 1) Seit der industriellen Revolution ging es (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen) jeder Generation besser als der vorigen.
- 2) Zur Hinterlassenschaft einer Generation an die nächste gehören nicht nur Naturreserven, sondern auch die Quantität und das Qualitätsniveau der anderen Produktionsfaktoren, wie Arbeit, Kapital und Know How (künstliches Kapital).
- 3) Seit Mitte des 19. Jahrhunderts habe es nicht an Untergangspropheten gefehlt. Die Selbstheilungskräfte des Marktes und das Potenzial an Substitutionsmöglichkeiten für knapper werdende Naturgüter würden aber vielfach unterschätzt.

„Tatsächlich hat die klassische Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis mit dem Jahrhundert-Trick, die Natur, die Dritte Welt und die Menschen als Abfallsenken des Wirtschaftens einfach aus der Bilanzierung herauszulassen, erreicht, dass nur die Erfolgsbilanz der Industriegesellschaft durch den Maßstab Bruttosozialprodukt aufgenommen wurde.“
(KREIBICH, 2004, 84)



BIP-Entwicklung und Technologie
(nach JISCHA 2008, 47)

- 4) Trotz des enormen Bevölkerungswachstums steige die individuelle Lebenserwartung weiter, bedingt durch verbesserte Agrartechniken und des klinisch-medizinischen Fortschritts.

Die Autoren sprechen aber auch von einer *dreifachen Krise* der Welt:

- 1) Die Umweltkrisen der Vergangenheit waren Regionalkrisen. Die heutige Umweltkrise ist *global*.
- 2) Seit zwei Jahrzehnten können *Bevölkerungsentwicklung* und Produktivitätsfortschritte nicht mehr miteinander Schritt halten.
- 3) Die Veränderungen, die moderne Technik und Produktion in der Umwelt auslösen, erfolgen im *Zeitraffereffekt*. Eingriffe in die Ökosphäre erfolgen heute nicht nur im globalen Rahmen, sondern auch mit einer wesentlich höheren Geschwindigkeit als früher.

Diese drei Kennzeichen führten nun zu *Überforderungen des herrschenden ökonomischen und politischen Systems*, und zwar national und international. Der Markt reagiere zu spät, um auf Preissignale hin rechtzeitig Substitute für knappe Naturgüter bereitzustellen und nicht ersetzbare zu schützen. Die Politik sei aufgrund der schnellen Wandlungsprozesse der Globalisierung nur mehr mit Krisenmanagement beschäftigt, welches immer auf die Gegenwart bezogen sei und nicht zu einer verantwortbaren Vorsorge gegenüber den kommenden Generationen führe.

Konsumentwicklung in Österreich

Wirtschaftswachstum war in den Marktwirtschaften der Industriegesellschaften über Jahrzehnte der Motor für den Zuwachs an materiellem Wohlstand. Es ermöglichte den Aufbau von breiten sozialen Sicherungssystemen und war somit auch wesentlicher Stabilisator des politischen Systems der Demokratie. Gestiegen ist nicht nur die Arbeitsproduktivität (das heißt der wirtschaftliche Output pro Arbeitsstunde), gestiegen ist auch die pro Kopf verfügbare Güter- und Konsummenge. Wir besitzen heute in etwa das Vier- bis Fünffache an Konsumgütern wie vor 50 Jahren. Allein von 1954 – 1974 ist das durchschnittliche Konsumniveau in Österreich um das zweieinhalbfache gewachsen (WIFO 1976). Und von 1976 bis 2008 kam es nochmals zu einer Verdoppelung der privaten Konsumausgaben (STATISTIK AUSTRIA).¹

Das Konsumwachstum stieg noch in den 1990er-Jahren, also trotz eines bereits sehr hohen Konsumniveaus, um durchschnittlich weitere 2,5 Prozent jährlich. Für 2001 – 2004 wurde erstmals ein Rück-

„Weil die Zeit nicht reicht, die Konsequenzen zu messen, die mit bestimmten Eingriffen verbunden sind, lassen sich auch die Folgekosten von menschlichen Aktivitäten kaum mehr sinnvoll abschätzen.“ (STIFTUNG FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN, 2003, 10ff)

Die Entwicklung der „westlichen“ Marktwirtschaften seit dem Ende des zweiten Weltkriegs kann als Geschichte des ungebremsten Aufwärts gelesen werden. Doch wie geht es weiter?

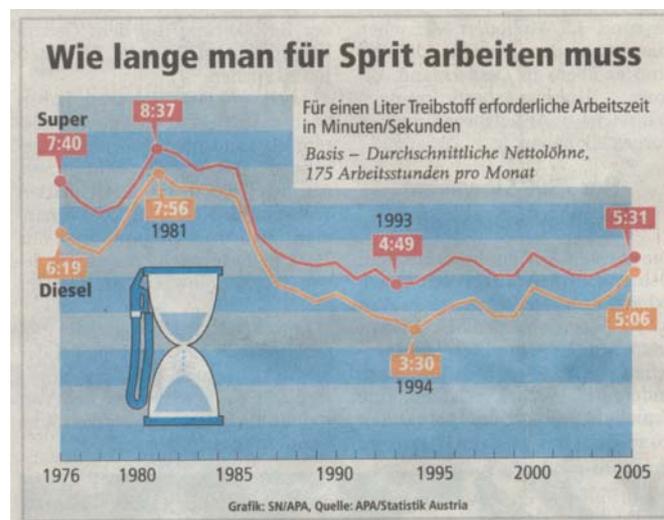
¹ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Erstellt am: 10.07.2009 von Statistik Austria http://www.statistik.at/web_de/services/stat_uebersichten/volkswirtschaftliche_gesamtrechnung/index.html

gang auf „nur“ 0,9 Prozent pro Jahr verzeichnet (JANGER et al 2005, 3). Und trotz Finanzkrise ist auch für 2009 kein (merklicher) Rückgang der Konsumausgaben feststellbar. Nach Wachstumsraten von je 0,8 Prozent in den Jahren 2007 und 2008 wurden für 2009 Konsumzuwächse von immerhin 0,3-0,4 Prozent angegeben.²

Der Wohlstandszuwachs der letzten Jahrzehnte hat zu einer Verschiebung der Konsumprioritäten geführt. Wurde in den 1950er-Jahren in Österreich noch etwa die Hälfte des verfügbaren Haushaltseinkommens für Ernährung ausgegeben, so sind es heute nur mehr 13 Prozent, weniger als etwa für Mobilität (16 Prozent) (STATISTIK AUSTRIA - Homepage, Konsumerhebung 2004/05).³

Der ehemalige US-Arbeitsminister Robert Reich zeigt den (ökologisch problematischen) Anstieg des materiellen Wohlstands am Beispiel seines Landes auf: „Vor einer Generation hatte die typische US-Familie ein Auto. Im Jahr 2006 hatte diese Familie zwei. Ein Drittel aller Familien besitzt heute sogar drei oder mehr Autos.“ (REICH 2006, 126). Markant sei die Verbilligung vieler Produkte durch die Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer. So war das Durchschnittsauto in den USA im Jahr 2006 „real billiger als im Jahr 1982, obwohl es heute mit Airbags, CD-Spieler, ABS-Bremsen und anderen Dingen ausgestattet ist“ (ebd).⁴

Auch die Verbilligung von Verkehr und Transport tragen zu dieser Entwicklung bei. Gemessen an der Kaufkraft ist Benzin heute billiger als in den 1960er- oder 1970er-Jahren. Musste man im Jahr 1976 durchschnittlich 7,40 Minuten für einen Liter Benzin arbeiten, so waren es 2005 nur mehr 5,31 Minuten (s. Grafik).⁵ Am Beispiel USA nochmals Robert Reich: „Die Kosten für den Fernlastverkehr auf der Straße sanken zwischen 1980 und 2000 um 30 Prozent, was sich auf fast jeden Artikel auswirkt, der über längere Strecken transportiert werden muss.“ (REICH 2006, 126).



² Zahlen von WIFO und IHS, n. Salzburger Nachrichten 19. 12. 2009

³ Laut RegioPlan Consult sind die Ausgaben für den privaten Konsum in Österreich seit 2001 um rund 2% pro Jahr gestiegen, 2009 hat sich das Plus jedoch auf lediglich 0,5 % eingebremst. Für den Bereich Gesundheit sind die Ausgaben am meisten gestiegen, dicht gefolgt von Bildung und Wohnen. Für Ernährung gaben die Österreicher 2009 im Schnitt 6.300 Euro aus, das sind im Vergleich zu 2008 um +0,7 Prozent mehr (Konsumausgaben 2009, zit.n. <http://www.handelszeitung.at/ireds-99443.html>)

⁴ Dass das Wirtschaftswachstum in den USA seit vielen Jahren vor allem durch private wie öffentliche Verschuldung finanziert wurde, problematisierte Reich zwar in seiner Kritik am „Superkapitalismus“ (so der Buchtitel), die Finanzkrise hat aber auch er nicht in dieser Tragweite vorausgesehen.

⁵ STATISTIK AUSTRIA, nach Salzburger Nachrichten 4. 2. 2006.

„Vor einer Generation hatte die typische US-Familie ein Auto. Im Jahr 2006 hatte diese Familie zwei. Ein Drittel aller Familien besitzt heute sogar drei oder mehr Autos.“ (REICH 2006, 126).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Konsumwachstum der letzten Jahrzehnte gleicht in allen Industrie-Staaten einer permanenten Aufwärtsspirale. Der moderne Konsument häuft im Laufe seines Lebens an die 100.000 Gegenstände an (ANDERSEN 1999). Dieses historisch einzigartige Wachstum an Konsumgütern bei gleichzeitig nur mehr geringem Anwachsen der Bevölkerung (das derzeit in vielen Staaten in Bevölkerungstagnation übergeht) gilt als *das* prägende Kennzeichen der OECD-Welt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Übergang von der Knappheits- zur Überflussökonomie gilt als bestimmende Signatur dieser historischen Epoche.

Entstehung einer transnationalen Verbraucherklasse

Was kommt nun? Die Welt ist in einem rasanten Umbruch begriffen. Die Zahl derer, die sich unseren Lebens- und Konsumstil leisten kann, steigt. Gesprochen wird von einer „transnationalen Verbraucherklasse“, der mittlerweile etwa 1,5 Milliarden Menschen angehören. Etwa die Hälfte davon lebt bereits in Ländern des Südens bzw. den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Merkmale dieser globalen Verbraucherklasse sind „westlicher“ Ernährungsstil, autofixierte Mobilität und geräteintensive Haushalte. Bemerkenswert ist auch, dass mittlerweile jede/r zehnte in den Ländern des Nordens von der Konsumgesellschaft ausgeschlossen ist (SACHS et al 2008, 81f).

Ernährung: „Die wachsende Nachfrage nach Fleisch könnte den Bedarf an Futtergetreide auf eine Milliarde Tonnen bis 2030 steigen lassen.“ (BOMMERT 2009, 181). Am stärksten ist der Verbrauchsanstieg in Ostasien, wo der Pro-Kopf-Fleischkonsum innerhalb von 20 Jahren von 12 kg (Durchschnitt 1977-79) auf knapp 40 kg (1997-99) gestiegen ist, was knapp die Hälfte des Durchschnittsverbrauchs der alten Industrieländer (ca. 90 kg) ausmacht (FAO 2003, n. BOMMERT 2009, 177).⁶

Mobilität: Weiters wird mit einer Verdoppelung der Autos von heute 700 Millionen bis spätestens 2030 gerechnet (UMWELT 2009). Kamen in China 2005 13 Autos auf 1000 EinwohnerInnen – in Österreich waren es 513, in den USA 780 – so wird ihre Zahl in den nächsten Jahrzehnten stark steigen (WELT IN ZAHLEN 2005). Zugleich verschiebt sich der Schwerpunkt der Autoproduktion. 2008 führte Japan mit knapp 10 Millionen produzierten PKW vor den USA und Europa, bereits knapp gefolgt von China. Rechnet man die Erzeugung von LKW dazu, dann hat China 2008 die USA und Europa bereits überholt (ATLAS DER GLOBALISIERUNG 2009, 55).

Das historisch einzigartige Wachstum an Konsumgütern bei gleichzeitig nur mehr geringem Anwachsen der Bevölkerung gilt als *das* prägende Kennzeichen der OECD-Welt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

„Die oberen 25 Prozent der Weltbevölkerung vereinen 75 Prozent des Welteinkommens auf sich.“ (SACHS et al 2008, 81)

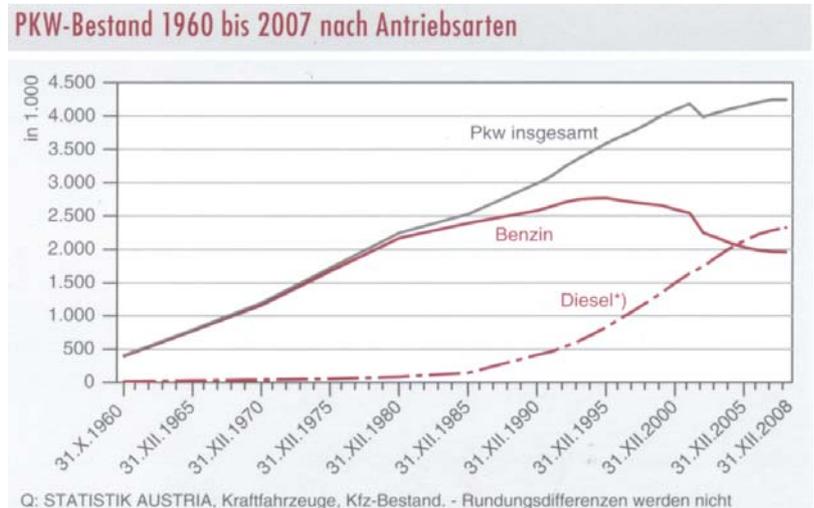
„Bei einer Lohnsteigerung von einem Prozent rechnen die Ökonomen mit einem Plus von 0,6 Prozent beim Fleischverbrauch.“ (BOMMERT 2009, 177)

⁶ Österreich ist ein klimatisch gesehen sehr fruchtbares Land, verträgt daher auch ökologisch einen höheren Fleischverzehr pro Kopf.

Haushalte: Bei Elektro(nik)geräten ist die Situation ähnlich: Bereits jeder dritte Chinese besitzt einen Fernseher (in Österreich kommen auf 10 Einwohner 6,5 Fernseher, in den USA sind es 9,5). China vergleichbar sind die Wachstumsziffern für Indien (WELT IN ZAHLEN 2005).

Gepaart mit dieser Entwicklung steigt der Energiekonsum: Energieprognosen gehen von einer globalen Bedarfssteigerung des Energieverbrauchs bis 2030 um 60 Prozent aus (HOFFMANN 2009, 410). Mehr als das Bevölkerungswachstum gilt daher das Wachstum der globalen Verbraucherklasse als Indikator für die Ressourcenverknappung.⁷

Entwicklung des PKW-Bestandes in Österreich – Vorbild für andere?



Die Autoren des Berichts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie weisen darauf hin, dass „nachholende Entwicklung“ in den so genannten Schwellenländern den Druck auf die Biosphäre zwar vergrößert, die reichen Länder aber noch immer die größten „Nutznießer“ dieser Art von Globalisierung darstellen. Während die offizielle Rhetorik voll von Besorgnis sei, gehörten in der Realität die Industrieländer nach wie vor zu den Treibern der Umweltgefährdung: „Denn in den Jahren der Verdrängung war die Wirtschaftsklasse vollauf damit beschäftigt, die ökologische Raubökonomie weltweit auszudehnen. ... Aktionäre konnten auf hohe Wertsteigerungen hoffen, wenn billige Arbeit und neue Märkte zur Verfügung standen. Und die Verbraucher zuhause freuten sich, wenn sie für Kleidung, Elektrowaren und Unterhaltungselektronik weniger Geld ausgeben mussten.“ (SACHS et al 2008, 19f).

„Vor dem Hintergrund unverdrossener Globalisierung sind es Krokodilstränen, die über die Beanspruchung der Biosphäre durch China und andere vergossen werden.“ (SACHS et al, 2008, 19)

⁷ Myers und Kent beschreiben das globale Konsumwachstum wie folgt: Zwar sind vier Fünftel der weltweit etwa 560 Millionen Autos in den alten Industriestaaten unterwegs, doch die neuen Konsumenten in den Schwellenländern holen auf. Sie sind die Wachstumsmärkte von morgen. In China stieg die Autoproduktion in den 1990-Jahren um das Achtfache; bis 2010 wird mit einer Verdoppelung der Autodichte in den Transformationsländern gerechnet. Autos bleiben der am schnellsten wachsende Sektor des Energieverbrauchs – „mit allen Folgen von der Förderung fossiler Brennstoffe bis zur Umweltverschmutzung und dem CO₂-Ausstoß“. Die Zunahme des ressourcenintensiven Fleischverzehr wird nicht nur die pflanzlichen Nahrungsmittel weiter verknappen („Das Rindfleisch in einem Burger kann für eine Menge an Weizen stehen, mit der man fünf Laib Brot backen könnte“); er wird Getreide auch massiv verteuern und auch die Wasserknappheit in vielen Staaten verschärfen: „Um eine Tonne Getreide zu produzieren, können 1000 Tonnen Wasser nötig sein.“ (MYERS/KENT 2001, 10ff)

Die ökologischen Grenzen des Wachstums

Zwei wesentliche Kritikpunkte werden gegen das „westliche“ Wachstumsmodell ins Treffen geführt: 1) Es sei (bislang) nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse aller ErdenbürgerInnen zu befriedigen, etwa Hunger zu unterbinden; 2) Seine Ausweitung auf die gesamte Weltbevölkerung auf Grund begrenzter Ressourcen und einer begrenzten Aufnahmefähigkeit des Ökosystems für Abfälle (etwa Emissionen) sei rein physisch nicht möglich. Manche führen 3) an, dass das westliche Wirtschafts- und Konsummodell auch zur kulturellen Entfremdung und Nivellierung führt.

„Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“ Damit verwiesen die AutorInnen des Berichts des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ Anfang der 1970er-Jahre erstmals auf die Endlichkeit der natürlichen Vorräte (MEADOWS et al 1972).⁸ Das ExpertInnenteam bestärkte seine Aussagen in Folgeberichten, in denen auch der in den 70er-Jahren noch kaum wahrgenommene Klimawandel berücksichtigt wurde (MEADOWS et al 1992, 2006). Die Prognosen des Club of Rome wurden zunächst verdrängt bzw. als Alarmismus abgetan, sie haben der Illusion von unbegrenztem Wachstum jedoch erstmals einen ernüchternden Dämpfer versetzt (ERBRICH 2004).

Die noch junge Geschichte der Nachhaltigkeit ist nicht zu denken ohne die Warnungen des Club of Rome (HOLZINGER 2007, TRATTNIGG 2009). Peter Sloterdijk spricht von einer „Schonfrist“ von ein oder zwei Generationen, ehe uns die Ressourcengrenzen in voller Härte treffen würden. Wir befänden uns in der „Warteschleife vor dem vertagten Ernstfall“, so der Philosoph (SLOTERDIJK, 2002, 24).

Aktuelle Berichte über den Umweltzustand der Welt

Der vierte Sachstandsbericht des UN-Klimarates (IPCC 2007) hat gegenüber früheren Prognosen eine weitere Verschärfung des Klimawandels festgestellt: Von den vergangenen 12 Jahren (1995–2006) gehörten 11 zu den wärmsten je ermittelten seit Beginn der Messungen im Jahr 1850. Der Trend der vergangenen 50 Jahre liegt mit einer gemessenen Erwärmung um 0,13 °C pro Jahrzehnt nahezu doppelt so hoch wie für die letzten 100 Jahre.⁹

⁸ Zitiert nach http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Grenzen_des_Wachstums

⁹ Die Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre ist im hundertjährigen linearen Trend zwischen 1906 und 2005 um 0,74 °C (± 0,18 °C) angestiegen. Der entsprechende Wert aus dem Dritten Sachstandsbericht (1901–2000) lag noch bei 0,6 °C (± 0,2 °C).

„Wir befinden uns in der Warteschleife vor dem vertagten Ernstfall“ (SLOTERDIJK 2002, 24)

„In der Atmosphäre sind inzwischen fast 800 Mrd. Tonnen CO₂ geparkt – doppelt so viel wie in der letzten Eiszeit und ein Drittel mehr als in den vorhergehenden Eiszeiten.“
(ATLAS DER GLOBALISIERUNG 2009, 72)

„Mitte 2008 warnte der Nasa-Klimatologe James Hansen vor einem US-Kongressausschuss, das Klimasystem sei an einem „gefährlichen Umschlagpunkt“ angelangt und weise etliche Merkmale einer „erdgeschichtlichen Katastrophe“ auf: Übersäuerung der Ozeane, beschleunigtes Abschmelzen der Polkappen und Gletscher, das drohende Aussterben von zahlreichen Arten (ATLAS DER GLOBALISIERUNG 2009, 73).

Dem Argument, dass es auch früher Klimaänderungen gegeben habe, wird entgegengehalten, dass diese Klimawechsel zwischen Warm- und Eiszeiten stattgefunden hätten, nun aber einer „Warmzeit“ eine weitere „Warmzeit“ draufgesetzt werde, und zwar in einem erdgeschichtlich rasantem Tempo (MÜLLER/NIEBERT 2009, 64). Das IPCC fordert eine Reduzierung der weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 85 Prozent, um das als gerade noch „managbare“ Erwärmungsziel von 2 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts zu erreichen (IPCC 2007).

Die Reports der UN-Umweltbehörde (United Nations Environment Programme) warnen ebenfalls vor einer rapide zunehmenden Degradation der globalen Ökosysteme, neben dem Klimasystem ist auch das Ökosystem der Böden sowie des Süßwassers stark bedroht (UNEP 2009a, 2009b, vgl. auch HENSELING 2009).

Erfolg und Trugbild des Fossilismus

Eine zentrale Bedingung des „Erfolgs“ des Industrialismus liegt in der Ausbeutung der fossilen Energiereserven. Was sich in Millionen Jahren durch einen natürlichen Prozess in der Erde abgelagert hat, wird nun in kurzer Zeit verbrannt. „In den letzten 200 Jahren hat der euro-atlantische Bereich der Welt eine Zivilisation der Welt gebaut, deren Fundament auf fossilen Energien und Materialien beruht“, so Wolfgang Sachs (Sachs 2009, 246). Der Ökologe meint pointiert, dass die letzten 200 Jahre eine „Bonanza, ein Feuerwerk“ waren, eine „Zeit, die über glückliche Sonderbedingungen verfügt hat, die in der Zukunft weder für uns noch für andere auf diesem Globus zur Verfügung stehen werden“ (SACHS 2009, 246).

Autoren der Peak Oil Association zeigen in ihrer Studie „Ölwechsel. Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft“ detailliert die Reichweiten der weltweiten Ölreserven auf, die spätestens zu Mitte des Jahrhunderts knapp werden würden. Unser Konsummodell sei nur auf der Basis von Öl denkbar, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts könne man daher ohne weiteres als das „Zeitalter des Konsums“ bezeichnen, so auch die Peak-Oil-Experten: „Der von Öl gespeiste Handel überschwemmte die Welt mit allen nur erdenklichen Waren. Doch nur ein kleiner Teil der Menschheit konnte an diesem Überfluss partizipieren.“ (GLOBAL CHALLENGES NETWORK 2002)

„Das ist in Geschwindigkeit und Ausmaß ein dramatisches Experiment mit der Zerbrechlichkeit der Erde.“
(MÜLLER/NIEBERT 2009, 64)

„Um den Energieverbrauch der Menschheit eines einzelnen Tages [Bezugsjahr 2008] anzusparsen, brauchte die Erde einmal 1.370 Jahre.“
(HOFMANN 2009, 410)

„Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts kann man ohne weiteres als das Zeitalter des Konsums bezeichnen. Der von Öl gespeiste Handel überschwemmte die Welt mit allen nur erdenklichen Waren.“
(GLOBAL CHALLENGES NETWORK 2002)

Elmar Altvater bezeichnet Industrialismus und Fossilismus als nicht von einander zu trennende Phänomene. Die Verknappung der fossilen Rohstoffe werde daher auch das Wirtschaften grundlegend verändern (ALTVATER 2005).

Gefahr von Ressourcenkonflikten

Für den Zukunftsforscher Franz J. Radermacher ist die Ressourcenfrage die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Ökologie werde dann für „knallharte Einschränkungen, für ökonomisches und physisches Überleben“ stehen (RADERMACHER 2007, 138).

Die „Mehrfachkrise“ bringt den Kapitalismus an seine Grenzen, so Michael Müller und Kai Niebert in ihrem Band „Epochenwechsel“ (MÜLLER/NIEBERT 2009). Wenn Wirtschaft und Gesellschaft nicht grundlegend neu geordnet werden, „verbinden sich der ökonomische Kollaps, soziale Verteilungskonflikte und die ökologischen Grenzen des Wachstums zu einem massiven Angriff auf Menschenrechte und Menschenwürde.“ Entweder erleben wir ein „Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe, weil die Politik die Wirtschaftsprozesse weder sozial noch ökologisch regelt“, oder es kommt „zu einer nachhaltigen Entwicklung, in der wirtschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbunden wird“ (MÜLLER/NIEBERT 2009, 13, 24).

Der US-Politologe Parag Khanna spricht vom „Kampf um die zweite Welt“, d. h. um die Einflussphären neuer Mächte wie China und Indien sowie deren Ressourcenbegehrlichkeiten. Hegemonialkonflikte von Großmächten hätten im 20. Jahrhundert zu zwei Weltkriegen geführt, daher sei übergroßer Optimismus, dass dies im 21. Jahrhundert anders sein werde, fehl am Platz. Denn zum ersten Mal in der Geschichte gebe es, so der Autor, eine „multipolare und multikulturelle Welt mit drei sehr unterschiedlichen Supermächten, die auf einem Planeten mit schrumpfenden Rohstoffvorkommen miteinander konkurrieren“ (KHANNA 2008, 494).

Der rapide Wandel der Welt mit dem zu erwartenden rasanten Anstieg des Ressourcenverbrauchs macht eine Umsteuerung in Richtung eines ressourcenleichten Wirtschaftens unabdingbar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage von Wirtschaftswachstum in einem neuen Licht. Gelingt ein Wirtschaftswachstum mit bedeutend weniger Verbrauch an Ressourcen und Ausstoß an Treibhausgasen oder besteht im ökonomischen Schrumpfen der Wohlstandsländer der einzig realistische Weg, eine global nachhaltigere Entwicklung einzuschlagen? Mit anderen Worten: Reicht es anderen mehr zu geben bzw. zu lassen oder ist auch erforderlich, dass wir uns weniger nehmen?

„Das Wort Ökologie hat für viele Menschen heute noch einen harmlosen Klang – in Zukunft aber steht es für knallharte Einschränkungen, für ökonomisches und physisches Überleben.“ (RADERMACHER 2007, 138)

„Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es eine multipolare und multikulturelle Welt mit drei sehr unterschiedlichen Supermächten, die auf einem Planeten mit schrumpfenden Rohstoffvorkommen miteinander konkurrieren.“ (KHANNA 2008, 494)

Die Welt als globaler Supermarkt?

Das Washingtoner Worldwatch-Institut hat in einem Anfang Jänner 2010 veröffentlichten Bericht einmal mehr einen grundlegenden Wandel unseres Konsumverhaltens gefordert. Im Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung müsse in Zukunft deutlich werden, dass Kaufen nicht zu Glück, Zufriedenheit und gesellschaftlicher Akzeptanz führe. 2006 habe die Menschheit für Waren und Dienstleistungen 30,5 Billionen Dollar ausgegeben, 28 Prozent mehr als 1996 und sechsmal so viel wie 1960. Die Weltbevölkerung sei seit 1960 aber nur um das 2,2-fache gestiegen. 2005 sei weltweit achtmal so viel Erdöl verbraucht worden wie 1950, so der Bericht (WORLDWATCH INSTITUTE 2010).¹⁰

Forschungsleiter *Erik Assadourian* erklärt im Bericht, Umweltgesetze und nachhaltige Technologien würden nicht ausreichen, solange besonders in den wohlhabenden Ländern eine Rohstoffe verschlingende und das Klima gefährdende Konsumkultur herrsche. Rund ein Drittel des weltweiten Konsums gehe auf das Konto der US-Amerikaner, die jedoch nur fünf Prozent der Weltbevölkerung stellten. Die reichsten 500 Millionen Menschen (sieben Prozent der Weltbevölkerung) seien für etwa die Hälfte der ausgestoßenen Treibhausgase verantwortlich, heißt es in dem Bericht weiter.

Angetrieben, so der Worldwatch-Bericht, werde das unverantwortliche Kaufverhalten von massiven Werbeschlächten der Wirtschaft: 2008 hätten Unternehmen weltweit 643 Milliarden Dollar für Kampagnen ausgegeben. In China und Indien steigen den Angaben zufolge die Ausgaben für Werbung jährlich um mehr als zehn Prozent. Als Beispiel für die Wirksamkeit der Reklame nennt der Bericht den Verkauf von Trinkwasser in Flaschen: 2008 wurden 241 Milliarden Liter verkauft, doppelt so viele wie 2000. Auch die Hersteller für Haustierbedarf und -futter lassen sich ihre Werbung viel kosten: 300 Millionen Dollar geben sie in den USA pro Jahr aus, um ihre Produkte anzupreisen. Zwei Schäferhunde verbrauchten dort so viele Ressourcen wie ein durchschnittlicher Bürger im asiatischen Bangladesch.

**„2006 hat die Menschheit für Waren und Dienstleistungen 30,5 Billionen Dollar ausgegeben, 28 Prozent mehr als 1996 und sechsmal so viel wie 1960.“
(WORLDWATCH INSTITUTE 2010)**

„2008 haben Unternehmen weltweit 643 Milliarden Dollar für Werbekampagnen ausgegeben.“ (WORLDWATCH INSTITUTE 2010)

¹⁰ State of the World 2010, Quelle: <http://www.worldwatch.org/sow10>, zit. n. <http://www.wir-klimaretter.de/content/view/4847/70/>

2. Analyse:

Begründungen für Wirtschaftswachstum

Der durch die aktuelle Finanzkrise bedingte „Wirtschaftseinbruch“ machte deutlich, dass Schrumpfung möglich ist. Sie hat Auswirkungen auf viele Bereiche – vom Rückgang der Aufträge für die Unternehmen (insbesondere war und ist der produzierende, v.a. auf Export ausgerichtete Sektor betroffen) über die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis hin zu Einnahmenausfällen der öffentlichen Hand, aber auch zivilgesellschaftlicher Einrichtungen wie Gewerkschaften, die Mitgliedereinbußen zu verzeichnen haben.

Die Wachstumseuphorie ist nicht erst mit der Finanzkrise 2008 ins Wanken geraten – schon davor waren die Wachstumsraten der OECD-Volkswirtschaften von früher 5 und mehr auf 1-2 Prozent pro Jahr zurückgegangen. Die Finanzkrise hat jedoch vor Augen geführt, dass das Umgehen mit möglichen Schrumpfungsprozessen nicht nur aus ökologischen Gründen notwendig geworden ist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaft sprach im April 2009 von 4,9, das Münchner Ifo-Institut im Juni 2009 gar von 6,3 Prozent Schrumpfung für Deutschlands Wirtschaft (n. NIENHAUS 2009, 19). Die Schätzungen für Österreich lagen Ende 2009 bei minus drei bis vier Prozent bei einer leichten Erholung für das Folgejahr, auch wenn die Rückgänge nur schwer akzeptiert werden. So schrieb die Bank Austria in ihrer Konjunkturprognose im November 2009: „Wir erwarten nun ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent für 2010. Nach dem Rückgang des BIP um 3,8 Prozent 2009 bleibt damit Österreichs Wirtschaft auch 2010 deutlich unter ihren Möglichkeiten.“ (BANK AUSTRIA 2009, 3).

Auch die Österreichische Nationalbank (OeNB 2009) ist in den Wachstumsprognosen defensiv geworden: „Österreichs Wirtschaft wird sich von der tiefsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg nur langsam erholen“, so ein aktueller Befund. „Nachdem die österreichische Wirtschaft 2009 um 3,5 Prozent schrumpfen wird“, erwartete die OeNB in ihrer Prognose vom Dezember 2009 für die Folgejahre zwar eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten. Der Konjunkturaufschwung werde jedoch verhalten ausfallen. Das für die Jahre 2010 und 2011 prognostizierte Wachstum beträgt 1,2 bzw. 1,6 Prozent.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) sowie das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) konstatierten in ihrer Dezemberprognose 2009 ebenfalls nur geringe Wachstumsraten für 2010 und 2011. Auffallend an den Prognosen von IHS und WIFO ist die weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit auf bis zu 8 Prozent in den Jahren 2010 und 2011, die erwarteten Konsumrückgänge fallen in Relation gesehen geringer aus (*siehe Grafik nächste Seite*).

„Wir erwarten ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent für 2010. Nach dem Rückgang des BIP um 3,8 Prozent 2009 bleibt damit Österreichs Wirtschaft auch 2010 deutlich unter ihren Möglichkeiten.“ (BANK AUSTRIA 2009, 3).

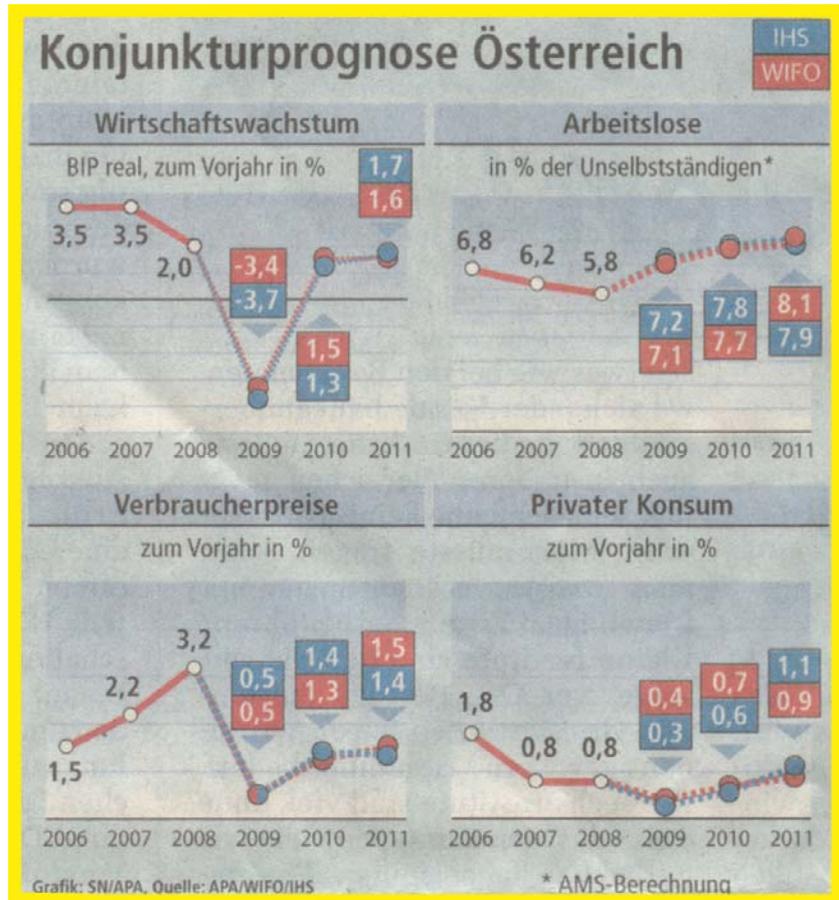
„Österreichs Wirtschaft wird sich von der tiefsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg nur langsam erholen“ (OENB 2009, o. S.).

Resümee

Noch vor einigen Jahren setzten die Wirtschaftsforschungsinstitute Wachstumsraten von 3 Prozent an, um die Ziele Vollbeschäftigung und niedriges Budgetdefizit zu erreichen.¹¹

Die Finanzkrise stellt uns nun vor die Notwendigkeit, mit sinkenden Zuwachsraten oder gar Schrumpfungsprozessen umzugehen und daraus zu lernen. So wurden einerseits rasch „Bankenpakete“ zur Wiederherstellung des Vertrauens bzw. der Liquidität der Banken zur Verfügung gestellt, zum anderen Konjunkturprogramme eingeleitet. Die Wachstumsprognosen für die nächsten Jahre bleiben aber dennoch gedämpft.

Ewald Nowotny, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank und EZB-Ratsmitglied, meinte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass Europa 2010 zwar nicht von einer zweiten Rezessionswelle erfasst werde, aber Wachstumsraten wie in früheren Jahrzehnten nicht mehr zu erhoffen seien: „Wir sind in einer Phase des langsamen aber stetigen Wachstums.“¹²



Quelle: Salzburger Nachrichten 19. 12. 2009

¹¹ Die österreichische Wirtschaftspolitik müsse darauf abzielen, das Wirtschaftswachstum mittelfristig auf drei Prozent anzuheben, so Wifo-Chef Karl Aiginger auf der Vollversammlung der AK Oberösterreich am 24. 4. 2005. Nur so seien auch andere Ziele, wie etwa Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschonung und Budgetausgleich zu erreichen.

Nach: <http://www.arbeiterkammer.com/online/wifo-chef-aiginger-fordert-aktiver-politik-fuer-wirtschaftswachstum-22015.html?mode=711&STARTJAHR=2008>

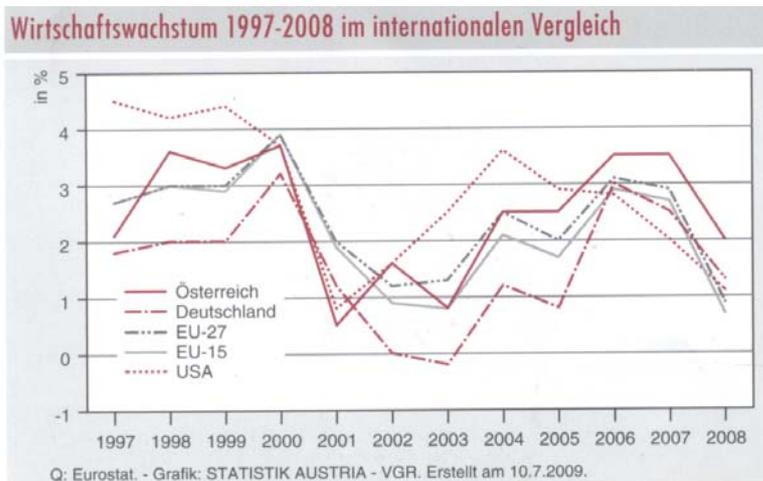
¹² Nach Börseexpress, 18. 1. 2010, <http://www.boerse-express.com/pages/848949>.

Systemische Unmöglichkeit unbegrenzten Wachstums

Der Wachstumsrückgang hängt zwar mit der Finanzkrise zusammen, hat aber auch systemimmanente Ursachen. Denn exponentielles Wachstum ist langfristig schwer realisierbar, bedeutet es doch, dass ein System immer schneller und immer mehr wachsen müsste. Allein ein exponentielles Wachstum von 2 Prozent bedeutete eine Verdoppelung alle 35 Jahre. Und die Schrumpfung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2009 um 3,5 Prozent bedeutet „lediglich“ die Rückkehr zum Wert des Jahres 2006.

„Während die Volkswirtschaftslehre stetiges prozentuales Wirtschaftswachstum über (unbegrenzt) lange Zeiträume annimmt und voraussetzt, ließ sich die Existenz von exponentiellem Wachstum in der Empirie in den letzten Jahren und Jahrzehnten für hochentwickelte Volkswirtschaften nicht bestätigen“, so die AutorInnen der Studie „*Welches Wachstum ist nachhaltig?*“ (HINTERBERGER et al 2009, 63) Darin zitierte Ergebnisse des Instituts für Wachstumsstudien in Gießen zeigen, „dass lineares und nicht exponentielles Wachstum der Normalfall entwickelter Volkswirtschaften ist“ (ebd.) Die Giessener Experten sprechen von „wachsendem Wachstum“, das nicht unbegrenzt fortgeführt werden könne (BOURCARDE / HERZMANN 2006).¹³

„Während die Volkswirtschaftslehre stetiges prozentuales Wirtschaftswachstum über (unbegrenzt) lange Zeiträume annimmt und voraussetzt, ließ sich die Existenz von exponentiellem Wachstum in der Empirie in den letzten Jahren und Jahrzehnten für hochentwickelte Volkswirtschaften nicht bestätigen.“
(HINTERBERGER et al 2009, 63)



Sinkende Wachstumsraten bereits vor der Krise (Statistik Austria)

¹³ Exponentielles Wachstum erfordert eine prozentuale Steigerung jeweils gegenüber dem Wert der vorherigen Periode. Volkswirtschaften mit bereits hohem BIP müssten dann immer schneller wachsen. Lineares Wachstum ermöglicht hingegen, dass sich die Zuwächse auf Absolutbeträge einpendeln. Ein Phänomen, das beispielsweise auch für Lohnerhöhungen gilt. Eine Lohnerhöhung um einen bestimmten Prozentsatz - etwa 2 oder 3 Prozent - bedeutet, dass jene mit bereits hohen Einkommen absolut gesehen noch mehr dazubekommen. Ein Grund, warum manche für den Übergang zur Erhöhung um Absolutbeträge plädieren (MARTERBAUER 2007). Das Österreichische Pensionssystem wurde teilweise dem entsprechend umgestellt. Bezieher hoher Pensionen sind von der prozentuellen Pensionsanpassung ausgenommen; sie erhalten nur einen zusätzlichen Fixbetrag.

Exponentielles Wachstum relativiert auch hohe Wachstumsraten geringer entwickelter Volkswirtschaften. Wenn Chinas Wirtschaft derzeit um jährlich 10 Prozent wächst, dann liegen die absoluten Zuwächse noch immer unter jenen der OECD-Länder.

Aus ökologischer Perspektive kann Schrumpfung (bzw. Rückgang von Wachstum) bedeuten, dass der Ressourcenverbrauch sinkt und zugleich aus Kostengründen nach Wegen gesucht wird, verdeckte Effizienzpotenziale auszuloten. Bedingt durch die Finanzkrise soll der globale ökologische Fußabdruck 2009 erstmals zurückgegangen sein (PLATTFORM FOOTPRINT, 2009).

Im Folgenden werden daher die in der Wissenschaft vorgebrachten Argumente für Wirtschaftswachstum, vorgeschlagene Strategien zum Umgang mit der „Wachstumskrise“ sowie Vorstellungen einer nicht mehr wachsenden Ökonomie bzw. eines alternativen Verständnisses von Wachstum skizziert.

Argument 1:

Wirtschaftswachstum schafft Lebensqualität

Ziel des Wirtschaftens ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen. Wächst die Wirtschaft, gibt es mehr an Gütern zu verteilen, es steigt der Wohlstand – so die gängige Theorie der Wirtschaftswissenschaften. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte hat unseren Wohlstand in der Tat gemehrt, wie bereits gezeigt wurde. Doch gibt es Wachstumsgrenzen des Wohlstandes? Reinhold Hedtke problematisiert in seinem Lehrbuch über ökonomische Theorien die Sichtweise der klassischen Ökonomie, dass menschliche Bedürfnisse nach Gütern im Grunde unbegrenzt seien, es von Seiten der Bedürfnisse also keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums gäbe und Wirtschaften demnach immer als Handeln unter Knappheit stattfinde (HEDTKE 2009, 20ff).

In der Wirtschaftswissenschaft sei es lange nicht vorstellbar gewesen, dass Bedürfnisse auch anders als materiell befriedigbar seien, meint der Ökonom, der von einem „blinden Fleck“ der Wirtschaftswissenschaften spricht. Der Knappheitsansatz sehe nicht, „dass Akteure Knappheit dadurch verringern können, dass sie ihre Ansprüche begrenzen und ihren Lebens- und Konsumstil ändern“ (ebd. 24). Ebenso fraglich sei der in der Ökonomie unterstellte Rationalitätsansatz: 40-50 Prozent der Käufe von KonsumentInnen erfolgten nicht geplant, 10-20 Prozent dürften sogar „echte Impulskäufe sein, die sehr emotional und wenig kontrolliert sind“ (ebd. 117). Wirtschaftspraktiker würden dies sehr wohl wissen, so Hedtke, wenn sie ihre Marketingstrategien entwickeln. „Allzu rationale Konsumenten wären für die Marktwirtschaft insgesamt problematisch, denn die Verwendung des Einkommens für den Kauf immer wieder neuer Konsumgüter ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.“ (ebd. 117).

Waren kritische Befunde über die Konsumgesellschaft lange Zeit psychologischen und soziologischen Studien vorbehalten – exemplarisch sei auf Erich Fromms „Haben oder Sein“ (FROMM 1999)

Ziel des Wirtschaftens ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen.

Der Knappheitsansatz der Ökonomie ist ebenso zu hinterfragen wie jener, dass Wirtschaftssubjekte immer rational handeln.

sowie auf „Die Macht der Bedürfnisse“ von Marianne Gronemeyer (GRONEMEYER 1988, vgl. auch 2008) verwiesen – haben diese in jüngster Zeit auch Teile der Wirtschaftswissenschaften erreicht. Der britische Ökonom Richard Layard greift in „Die glückliche Gesellschaft“ Ergebnisse der Glücks- und Zufriedenheitsforschung auf, denen gemäß materieller Wohlstand zwar zu mehr Zufriedenheit beitrage, jedoch nur bis zu einem gewissen Einkommensniveau. Ist dieses erreicht – die Höhe wird zwischen 10- und 15.000 Dollar Jahresinkommen angegeben – steigt die Zufriedenheit nicht mehr, auch wenn das Einkommen weiter wächst (LAYARD 2005).

Begrenzte Wohlstandswirkung des Güterreichtums

Empirische Befunde wie die Zunahme von Suchterkrankungen, psychischem Leid, etwa Depressionen, oder der Verbrechensrate in materiell reichen Gesellschaften sind für den Direktor des Center for Economic Performance an der London School of Economics Indikatoren für die begrenzte Wohlstandswirkung unseres Güterreichtums. Phänomene wie steigende Ansprüche („Während unser Einkommen steigt, wandert auch die Norm nach oben.“), die Tendenz des Sich-Vergleichens („Fangen unsere Freunde an, größere Partys zu geben, dann haben wir das Bedürfnis, es ihnen nachzutun.“) oder die Falle der Gewöhnung („hedonistische Tretmühle“) verstärkten diese ernüchternde Glücksbilanz, so der Ökonom (alle Zitate ebd. 54f).

Layard gibt nicht nur persönliche Empfehlungen für einen anderen Lebensstil; er zieht auch Schlüsse für Wirtschaft und Politik, etwa hinsichtlich der positiven sozialen und ökonomischen Wirkung von Umverteilung: „Der zusätzliche Taler bringt dem Reichen weniger als dem Armen“. Und: „Zusätzliches Einkommen [bewirkt] in armen Ländern weit mehr Glück als in reichen“ (ebd. 64f). Der Ökonom plädiert für politische Umsteuerung in eine Gesellschaft der Lebensqualität. Werbung für Kinder sollte verboten werden, Werbung für Erwachsene nicht länger steuerlich absetzbar sein.

Steuern auf hohe Einkommen beziehungsweise zu viel Arbeit würden dem Statuswettbewerb entgegenwirken und das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Leben erhalten helfen. Das Ziel müsse sein, Chancen- und Einkommensgerechtigkeit herzustellen, nicht dass alle immer mehr verdienen. Layard zitiert die skandinavischen Länder als Vorbild, „wo die Steuern hoch sind, die öffentlichen Schulen ausgezeichnet arbeiten und die Kultur durch gegenseitigen Respekt gekennzeichnet ist“ (ebd. 66).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger, der von „Tretmühlen des Glücks“ spricht. Die Anspruchsfalle (je mehr wir haben, umso mehr wollen wir dazu) ergänzt er durch die Zeitsparfalle (nicht alle Geräte, die wir anschaf-

„Menschen, die es schaffen, ihrem Leben Sinn und Richtung zu geben, sind in der Tat glücklicher als solche, die von einer Belustigung zur nächsten eilen“ (LAYARD 2005, 35).

„Zusätzliches Einkommen bewirkt in armen Gesellschaften weit mehr Glück als in reichen.“ (LAYARD 2005, 64f)

fen, helfen tatsächlich Zeit sparen) und die Vergleichsfalle (wir wollen haben, was andere auch haben). Auch er fordert ein Abgehen vom alten Wachstumsdenken (BINSWANGER 2008).

Der Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech greift die Erkenntnisse der Glücksforschung ebenfalls auf. Er plädiert für „Entrümpelung“ und „Entschleunigung“: „Wer an materieller Optionenvielfalt zu ersticken droht, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem“. Zudem tritt er ein für eine „Neujustierung der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung“ (PAECH 2009, 21).

Erlebniskapitalismus gegen Sättigungstendenzen?

Klaus Firlei verweist auf die zunehmende Monetarisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die in der modernen Entertainmentgesellschaft neben der ökologischen auch zur kulturellen Verödung führe. Antriebsmotor für diese Dynamik ist aus seiner Sicht das Verwertungsinteresse des Kapitals, das immer neue „Bedürfnisse“ kreiere, um die Sättigung der Märkte hinauszuschieben. Firlei spricht von „Erlebniskapitalismus“, der eine permanente Steigerung der Warenwelt erfordere und in eine „völlig sinnlose Explosion der virtuellen Erlebniswirtschaft – wohl des einzigen Sektors, der eine grundsätzlich unbegrenzte Nachfrage bereit hält“, führe (FIRLEI 2009, 505). Einer ökologisch bedenklichen Steigerung der Wertmasse stehe immer weniger Lebensqualität gegenüber. Firlei nennt dies die „Sozialprodukt-Lebensqualitätskluft“ (ebd. 497).

Der Wirtschaftsexperte Christian Felber spricht von der Konsumfreiheit als neuem „Volksoptimum“: „Die materielle Fülle – zu niedrigen Preisen – ist der große Trost des Kapitalismus für das Fehlen von Autonomie, Mitbestimmung und Menschlichkeit in den ökonomischen Beziehungen.“ (FELBER 2008, 43)

Norbert Reuter verweist aus Sicht des Ökonomen ebenfalls auf die Sättigungstendenzen: „Wo es selbst eine ständig expandierende Marketingindustrie nicht mehr schafft, die Kluft zwischen wachsender Produktionsfähigkeit und sinkender Konsumbereitschaft zu schließen, muss die Frage nach dem grundsätzlichen Sinn weiteren Wachstums in hoch industrialisierten Ländern mit steigendem materiellen Überfluss gestellt werden.“ (REUTER 2007, 12)

Auch der Ökonom Hans Abele hält permanentes Wachstum für eine „naive Betrachtungsweise“: Denn wir sähen ja, „dass an vielen Stellen Sättigungstendenzen auftreten und viele Entwicklungen in die falsche Richtung gehen, beispielsweise in der Automobilindustrie“ (ABELE 2009, 16).¹⁴

„Das Kapital hat es vorerst geschafft, ein posthumanes Zeitalter einzuläuten.“ (FIRLEI 2008, 488).

„Wo es selbst eine ständig expandierende Marketingindustrie nicht mehr schafft, die Kluft zwischen wachsender Produktionsfähigkeit und sinkender Konsumbereitschaft zu schließen, muss die Frage nach dem grundsätzlichen Sinn weiteren Wachstums gestellt werden.“ (REUTER 2007, 12)

¹⁴ Gut nachvollziehbar sind Sättigungstendenzen am Automobil. Nach der Ausstattung aller Haushalte seit den 1950er-Jahren mit PKWs – der PKW-Bestand ist in Österreich von ca. 500.000 Fahrzeugen im Jahr 1960 auf heute 4,25 Mio. gestiegen –

Der Konsum- und Nachhaltigkeitsforscher Gerhard Scherhorn plädiert folgerichtig für die Beschränkung der Produktion auf jene Güter, die wir wirklich brauchen (SCHERHORN 2009).

Resümee: Die Steigerung des materiellen Wohlstandes hat uns viele Annehmlichkeiten gebracht. Doch folgt man den Ergebnissen der Zufriedenheitsforschung, weist die Wohlstandsmehrung einen abnehmenden Grenznutzen auf. Auch wenn das Interesse, mit immer neuen Angeboten Gewinn zu machen, groß ist und die Marketingmethoden immer ausgefeilter werden, so muss dennoch festgehalten werden: die Steigerung der Lebensqualität kann nur mehr bedingt als Argument für Wirtschaftswachstum herangezogen werden. Der Zenit der Wohlstandssteigerung durch noch mehr materielle Güter scheint in den reichen Gesellschaften überschritten. Lebensqualität wäre in einer „Postwachstumsökonomie“ (PAECH 2009, 215) also durchaus denkbar.

Bleiben die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen als Argumente, die immer wieder für Wirtschaftswachstum ins Treffen geführt werden.

Argument 2:

Wachstum erhält Sozialstaat und Verteilungsspielräume

Wirtschaftswachstum ermögliche Wohlstandszuwächse für alle, ohne jemandem etwas wegnehmen zu müssen, was demokratiepolitisch leichter umzusetzen sei als Umverteilung, so eine bekannte Begründung für Wirtschaftswachstum. Stagnierende Wachstumsraten erzeugten Unzufriedenheit und verschärften die Diskussionen über die Verteilung der Ressourcen, meint etwa der Zukunftsforscher Erik Händeler (HÄNDELER 2003, 12). Auch die Finanzierung der Sozialleistungen wird mit Wirtschaftswachstum argumentiert – die Pflege älterer Menschen in Österreich könne durch zwei Prozent Wirtschaftswachstum gewährleistet werden, so etwa der ehemalige österreichische Sozialminister Erwin Buchinger (Pressemitteilung 2007).

fallen nun fast nur mehr Erneuerungskäufe sowie Neukäufe der jungen FührerscheinbesitzerInnen an. Nach einer Studie des CAR Center Automotive Research an der Universität Duisburg wurden 2009 weltweit zwar mehr Autos verkauft als 2008, die Gründe lägen aber in den in vielen Ländern gezahlten Abwrackprämien, den Konjunkturprogrammen sowie in den Wachstumsmärkten wie China, wo 2009 8,2 Mio. Autos (2007 2,5 Mio.) verkauft wurden. Für Deutschland wird 2010 ein Einbruch um 1 Mio. Fahrzeuge oder 26 Prozent erwartet. In Nordamerika war dieser Rückgang bereits 2009 eingetreten, wo mit 12,5 Mio. Fahrzeugen um 22 Prozent weniger Autos verkauft wurden als im Vorjahr. Sättigungstendenzen in den OECD-Staaten führen also zur Verlagerung der Märkte in die neuen Schwellenländer (n. Salzburger Nachrichten, 2. 1. 2010). „Glänzende Geschäfte in vielen Regionen der Welt – vor allem aber in China – haben den deutschen Oberklasse-Autobauern im November zu deutlich höheren Absatzzahlen verholfen“, so eine Pressemeldung. „BMW verbuchte ein Plus von elf Prozent, Audi steigerte sich um neun Prozent und Daimler konnte sogar 19 Prozent mehr als ein Jahr zuvor absetzen.“ (Salzburger Nachrichten vom 9. 12. 2009)

„Die seit neuem auch in den Wirtschaftswissenschaften viel beachtete Glücksforschung führt zur Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an Glück stiftet.“ (PAECH 2009, 216)

„Stagnierende Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg trüben die öffentliche Stimmung, erzeugen Unzufriedenheit und verschärfen die Diskussionen, nach welchen Kriterien eine Gesellschaft ihre Ressourcen verteilen soll.“ (HÄNDELER 2003, 12).

Rückgang der Steuereinnahmen

Wirtschaftliche Rezession führt in der Regel zu einem Rückgang der Steuereinnahmen. Die Konjunkturprognose 2009 der Bank Austria spricht von einem Einbruch der Steuereinnahmen des österreichischen Staates in den ersten neun Monaten 2009 insgesamt um 7 Prozent. Das Finanzministerium habe daher das Plandefizit 2009 von bisher 3,5 Prozent des BIP auf 3,9 Prozent angehoben. „Für 2010 gehen wir von einem Defizit von sogar 5,5 Prozent des BIP aus, denn die Nachwehen der Konjunkturkrise, insbesondere am Arbeitsmarkt, werden die öffentlichen Haushalte noch stark belasten“, so die Autoren der Konjunkturprognose. Neben steigenden Sozialkosten sei eine nur sehr verhaltene Steuereinnahmenentwicklung im Lohn- und Einkommenssteuerbereich und bei den Konsumsteuern zu erwarten (BANK AUSTRIA 2009, 3).¹⁵

Auch WIFO und IHS warnen vor der starken Überschuldung des österreichischen Staates im Zuge der Finanzkrise. Ab 2011 müsse mit der „Rückführung der Schulden“ begonnen werden, so WIFO-Chef Karl Aiginger.¹⁶ Die Wirtschaftskammer Österreich rechnet mit dem Anstieg der Staatsschuldenquote auf jeweils bis zu 5 Prozent des BIP in den Jahren 2010 – 2012. Die gesamten Staatsschulden dürften von 161 Mrd. Euro (2009) auf 250 Mrd. (2013) schnellen, was jährlich elf Mrd. Euro Zinsen kosten wird (WKO 2009).

Es stimmt daher, dass Sozialpolitik umso leichter fällt, je mehr zu verteilen ist. Und doch ist diese nicht (allein) vom wirtschaftlichen Gesamtzuwachs abhängig, sondern auch eine Frage der Verteilungspolitik und der Macht, diese durchzusetzen. Beat Bürgenmeier, Mitglied des unabhängigen „Schweizer Rates für Wirtschafts- und Sozialpolitik kontrapunkt“, geht davon aus, dass „Verteilung ... nicht nur Konsequenz, sondern auch Vorbedingung unseres Wirtschaftens [ist]“ (BÜRGENMEIER 2009, 48)

In einem Kommentar „Mehr Wirtschaftswachstum? Eine Glaubensfrage“ meint er, dass man mit Produktivitätsgewinnen vieles anstellen könne: „Kader- und andere Löhne gleich oder ungleich erhöhen, Arbeitszeiten verkürzen, Kinderrippen einrichten, Sozialversicherungen trotz alternder Bevölkerung finanzieren oder Dividenden erhöhen. Immer geht es aber dabei um eine gerechte Verteilung des Wachstums.“ (ebd.)

„Jeder Prozentpunkt an zusätzlichem Wachstum bringt uns grob gesagt drei Mrd. Euro Verbesserung im Budget.“ (AIGINGER 2009)

„Sinken Produktion, Einkommen, Konsum und Beschäftigung und steigt die Arbeitslosigkeit in der Rezession, so sinken automatisch die Steuereinnahmen, während die Staatsausgaben steigen.“ (MARTERBAUER 2007, 41)

„Mit Produktivitätsgewinnen kann man vieles anstellen. Immer geht es aber dabei um eine gerechte Verteilung des Wachstums.“ (BÜRGENMEIER 2009, 48)

¹⁵ „Das größte Minus seit 1945“ – so Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka anlässlich der Präsentation von Budgetzahlen durch das Finanzministerium Anfang Jänner 2010. Als wichtigste Ursache wird der konjunkturbedingte Einbruch der Steuereinnahmen genannt. So ist die Körperschaftssteuer 2009 um 2 Mrd. Euro und die Lohnsteuer um 1,4 Mrd. Euro gegenüber 2008 geschrumpft. (nach Salzburger Nachrichten 4. 1. 2010).

¹⁶ In: „Arbeitsmarkt und das Budget als Sorgenkinder“, Salzburger Nachrichten 19. 12. 2009

Ungleichverteilung der Einkommen

Vielfach wurde mittlerweile das Auseinanderdriften der Einkommen und Vermögen dargestellt. So wird auch in Österreich die Kluft zwischen den Einkommen größer. Die ärmsten 10 Prozent der insgesamt 3,6 Mio. Haushalte in Österreich kamen laut Statistik Austria 2008 auf weniger als 12.000 Euro Jahreseinkommen, die reichsten 10 Prozent hingegen auf über 60.000 Euro und mehr. „Anteilmäßig verfügen die oberen 10 Prozent über 22 Prozent des gesamten Äquivalenzeinkommens. Hingegen haben die unteren 10 Prozent nur 4 Prozent des gesamten Einkommens zur Verfügung.“¹⁷ Und auch die Zahl der von Armut gefährdeten Menschen steigt.¹⁸

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge hält die Notwendigkeit eines „Rückbaus des Sozialstaats“ aufgrund eines rückläufigen Wirtschaftswachstums für ein ideologisches Konstrukt, das lediglich von Umverteilung ablenke. Zentral sei die Kopplung von Armutspolitik an Verteilungsgerechtigkeit und die gemeinsame Betrachtung von Armut mit Reichtum, ist er überzeugt. Denn: „Armut ist nicht aus sich heraus, sondern nur im Kontext seines Gegenstücks, des Reichtums, wirklich zu verstehen.“ (BUTTERWEGGE 2009, 31) Und: „Armut entsteht nicht trotz, sondern durch Reichtum.“ (ebd. 32)

Eine auf dieser Erkenntnis aufbauende Umverteilungspolitik eines aktiven und intervenierenden Staates erfordere daher Strategien wie garantierte Mindestlöhne, Flächentarife, Vermögenssteuern sowie Arbeitszeitverkürzungen (bei niedrigen Einkommen mit vollem Lohnausgleich), im Bereich der Familien flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztagschulen sowie den Übergang zur Subjektförderung unabhängig von der Familienform und der Erwerbsbiografie der Eltern. Herzstück einer Umsteuerung wäre für Butterwegge eine „solidarische Bürgerversicherung“, die „sämtliche Einkommen und Einkunftsarten zur Finanzierung der nötigen Leistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich heranzieht“ (ebd. 276) und eine bedarfsorientierte Grundsicherung aller ermöglichen würde.

Auch der am Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut tätige Ökonom Markus Marterbauer hält nichts von einem Rückzug des Staates aus der Wirtschafts- und Verteilungspolitik. Umverteilung und aktivierende Sozialpolitik sind für ihn nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, um etwa die Konsumnachfrage unterer Einkommenschichten zu

„Armut ist nicht aus sich heraus, sondern nur im Kontext seines Gegenstücks, des Reichtums, wirklich zu verstehen.“ (BUTTERWEGGE 2009, 31)

„Entscheidend für die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik ist es, welche Rolle man dem Staat zumisst. Soll er im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung aktiv in die Ausbildung der Kinder, die Gleichstellung der Frauen, die Qualifizierung von Arbeitslosen und Migranten und die Versorgung von Kranken und Alten investieren? Oder sollen im Interesse der Unternehmen und Vermögensbesitzer der Staatseinfluss zurückgedrängt und die Steuern gesenkt werden?“ (MARTERBAUER, 2007, 20f)

¹⁷ www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/haushalts-einkommen/index.html.

¹⁸ Laut Statistik Austria waren in Österreich 2008 12,4 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Rund 492.000 Menschen, das entspricht sechs Prozent der Bevölkerung, lebten in manifester Armut. Diese Zahlen basieren auf der europaweiten Statistik zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von EU-SILC - Statistics on Income and Living Conditions (nach ORF 2009, www.orf.at/091216-45872/index.html).

steigern und volkswirtschaftliche Kosten sozialer Krisen zu minimieren. Sozialpolitik bedeutet für ihn nicht, mehr Sozialhilfe auszugeben, sondern die Startchancen Benachteiligter zu verbessern. Investitionen in Bildung, der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder bessere Mindestlöhne seien dabei zugleich die adäquatere Antwort auf die Modernisierungsherausforderungen (MARTERBAUER 2007; 91ff, 271ff).

Staatsausgaben fair finanzieren

Wichtig für ein als gerecht empfundenenes Steuersystem ist eine faire Verteilung der Belastungen auf alle BürgerInnen entsprechend ihrer ökonomischen Lage. Peter Bofinger, einer der Wirtschaftswaisen in Deutschland, zeigt auf, dass das deutsche Abgabensystem sehr stark erwerbsarbeitszentriert ist, eine im OECD-Vergleich hohe Sozialabgabenquote, jedoch eine niedrige Steuerquote (Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt) aufweist. Insbesondere die Steuern aus Vermögen und Gewinnen seien verhältnismäßig niedrig (BOFINGER 2009, 169ff).¹⁹

Der Ökonom plädiert dafür, die Staatsausgaben fairer zu verteilen und insbesondere Besserverdienende und VermögensbesitzerInnen mehr heranzuziehen. Auch Bofinger plädiert für einen Staat, der der Marktwirtschaft die Regeln setzt und nicht umgekehrt. Nur ein starker Staat, der von einer breiten Zustimmung seiner BürgerInnen getragen wird, könne „den Markt auf Dauer vor seinem eigenen Untergang bewahren und damit zugleich die Zukunft der demokratischen Gesellschaft wie der Wirtschaft nachhaltig sichern“ (BOFINGER 2009, 223).

Verschuldung und Wirtschaftswachstum

Ein wichtiger Grund für die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum wird – mit dem zuletzt Gesagten zusammenhängend – in der (notwendigen) Verschuldung der öffentlichen Haushalte gesehen. Um handlungsfähig zu bleiben, müssen Staaten Kredite aufnehmen. Und um die Zinsen dieser Kredite zahlen zu können, ist Wirtschaftswachstum nötig. Sinkt dieses unter die Zinsrate, entsteht eine prekäre Situation, die in die „Schuldenspirale“ führt – zur Deckung der Zinsen müssen neue Kredite aufgenommen werden (ÖIN, 2001). Gesprochen wird auch von einem „Pyramidenspiel“ (JENNER 2008), in welches das Zinssystem zwingt.

¹⁹ Dieser Befund gilt weitgehend auch für Österreich, wo die Einkommensspitzenbelastung nur 50 Prozent, in Dänemark jedoch fast 60 Prozent ausmacht. Einer Steuerquote in Österreich von knapp 28 Prozent steht jene mit fast 50 Prozent von Dänemark gegenüber. Die Besteuerung von Vermögen erbringt in Österreich unter 0,5 Prozent, in Dänemark gut 1,8 Prozent, in Frankreich gar 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (n. BOFINGER 2009, 173, 175).

„Explizites Ziel muss es ein, den solidarischen Wohlfahrtsstaat, der zugunsten der unteren und mittleren sozialen Schichten umverteilt, mit wirtschaftlichem Erfolg zu verbinden.“ (MARTERBAUER, 2007, 21)

„Der Weg in den Minimalstaat schadet am Ende dem Markt ebenso wie der Demokratie.“ (BOFINGER, 2009, 223)

„Für die Aufnahme von Krediten gilt immer, wer sich heute verschuldet, verpfändet sich und nimmt in Kauf, morgen das Los eines Sklaven zu erleiden.“ (COHEN, 2006, 149)

Verschuldung gilt in diesem Sinne – so mehrere Autoren – jedoch nur als Hinausschieben von Problemen. Müller/Niebert rechnen vor, dass die Schulden „inzwischen weltweit das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts, also der Gesamtsumme aller Einkommen und Gewinne eines Jahres“ betragen (MÜLLER/NIEBERT 2009, 37). Der französische Ökonom Daniel Cohen warnt ebenfalls vor Verschuldung. Der Berater des ehemaligen französischen Premiers Lionel Jospin verweist insbesondere auf die Schuldenfalle für viele Länder des Südens: Kredite seien für die Dritte Welt wie „eine Droge, die ihre Probleme nicht wirklich löst, sondern auf später verschiebt“ (COHEN, 2006, 149).

Für den in St. Gallen lehrenden Ökonom Dirk Solte ist die (öffentliche) Verschuldung der zentrale Destabilisierungsfaktor der Weltwirtschaft, die er insbesondere in den USA ausmacht.²⁰ Schuldenbasierte Finanzierungen würden „prinzipiell von einer Unbegrenztheit des Emissions- und Transaktionsvolumens von ‚Geldsurrogaten‘“ (SOLTE 2008, 44) ausgehen. Da bei der fortschreitenden Verschuldung der „Governmental Agencies“, die sich der „Aushöhlung“ von Krediten und der „Privatisierung“ öffentlicher Verschuldung verschrieben haben, das „Prinzip Hoffnung“ vorherrsche, gehöre „Wirtschaftswachstum auf Pump“ zum täglichen (hoch honorierten) Geschäft. Eine Entwicklung übrigens, bei der Europa gegenüber den USA kräftig aufhole.

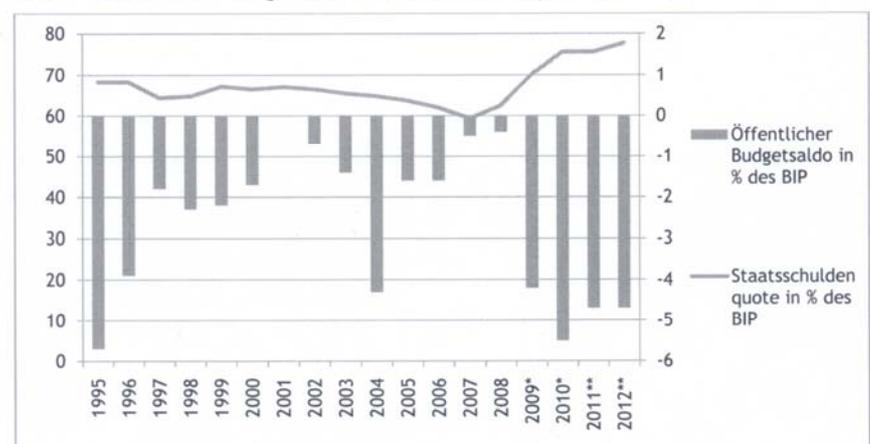
Für Gero Jenner führt neben der problematischen Staatsverschuldung und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums („Privatisierungen sind immer nur Umschuldungen“, JENNER 2008, 77) auch die Verschuldung von Unternehmen zu wirtschaftlichen Risiken, da diese auf gesättigte Märkte treffen – für ihn mit ein Grund, warum die Spekulation mit Finanztiteln über Hand genommen habe. Da Gläubiger wie Schuldner diese Zwangslage nicht wahrnehmen wollen, spricht der Autor von einem „Pyramidenspiel“, das irgendwann einmal – analog den bekannten Kettenspielen – zusammenbrechen müsse.

Verschuldung des österreichischen Staates
Quelle: WKÖ 2009

„Schuldenbasierte Finanzierungen gehen prinzipiell von einer Unbegrenztheit des Emissions- und Transaktionsvolumens von Geldsurrogaten aus.“ (SOLTE 2008, 44)

„Wenn immer mehr gespart wird, muss es gleichzeitig auch immer mehr Schuldner – Unternehmen, private Haushalte oder der Staat – geben, die diesen Überschuss an Geld über Kredite aufnehmen und damit investieren oder konsumieren.“ (JÄGER 2007, 136)

Tabelle 1: Öffentlicher Budgetsaldo und Staatsschuldenquote 1995 - 2012



Quelle: BMF, * Prognosen des IWF September 2009, ** Bundesfinanzrahmen laut BMF

²⁰ Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in den USA etwa dreimal so hoch wie im EURO-Raum.

Die starke Verschuldung der Staaten im Zuge der Bankenkrise wird überwiegend gutgeheißen, aber auch kritisiert. „Die Steuerzahler werden auf Jahrzehnte mit den gigantischen Verlusten des Weltfinanzsystems belastet, während die Weltwirtschaft mit Schwindel erregenden Konjunkturprogrammen stimuliert wird, ohne Rücksicht auf weitere Verschuldung der Staaten“, so etwa Klaus Wiegand von der Stiftung „Forum für Verantwortung“ (WIEGAND 2009, 7). Die Gewinner in diesem „Weltfinanz-Spielkasino“ hätten ihre enormen Gewinne zum Großteil steuerfrei vereinnahmt und „leihen jetzt den Staaten das Geld, um die klaffenden Lücken in den Staatshaushalten zu decken“ (ebd.).

Der Wirtschaftsexperte Christian Felber kritisiert insbesondere, dass die Bankengarantien ohne nennenswerte Auflagen – etwa Einräumung von Mitspracherechten, Begrenzung der Managergehälter bzw. Bonuszahlungen – erfolgt seien. (FELBER 2009, 52f)

Umgang mit öffentlicher Verschuldung

Auswege aus der Verschuldungsfalle werden in restriktiver Haushaltspolitik und/oder der Lukrierung neuer Steuerquellen – von Ressourcen- bis Vermögenssteuern – gesehen. Christian Felber fordert, „die Milliarden und Abermilliarden, welche die ökonomischen Eliten sich durch die Instrumentalisierung des Staates in den letzten Jahrzehnten aneignen konnten, progressiv zu besteuern, um die Schuldenlast des Staates und der Allgemeinheit auf ein stabileres und gerechteres Niveau zu reduzieren“ (FELBER 2009, 66).²¹ Überdies schlägt er ein „soziales Konvergenzkriterium“ vor, demgemäß die Zinsen eine bestimmte Rate – „zum Beispiel die des Wirtschaftswachstums – nicht übersteigen dürfen“ (ebd. 69). Manche plädieren sogar für ein Konkursrecht auch für Staaten (GUDE 2009) sowie für Schuldenmoratorien bzw. eine Schuldabtragungsverweigerung (ZIEGLER 2005).

Resümee: Die Verschuldungsdynamik treibt die Staaten offensichtlich in Handlungszwänge, die permanentes Wirtschaftswachstum erfordern. Und doch gibt es selbst hier keine Garantie: Wie Unternehmen setzen auch die Staaten darauf, dass die investierten Mittel in Zukunft durch mehr Einnahmen (Steuern) wieder hereinkommen. Das kann, muss aber nicht gut gehen. Verschuldung der einen ist immer gekoppelt mit (hypothetischem) Vermögenszuwachs anderer: „Da jede Verbindlichkeit eine Vermögenskomponente eines anderen ist, stehen allen Verbindlichkeiten, also Schulden, irgendwo die entsprechenden Ansprüche gegenüber.“ (EICHHORN/SOLTE 2009, 80).

„Die Gewinner in diesem Weltfinanz-Spielkasino haben ihre enormen Gewinne zum Großteil steuerfrei vereinnahmt und leihen jetzt den Staaten das Geld, um die klaffenden Lücken in den Staatshaushalten zu decken“. (WIEGAND 2009, 7)

„Die Zinsen auf die Staatsschuld sollten eine bestimmte Rate – zum Beispiel die des Wirtschaftswachstums – nicht übersteigen dürfen.“ (FELBER 2009, 69)

„Da jede Verbindlichkeit eine Vermögenskomponente eines anderen ist, stehen allen Verbindlichkeiten, also Schulden, irgendwo die entsprechenden Ansprüche gegenüber.“ (EICHHORN/SOLTE 2009, 80)

²¹ „In Österreich brächte eine 1,5-prozentige Steuer auf die zehn reichsten Prozent der Bevölkerung, die rund zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzen, jährlich 10 Mrd. Euro.“ In einem Jahr wäre der Kern des Banken-Rettungspakets abbezahlt (FELBER 2009, 60).

Kann ein Staat Schulden nicht mehr bedienen, so hat er zwar die Möglichkeit, noch mehr Geld in Umlauf zu bringen – dies jedoch um den Preis einer (schleichenden) Geldentwertung (Inflation). Das magische Viereck der Wirtschaft zwischen Preisstabilität, hoher Beschäftigung, Außenhandelsgleichgewicht und stetigem Wirtschaftswachstum ist nicht immer gemeinsam zu erreichen (HAPPE et al 2009, 136f).

Hannes Abele sieht eine Krisenspirale am Werk. Wenn die Möglichkeit, Schulden durch Wirtschaftswachstum zu begleichen, ausfalle, bliebe nur Inflation als „absolute Notwendigkeit, um die Schulden real zu reduzieren“. Mit der Inflation würden aber auch die Zinsen steigen und die Last der Zinszahlungen werde dadurch immer größer. (ABELE 2009, 16). Sein Kollege Roman Sandgruber sieht dies ähnlich: Eine „wirklich dauerhafte Budgetsanierung“ könne „nur über eine kluge Mischung von ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen erfolgen, also durch Einsparungen und neue Einnahmen“ (SANDGRUBER 2010, 3)

„Niedrigere Steuern, ein konsequenter Schuldenbau und mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur - das bringt einem den Beifall der ganzen Nation, ist aber hochgradig unseriös.“ (BOFINGER 2009, 197f)

Exkurs: Verschuldung ist nicht gleich Verschuldung

Peter Bofinger warnt freilich vor einer verkürzten Wahrnehmung von Staatsschulden. Das Grundproblem der Forderungen nach einem konsequenten Abbau der öffentlichen Verschuldung bestehe darin, dass sie die Zukunftsvorsorge des Staates eindimensional auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte reduziere: „Es bleibt dabei völlig unberücksichtigt, dass sich der Staat auch aktiv für die Zukunft eines Landes einsetzen muss, indem er in die Infrastruktur sowie in die Bildung investiert und zugleich eine nachhaltige Umweltpolitik betreibt.“ (BOFINGER 2009, 191).

Der Ökonom spricht von einem „magischen Viereck der Finanzpolitik“, das eine Gegenwartsdimension und eine Zukunftsdimension aufweise. Die Abgabenquote sowie die Staatsausgaben für den Gegenwartskonsum sind dabei ersterer, die Schuldenstandsquote sowie die die „Zukunftsinvestitionsquote“ der zweiten Kategorie zuzuordnen (s. Grafik).

Magisches Viereck der Finanzpolitik (nach BOFINGER 2009, 199

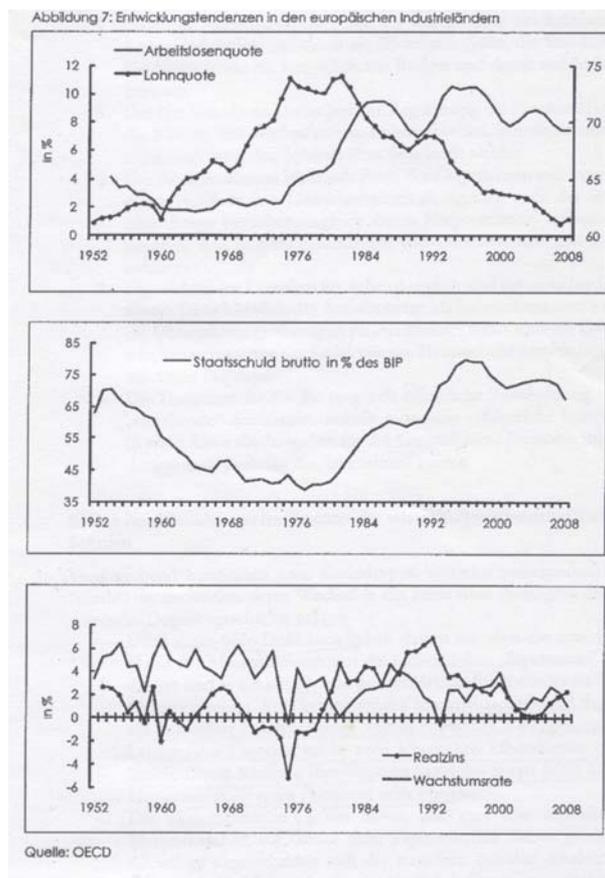


Entscheidend sind nach Bofinger die „wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen öffentlichen Ausgaben“ (WNA), die das Schulwesen, die Universitäten, Wissenschaft und Forschung, familienpolitische Maßnahmen, die aktive Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen des Gesundheitswesens, des Umwelt- und Naturschutzes (einschließlich Förderung erneuerbarer Energien) sowie Ausgaben für Infrastrukturleistungen umfasse. Diese Ausgaben würden (in Deutschland) im Verhältnis zum BIP seit den 1970er-Jahren zurückgehen. Bofinger schlägt einen politisch unabhängigen Zukunftsrat vor, der über die WNA-Ausgaben wachen sollte (ebd. 201).

„Der Zukunftsrat hätte zu prüfen, welche Zukunftsinvestitionen mit den Mitteln vorgenommen werden könnten, die für eine Steuersenkung vorgesehen sind.“ (BOFINGER 2009, 203)

Stephan Schulmeister kritisiert die verkürzte Problemwahrnehmung der „Symptomdiagnosen“ nach dem Grundsatz „Wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort müssen auch seine (Haupt)Ursachen liegen“ (SCHULMEISTER 2009b, 91). Wenn das Budgetdefizit steige, seien der Finanzminister und die Regierung schuld. Und wenn die Arbeitslosigkeit steige, so müssten die Ursachen am Arbeitsmarkt liegen, sei es an zu hohen Löhnen, Arbeitslosengeldern oder zu starker Regulierung (ebd.).

Der WIFO-Ökonom plädiert für eine systemische Betrachtung unter Einbeziehung makroökonomischer Daten. So stellt er eine Korrelation zwischen Arbeitslosenquote, Lohnquote, Staatsschuld sowie dem Verhältnis von Wachstumsrate und Realzins her (siehe Grafiken). In den 1950-1970er-Jahre sei in allen europäischen Industrieländern die Wachstumsrate deutlich über der Zinsrate gelegen, die Staatsschuld sei – mit Ausnahme der ersten Nachkriegsjahre – niedrig gewesen, ebenso die Arbeitslosenrate; und die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen, sei bis Ende der 1970er-Jahre stark angestiegen. Ab den 1980er-Jahren, mit dem Beginn der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, habe sich das Beziehungsgeflecht umgekehrt: Die Zinsraten überstiegen die Wachstumsraten, was dem Finanzsektor hohe Erträge eingebracht habe. Zugleich seien aber die Staatsschuld und die Arbeitslosigkeit gestiegen, der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen sei gesunken. Das „nahezu permanent positive Zins-Wachstums-Differential“ der letzten Jahrzehnte, bedingt durch die Hochzinspolitik der EZB, habe zu wachstumsdämpfenden Effekten geführt (SCHULMEISTER 2009b, 92f).



Argument 3:**Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze**

Da die öffentlichen Haushalte sowie die sozialen Sicherungssysteme (zumindest in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten) stark vom Beschäftigungsausmaß abhängen, spielen die Dynamik auf den Arbeitsmärkten sowie der Zusammenhang zum Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle.

Die Zunahme des Arbeitskräftepotenzials (Bevölkerungswachstum, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Zuwanderung) bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsproduktivität (Rationalisierungspotenziale) führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit, wenn die Wirtschaft nicht wächst, lautet das zentrale Argument. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird daher wesentlich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit assoziiert.

Markus Marterbauer spricht von einem jährlich notwendigen Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt („Arbeitslosigkeitsschwelle“) sowie von mindestens zwei Prozent, damit sie sinkt, was der Ökonom als „Beschäftigungsschwelle“ bezeichnet. Er sieht einen wesentlichen Grund für das zunehmende Auseinanderdriften der Einkommen in der hohen Arbeitslosigkeit, die zu einer Schwächung der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand führe (MARTERBAUER 2007, 37).

Arbeitslosigkeit wird daher zu Recht als das größte Problem der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angesehen. Sie könnte in den OECD-Ländern im zweiten Halbjahr 2010 auf fast zehn Prozent – 57 Millionen Betroffene – steigen, wenn die hauseigenen Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung eintreffen, schreibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem am 16. 9. 2009 veröffentlichten Beschäftigungsbericht. Dann wären Ende 2010 um 25 Millionen Menschen mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als 2007. Damals hatte die Arbeitslosigkeit mit 5,6 Prozent den Tiefststand seit 25 Jahren erreicht.²²

Diese Zahlen wirken dramatisch. Zu beachten ist jedoch, dass über viele Jahre hinweg das Beschäftigungsvolumen gewachsen ist. Mit über 4,25 Millionen Erwerbstätigen hatte Österreich im Jahr 2008 historischen Beschäftigungshöchststand erreicht. Es kam in den letzten Jahren lediglich zur Abschwächung der Zunahme.²³

²² ORF (2009): OECD fürchtet Rekordarbeitslosigkeit.

<http://orf.at/?href=http%3A%2F%2Fforf.at%2Fticker%2F341446.html>

²³ Lag diese von 2005-2006 noch bei +2,3 Prozent und von 2006-2007 bei +2,2 Prozent, sank sie von 2007-2008 auf +0,9 Prozent (STATISTIK AUSTRIA 2009a, 12). Im 3. Quartal 2009 war die Zahl der Erwerbspersonen erstmals geschrumpft und zwar auf 4,2 Mio. Erwerbstätige: „Im Vergleich zum Vorjahresquartal gab es ein Minus von insgesamt 19.100, das sich aus einer Zunahme bei Frauen um 21.500 und einer Abnahme bei Männern um 40.600 zusammensetzt.“ (STATISTIK AUSTRIA - www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/index.html). Zugriff am 10.1.2010.

In Österreich gab es 2009 erstmals einen absoluten Rückgang der Erwerbstätigen. Die großen Verlierer sind die Männer, die mit Stand Mitte des Jahres einen Jobrückgang um über 56.000 zu verzeichnen hatten. (n. STATISTIK AUSTRIA, Homepage)

„Wir brauchen Wachstum - dafür müssen wir unsere Betriebe stärken, denn ohne Wachstum gibt es keine neuen Arbeitsplätze.“ (Josef LEITL, Wirtschaftsbund-Präsident, Salzburger Nachrichten 31.12.2009)

Laut Arbeitsministerium waren im Dezember 2009 inklusive Schulungen über 381.600 Menschen arbeitslos gemeldet, um 48.500 mehr als vor einem Jahr.²⁴ Das heißt zu einer absoluten Schrumpfung der Arbeitsplätze kam es in Österreich erstmals im Krisenjahr 2009, begründet durch die massiven Einbrüche im Industriesektor. In den Jahren davor korrespondierte steigende Arbeitslosigkeit mit steigender Beschäftigung. In Summe lässt sich sagen, dass in Österreich wie in der EU das Beschäftigungsvolumen sowie die Beschäftigtenquote in den letzten Jahrzehnten permanent gestiegen sind. Die Herausforderung besteht offensichtlich darin, dass es auch im Bereich der Beschäftigung Wachstumsgrenzen gibt bzw. dass der Strukturwandel zu weiteren Verschiebungen hin zum tertiären Sektor bringen wird.²⁵

Jobless Growth?

Wenn die Arbeitsproduktivität, d. h. die pro Arbeitseinheit erwirtschaftete Einheit BIP, schneller wächst als die Wirtschaft insgesamt, dann steigt die Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum. Dasselbe gilt auch bei schnellerem Wachstum des Arbeitskräfteangebots. Der These vom „jobless growth“ wird von der Arbeitsmarktforschung jedoch entgegengehalten, dass Produktivitätssteigerungen in einem Bereich Beschäftigungsmöglichkeiten in einem anderen ermöglichen (Trend zur Dienstleistungsgesellschaft). Entscheidend sei daher, dass die Wirtschaft insgesamt wächst.

Eugen Spitznagel, Mitarbeiter des deutschen Instituts für Arbeit und Ausbildung: „Es zeigt sich tendenziell ein Gleichauf von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ (SPITZNAGEL 2007, 63). Dies sieht auch Markus Marterbauer so. „Es gibt kein ‚Jobless Growth‘. Im Gegenteil, die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums steigt sogar.“ (MARTERBAUER 2007, 37) Den Grund sieht der Ökonom in der größeren Beschäftigungsintensität der Dienstleistungswirtschaft.

In Deutschland wird davon ausgegangen, dass 2 Prozent weniger Wachstum bzw. Schrumpfung etwa eine Million mehr Arbeitslose

„Das prognostizierte Wirtschaftswachstum von knapp über einem Prozent für 2010 ist zu gering, um spürbare Impulse auf dem Arbeitsmarkt zu setzen.“ (Siegfried PICHLER, AK-Präsident, Salzburger Nachrichten 31.12.2009)

„In Deutschland wird davon ausgegangen, dass 2 Prozent weniger Wachstum bzw. Schrumpfung etwa eine Million mehr Arbeitslose bedeuten.“ (NIENHAUS 2009, 22)

„Als Faustregel gilt, dass ein Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum [in Österreich] eine Zunahme der Jobs um fast 20.000 bewirkt.“ (MARTERBAUER 2007, 13)

Bei den unselbständig Beschäftigten war 2007 ein Zuwachs von 1,9 Prozent und 2008 von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, 2009 (Daten September) gab es auch hier erstmals einen Rückgang um 1,9 Prozent (STATISTIK AUSTRIA 2009b, o. S.)

²⁴ Nach Salzburger Nachrichten, 2. 1. 2010.

²⁵ Dass die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber dem Beschäftigungsvolumen differiert, hängt mit der Ausweitung der Teilzeitarbeitsplätze insbesondere von Frauen (sowie zuletzt bedingt durch die Krise, von Kurzarbeit) zusammen. So stieg die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen von 1974 bis 2007 von 172.900 auf 749.700 und nahm in viel größerem Ausmaß als die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zu (+ 90.000). Über 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt. Der Anteil nahm zwar auch bei den Männern zu, jedoch auf bedeutend niedrigerem Niveau, nämlich von 1,4 Prozent im Jahr 1974 auf 7,2 Prozent im Jahr 2007 (STATISTIK AUSTRIA 2008/12, o. S.)

bedeuten (n. NIENHAUS 2009, 22). Steigende Produktivität und Wirtschaftswachstum werden daher nach wie vor als wichtiges „Duo“ nicht nur für eine wettbewerbsfähige, sondern auch für eine soziale Marktwirtschaft gesehen: „Unser Wohlstand ist kein festgelegter Kuchen, auf dessen Verteilung wir uns nun mehr oder weniger gütlich einigen müssen. Wir haben bei höherer Qualität langfristig mehr zu verteilen, wenn wir diesen virtuellen Kuchen vergrößern – in erster Linie, in dem wir produktiver werden.“ (HÄNDELER 2003, 23). Produktivitätssteigerung solle in diesem Sinne nicht als Weg-Rationalisierung von Arbeitsplätzen missverstanden werden, sondern als Chance auf Jobs in neuen Branchen.

Doch wie lässt sich die Kluft zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Arbeitssuchenden und offenen Arbeitsplätzen verringern bzw. schließen?

Weniger arbeiten als Ausweg?

Bei einer „Beschäftigungsschwelle“ von zwei Prozent Wachstum sei unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht mit Impulsen auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, so der deutsche Ökonom Norbert Reuter noch vor der Finanzkrise (REUTER 2007, 40). Die seit einigen Dekaden beobachtbare Entkopplung von Wachstum und Lebensqualität einerseits, von Produktivität und Arbeitsvolumen andererseits mache deutlich, dass ein „Weiter-wie-Bisher“ nicht zur Lösung, sondern vielmehr zum Anwachsen der Probleme führt. Deregulierung, Flexibilisierung und nicht zuletzt „innovative“ Möglichkeiten der Reduzierung von Steuern erhöhten „bestenfalls“ die Gewinne von Wenigen auf Kosten einer insgesamt negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – trotz eines historisch einzigartigen Anstiegs der Produktivität, ist Reuter überzeugt (ebd.).²⁶

Um der Wirtschaft die Spitze des Wachstumszwangs zu nehmen, wird mittlerweile von vielen Seiten vorgeschlagen, das Arbeitspotenzial dem vorhandenen Arbeitsvolumen anzupassen. Die vorgeschlagenen Wege hierfür reichen von einer Verkürzung der Regelarbeitszeit (exemplarisch LÖPFE/VONTOBEL 2008, STOPP 2004) über die Pluralisierung der Einkommen mittels ausgeweiteter Transfereinkommen (stärkere Abgeltung von familiären Betreuungsleistungen, Pflege, aber auch Fortbildung durch Karenzierungsmodelle; exemplarisch VOBRUBA 2000, 2006) bis hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen (exemplarisch VOBRUBA 2006, WERNER 2007).

²⁶ Die Produktivitätssteigerung belegt Reuter für Deutschland mit eindrucksvollen Zahlen: „Waren 1960 noch 56,1 Mrd. Arbeitsstunden erforderlich, um in Deutschland ein BIP von knapp 570 Mrd. Euro zu erwirtschaften, so wurde 2005 in den alten Bundesländern mit nur knapp 45 Mrd. Arbeitsstunden ein BIP von 1,77 Billionen Euro erwirtschaftet. Mit nur noch 80 Prozent der Arbeitsstunden wurde also ein mehr als dreimal so hoher realer Produktionswert geschaffen.“ (REUTER 2007, 40)

„Unser Wohlstand ist kein festgelegter Kuchen, auf dessen Verteilung wir uns nun mehr oder weniger gütlich einigen müssen.“
(HÄNDELER 2003, 23)

„Eine Ausweitung der Teilzeit könnte den Bedürfnissen von Familien mit betreuungspflichtigen Kindern besonders entgegenkommen“
(MARTERBAUER 2007, 53)

„Das Versprechen, wenigstens jene grundsätzlich arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen, die zeitweise oder auf Dauer keinen Normalarbeitsplatz finden, wieder in Lohn und Brot zu bringen, ist nur noch Augenauswischerei“ (WERNER 2008, 23)

Plädiert wird auch für ein Konzept der „Mischarbeit“ bzw. „pluralen Arbeit“, das Arbeitszeiten, Einkommen und Transferleistungen derart gestaltet, dass die unterschiedlichen Formen von Tätigkeiten (Erwerbsarbeit, Eigen- und Hausarbeit, Bürgerarbeit) für alle möglich werden (JÄGER 2007, 173ff). Am weitesten hinsichtlich Arbeitszeitverkürzung gehen Axel Schaffer und Carsten Stahmer mit dem für Deutschland durchgerechneten Modell einer „Halbtagsgesellschaft“ (SCHAFFER/STAHMER 2005).

Die Erwerbsarbeit würde nach diesen Modellen schrumpfen, andere Tätigkeiten an Bedeutung gewinnen. Die Ökologin Jill Jäger begrüßt diese Zukunftsstrategie: „Weniger Wirtschaftswachstum oder sogar Null-Wachstum könnte die Folge von weniger Erwerbsarbeit sein. Weniger am Bruttoinlandsprodukt gemessenes Wirtschaftswachstum bedeutet aber auch weniger Eingriffe in die Natur.“ (JÄGER 2007, 178).

Markus Marterbauer plädiert nicht nur für eine Reform der Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen, sondern auch für eine Verringerung der Einkommensspreizungen (etwa durch Abkehr vom Prinzip prozentueller Lohnerhöhungen, die Besserverdienende bevorzugen) sowie für eine Umverteilung von Arbeit durch innovative, die Lebenszufriedenheit steigernde Arbeitszeitmodelle wie Bildungskarenzen, Urlaubsverlängerungen und attraktive Teilzeit (MARTERBAUER 2007, 46).

Als Argumente gegen Arbeitszeitverkürzung werden Finanzierungsprobleme, die Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen angeführt, etwa wenn Hochqualifizierte nicht „voll“ genützt werden. Eine ausgewogene Verteilung der Produktivitätszuwächse, die zu „Konsumwachstum“ führen (MARTERBAUER 2007, 43), der Verweis, dass Produktivität in der High-Tech-Gesellschaft immer weniger von physischer Arbeitszeit als vielmehr von Arbeitsqualität, Innovation und Forschung abhängen (WERNER 2007), sowie das Modell einer Bildungsgesellschaft, die mehr Menschen mit hohen Qualifikationen ausstattet (SCHAFFER/STAHMER 2005) können wiederum als Argumente für Arbeitszeitverkürzung ins Treffen geführt werden.

Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzung liegen mittlerweile aus der aktuellen Finanzkrise vor, die sich für viele Betriebe zur Absatzkrise ausgeweitet hat. Mit dem rasch umgesetzten Modell der „Kurzarbeit“ wurde zumindest vorübergehend Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf das zurückgehende Arbeitsvolumen (und als Alternative zu Arbeitslosigkeit) realisiert.²⁷

²⁷ In Deutschland gab es 2009 rund 1,1 Millionen KurzarbeiterInnen in mehr als 35.000 Unternehmen. Die Arbeitslosenzahl ist – so Zahlen von Mai 2009 –dadurch um 127.000 zurückgegangen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.5.2009) Für Österreich wird geschätzt, dass durch Kurzarbeit 2009 mindestens 8400 Jobs erhalten

**„Wenn man gesellschaftlichen Fortschritt vom Wirtschaftswachstum abtrennt, könnte eine Neugestaltung der Arbeit zu qualitativem Fortschritt beitragen und die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit voranbringen.“
(JÄGER 2007, 177)**

„Wirtschaftswachstum ist zwar eine notwendige Voraussetzung, reicht allerdings alleine nicht aus, um die Krise auf dem Arbeitsmarkt zu bewältigen. Ohne moderne Formen der Arbeitszeitverkürzung wird Beschäftigungspolitik nicht erfolgreich sein.“ (MARTERBAUER 2007, 46)

Ausweg Dienstleistungsgesellschaft?

Ein alternativer Weg, wieder mehr Beschäftigung zu schaffen, liegt in der (weiteren) Ausweitung des Dienstleistungsbereichs, zum einen durch Schaffung neuer Angebote im Unterhaltungs- oder Bildungssektor, zum anderen durch (weitere) Monetarisierung von ursprünglich in den Familien durchgeführten Tätigkeiten wie Pflege, Kinderbeaufsichtigung, Haushalt (BOSCH ed. 2002, ZELLMANN 2010). Potenziale werden sowohl in neuen wirtschaftsnahen Dienstleistungen (von Banken über Beratungen bis hin zu Sicherheitsdiensten), neuen persönlichen Dienstleistungen (von Wellnessangeboten bis Therapien) sowie neuen haushaltsnahen Dienstleistungen gesehen. Doch diese Dienstleistungen müssen über den Sektor der Güterproduktion bzw. über den Export von Gütern und Dienstleistungen finanziert werden. Nur so lässt sich Kaufkraft hierfür schaffen.²⁸

„Rationalisierungen spielen in der immer bedeutender werdenden Dienstleistungswirtschaft keine wesentliche Rolle. Dort führt jede Produktausweitung zu mehr Beschäftigung“ (MARTERBAUER 2007, 37)

Chance qualitatives Wachstum?

Möglich sind mehrere Wege: Wirtschaftsnahe Dienstleistungen können finanziert werden, wenn durch ausgelagerte Produktion in Billiglohnländer mehr Gewinn erzielt wird, der dann (zumindest teilweise) in neue Services im Ursprungsland des Unternehmens investiert werden kann. Personale Dienstleistungen können finanziert werden zum einen durch steigende Einkommen (was aber erneut Wirtschaftswachstum erfordert) oder durch andere Prioritätensetzungen der privaten Haushalte. Hier wird dann meist von qualitativem bzw. immateriellem statt quantitativem bzw. materiellem Wachstum gesprochen. Franz Josef Radermacher etwa zählt auf diese Strategie. Weil Ressourcen teurer würden, änderten sich die Konsumgewohnheiten. Private Mobilität, aber auch der Konsum von Fleisch und Fisch würde wegen des gestiegenen Preises zurückgehen. In anderen Bereichen könnte es dafür Angebote geben, die wir uns heute nicht erlauben: „Etwa im kulturellen Bereich oder beim persönlichen Coaching: der Privatlehrer für Spracherwerb, für ein gesundes Leben, für Persönlichkeitsentfaltung; manche Menschen suchen auch nur jemanden, um nicht alleine zu sein.“ Finanziell gesehen führe das zu Wachstum, „aber eines, das deutlich weniger Ressourcen verbraucht“ (RADERMACHER 2008, 153).²⁹

„Finanziell gesehen führen kulturelle Bedürfnisse zu Wachstum, aber eines, das deutlich weniger Ressourcen verbraucht.“ (RADERMACHER 2008, 153)

werden konnten (WIFO-Monatsberichte 2009/12, zit. n. Salzburger Nachrichten 29. 12. 2009)

²⁸ Um 1900 lebten in Österreich noch an die 40 Prozent der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft, heute sind es etwas mehr als 1 Prozent (2 Prozent der Beschäftigten), die 2 Prozent Wertschöpfung erbringen. Bis in die 1960er-Jahre vollzog sich der Wandel zur Industriegesellschaft – die Beschäftigten in diesem Sektor wuchsen permanent an; seither gehen wir über in die Dienstleistungsgesellschaft, die mittlerweile an die 70 Prozent der Beschäftigten sowie der Wertschöpfung ausmacht.

²⁹ Insbesondere von feministischer Seite wird freilich zu Recht darauf hingewiesen, dass die (überwiegend von Frauen geleistete) unbezahlte Arbeit noch immer die

Arbeitsplätze durch mehr öffentlichen Konsum

Ein dritter Weg der Ausweitung des Dienstleistungssektor ist schließlich möglich über neue Prioritätensetzung der öffentlichen Hand, d. h. durch Anschlag von Beschäftigung durch mehr öffentlich finanzierte Sozialleistungen, durch Ausweitung von Bildungs- und Kulturangeboten, durch mehr Forschung. Hiefür müssen freilich entweder die Budgetprioritäten anders gewichtet werden (z. B. mehr Geld für Kinderbetreuung und weniger für Verteidigung – dabei sind aber immer die Nettoarbeitsplätze zu sehen, denn Einsparungen in einem Bereich werden auch zu Beschäftigungsrückgängen in diesem führen), oder es müssen die öffentlichen Einnahmen aus Steuern steigen (neue Bezugsquellen wie höhere Vermögens- oder Erbschaftssteuern, die nur bedingt Leistungsanreize verringern, da Vermögen wie Erbschaften meist nicht selbst erarbeitet sind, s. o.). Zukunftsinvestitionen etwa in Bildung bringen nicht nur mehr Jobs für LehrerInnen, sondern werden auch mit besseren Aussichten der SchülerInnen am zukünftigen Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht (BOFINGER 2009).

In Summe bieten Steuersysteme, die den Faktor Arbeit verbilligen und den Faktor Ressourcen (über Ressourcen- oder Konsumsteuern) verteuern, bessere Anreizbedingungen für die Ausweitung der Dienstleistungsgesellschaft, da Dienstleistungen (in der Regel) am wenigsten Rationalisierungspotenziale bieten und auch nur bedingt ausgelagert werden können. Götz Werner, der für die hundertprozentige Umstellung auf Konsumsteuern plädiert, spricht von der dadurch möglichen „Kulturgesellschaft“ (WERNER 2008).

Neuer Produktivitätssprung durch Soft-Faktoren?

Langfristige Wachstumszyklen werden in den Wirtschaftswissenschaften mit Leitinnovationen in Verbindung gebracht, die neue Produktionsweisen sowie Produktivitätssprünge ermöglichen. Die Dampfmaschine hat die Textilindustrie ermöglicht, die Eisenbahn den Massentransport von Rohstoffen und Gütern über weite Strecken. Der elektrische Strom galt als Basis für die Stahl- und Chemieindustrie sowie die moderne Massenproduktion, das Auto als Grundlage der individuellen Massenmobilität. Die Mikroelektronik schließlich hat die moderne Informationsverarbeitung ermöglicht. Wachstumsphasen, die von den neuen Innovationen angestoßen

„Der wichtigste Beitrag des Staates zur Chancengleichheit junger Menschen ist ein gutes Bildungssystem, das in der Regel auch hohe Bildungsausgaben erfordert.“ (BOFINGER 2009, 132)

„Wo Informationsströme gestört sind – wo Platzhirsche regieren, Meinungsverschiedenheiten zu Machtkämpfen ausarten, wo Mobbing das Klima bestimmt – stagniert die Produktivität.“ (HÄNDELER 2003, 25)

Basis für die marktorientierte Wirtschaft darstellt und dass die Vermarktlichung aller häuslichen und Beziehungstätigkeiten auch ambivalent ist. „Für ihre umfassende materielle Versorgung, aber vor allem für ihre Versorgung mit sozialen Beziehungen und Sinn sind Menschen mehr auf die unbezahlte Arbeit angewiesen als auf die bezahlte.“ (BAIER et al 2007, 13f) Von Erwerbsarbeit allein könne kein Mensch leben, tatsächlich mache die bezahlte Arbeit „nur gut ein Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit aus“ (ebd). Gefordert wird eine Aufwertung dieser unbezahlten Tätigkeiten durch entsprechende Erwerbsarbeitsstrukturen oder staatliche Förderung nicht nur der „Warenproduktion“, sondern auch der „Subsistenzproduktion“.

werden, würden immer wechseln mit Stagnations- bzw. Rezessionsphasen, in denen die Produktivitätsfortschritte der eingeführten Technologie ausgereizt sind und die nächste Innovation jedoch noch nicht vorhanden ist, so die Theorie der „langen Konjunkturzyklen“, die der russische Ökonom Nikolai Kondratieff erforscht hat. Die Wellen werden daher als „Kondratieffs“ bezeichnet.

Eric Händeler beschreibt die Wachstumsphasen sowie die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft seit den 1780er-Jahren auf der Basis der Kondratieff'schen Wellen (HÄNDELER 2003). Er sieht die Weltwirtschaft bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends in einem neuen Wellental angekommen, nachdem der Boom der Informationstechnologien weitgehend ausgereizt worden sei. Eine neue Aufschwungsphase sei möglich, doch sie werde erstmals nicht technologischer Art sein, sondern in immateriellen Faktoren, nämlich dem Umgang mit Information, der Unternehmenskommunikation sowie einem gesunden Lebensstil liegen, so der Zukunftsforscher.

Erst wenn wir ein „produktiveres „Gesundheitssystem“ (einschließlich eines entsprechenden Lebensstils) sowie eine „Kultur der Zusammenarbeit“ (ebd. 13) gefunden hätten, würden wir die ökonomischen Probleme (wie Arbeitslosigkeit, Bildung, Krankheitskosten) bewältigen, so Händeler. Die Menschen, die in der Blütezeit der Industriegesellschaft groß geworden seien, hätten nicht gelernt, „partnerschaftlich, sachlich und zielorientiert so zusammenzuarbeiten, zuzuhören oder sich gegenseitig zu fördern, dass Probleme zu angemessenen Kosten gelöst werden können“ (ebd. 13). Händeler zum derzeitigen Dilemma: „Wir verschwenden zu viele Ressourcen für Destruktives.“ (ebd. 27)

Informationsgesellschaft weiter entwickeln

In einer Welt, die ihre Wissensmenge alle fünf Jahre verdopple, gehe es nicht mehr in erster Linie um ein Mehr an Information, „sondern darum, sie effizient zu verwalten, um schnell an jene Infos zu kommen, die man braucht, um ein aktuelles Problem zu lösen“, so Händeler weiter (ebd. 24). Kapital könne man heute überall auf der Welt aufnehmen, eine Maschine weltweit einkaufen, das Wissen der Menschheit sei weltweit über das Internet zu beziehen. „Der einzige Standortfaktor, durch den sich die Regionen der Welt künftig noch unterscheiden, ist die Fähigkeit der Menschen vor Ort, mit Information umzugehen.“ (ebd. 26)

Händeler spitzt zu und vereinfacht wohl auch etwas, aber er zeigt auch an, in welche Richtung qualitatives Wachstum und eine neue Arbeitskultur zukünftig gehen könnten. Eine wichtige Strategie für „Wachstum und Beschäftigung“ wird neuerdings im ökologischen Strukturwandel gesehen. Dazu im Folgenden.

„Wir verschwenden zu viele Ressourcen für Destruktives.“ (HÄNDELER 2003, 27)

„Die Wirtschaft benötigt nicht mehr das gehorsame und austauschbare Schäfchen der Fabrikmaschine, nicht mehr den egoistischen Selbstverwirklicher der automobilen Gesellschaft, sondern den verantwortlichen und kooperativen Informati- onsarbeiter, der ein neues gruppenübergreifendes Zusammenleben verwirklicht.“ (HÄNDELER 2003, 26f)

Argument 4:

Umweltschutz erfordert und fördert Wachstum

In der Ökonomie gibt es eine Theorie, die besagt, dass sich Volkswirtschaften erst ab einem gewissen Produktivitätsniveau Umweltschutz „leisten“ können. Um die nötigen Umweltschutzinvestitionen zu finanzieren und die erforderlichen Technologien bereits zu stellen, müsse das Bruttosozialprodukt jene Größe erreichen, die diesen Mehraufwand finanzieren lässt (Theorie der Cuznet-Kurve). Volkswirtschaften an der Schwelle zur Industrialisierung würden daher in der Regel eine höhere Umweltverschmutzung aufweisen als hoch entwickelte Industrieländer.³⁰ Letztere hätten die Aufgabe und die finanziellen Möglichkeiten, in der „ökologischen Modernisierung“ (JÄNICKE 2009, 19) voranzugehen. Umweltschutz ist somit selbst zu einem Wirtschafts- und Wachstumsmarkt geworden.

Doch bisher ist die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum nur bedingt gelungen. Die Energie- und Rohstoffeffizienz hat in Deutschland – so ein Beispiel – zwischen 1990 und 2005 zwar um 2 Prozent pro Jahr zugenommen, nötig seien aber mindestens 4 bis 5 Prozent, argumentiert der Volkswirtschaftler Rudi Kurz (KURZ 2007). In Österreich sind die direkten Materialinputs (heimische Extraktion und Importe) von 2000 – 2006 um 26 Prozent gestiegen, der inländische Verbrauch an fossilen Energieträgern ist gar um 40 Prozent angewachsen (HINTERBERGER 2009, 238f). In der EU werden zwar gewisse Fortschritte hinsichtlich Ressourcenproduktivität konstatiert, die jedoch noch nicht zu einer Dematerialisierung, sondern vielmehr zur „Transmaterialisierung“ – Verlagerung auf andere Bereiche – geführt hätten (STEGGER/BLEISCHWITZ 2007).

Der Grund für den bislang mäßigen Erfolg der Ressourceneinsparung wird in den so genannten *Rebound-Effekten* gesehen: Durch Optimierung verringerte Produktionskosten führen zu Überangebot, Preissenkungen und erneuter Nachfragesteigerung („Jevons´ Paradoxon“), Ressourceneinsparungen in einem Bereich führen bei gleich bleibendem Haushaltsbudget zu erhöhtem Ressourcenverbrauch in anderen Bereichen (Gesetz der Verlagerung). Oder kurz gefasst: Effizienzsteigerungen wurden bisher immer durch Mengeneffekte aufgesogen (SPANGENBERG 2007).³¹

„Umweltpolitikmaßnahmen, welche auf die Entkopplung des Material- und Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum abzielen, können auch für das Wirtschaftswachstum positive Impulse setzen.“ (JÄGER 2007, 179)

„Unzureichende, nur inkrementale Umweltverbesserungen werden regelmäßig durch das Wirtschaftswachstum neutralisiert.“ (JÄNICKE 2009, 16)

„Während die Materialintensität um 25 Prozent sank, wuchs das Bruttoinlandsprodukt der Weltwirtschaft zwischen 1980 und 2002 um nicht weniger als 83 Prozent.“ (JÄGER 2007, 132)

³⁰ Kohlekraftwerke in China haben eine noch schlechtere Ökobilanz als etwa jene in Deutschland.

³¹ Wir haben heute zwar (etwas) weniger Sprit verbrauchende Fahrzeuge, fahren dafür aber mehr. Wer sein Haus gegen Kälte isoliert und damit neben CO₂ auch Heizkosten spart, das so verbleibende Budget aber für mehr Fernreisen ausgibt, verbessert seine Klimabilanz nicht, im Gegenteil, er kann sie verschlechtern. Insgesamt ist zwar eine gewisse Entkopplung von Energieverbrauch und Produktionswachstum gelungen, der Energieverbrauch wächst aber dennoch weiter, weil wir uns eben mehr leisten und weil weltweit die Gruppe der ressourcenintensiven „Konsumenten“ ansteigt (s. o.)

Hoffnung auf umfassenden Strukturwandel

Große Hoffnungen werden daher in einen umfassenden Strukturwandel gesetzt, der Effizienz (höherer Output pro Einheit), Konsistenz (Wirtschaften in Analogie zur Natur, z. B. Solar- statt Fossilwirtschaft) sowie Suffizienz (Kultur des Genug) verbindet (MÜLLER/NIEBERT 2009, 90ff).

Effizienz und Konsistenz sollen dabei durch den Wandel zu einem ökologischen Wirtschaften auch neue Impulse für Beschäftigung (und Wachstum) geben. Müller/Niebert gehen – anders als Händler (s. o.) – davon aus, dass der sechste „Kondratieff“ mit einem Ressourcen sparenden Wirtschaften und dem Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe zusammenhängen wird. Auch Martin Jänicke setzt auf die Wachstumspotenziale der „ökologischen Modernisierung“: Das weltweite reale Wachstum der Nachfrage nach Umwelttechnik werde von Roland Berger auf 5,4 Prozent bis 2020 geschätzt. „Das reale Wachstum des deutschen Umweltsektors wird dort bis 2030 sogar mit 8 Prozent beziffert, was einer dramatischen Erhöhung des BIP-Anteils von derzeit 4 Prozent auf 16 Prozent entsprechen würde.“ (JÄNICKE 2009, 16)

Resümee: Der ökologische Strukturwandel ist sinnvoll, notwendig und nahe liegend. Er wird in spezifischen Branchen Wachstum bringen und auch neue Arbeitsplätze schaffen. Neue Öko-Technologien erfordern Anschubfinanzierungen und „grünes“ Risikokapital. Dies als Argument für die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum vorzubringen, erscheint jedoch nicht zwingend. Die Finanzierung des Strukturwandels ist auch möglich durch neue Prioritätensetzungen in der Verwendung der vorhandenen Mittel. Und die Schaffung von Arbeitsplätzen mag zwar die politische Durchsetzungskraft von ökologischen Innovationen erhöhen, in Bezug auf das Ziel von Wirtschaften, nämlich zur Erhöhung der Lebensqualität der Menschen beizutragen, ist Mehrarbeit im Erwerbsektor aber nicht unbedingt erstrebenswert, da sie in Konkurrenz tritt zu anderen Zeitverwendungen etwa für Familie und persönliche Beziehungen. Vielmehr geht es um Einkommenssicherung für alle, die nicht nur über Erwerbsarbeit passieren muss (s. o.).

Exkurs: Starke oder schwache Nachhaltigkeit

Bislang ist keine Dematerialisierung und auch keine Dekarbonisierung des Wirtschaftens gelungen. Die Debatte über „starke“ oder „schwache“ Nachhaltigkeit bleibt noch offen. Letztere setzt auf die Substituierbarkeit von Natur durch Kapital.³² Die Verfügbarkeit von Ressourcen sei – so diese Denkschule – nicht natürlich bedingt,

„Öko-Effizienz spielt mittlerweile im Innovationswettbewerb der Industrieländer eine zentrale Rolle. Zahlreiche entwickelte Länder streben eine diesbezügliche Technologieführerschaft an.“ (JÄNICKE 2009, 17)

„Energie und Material sparende Prozesse und Produkte sind bisher in aller Regel durch steigenden Konsum (über)-kompensiert worden. Auch dürften die noch aktivierbaren Effizienzpotenziale, die bei den meisten etablierten Prozessen und Produkten im unteren Prozentbereich liegen, nicht ausreichen, um Nachhaltigkeit zu erzielen.“ (HENSELING 2009, 99)

„Als ungefähre Maßstab für die Dimension, in der die erforderliche Effizienzsteigerung liegen müsste, kann das Reduktionsziel für die globalen Treibhausgasemissionen dienen – die Verringerung des Ressourcenverbrauchs bis 2050 weniger als ein Sechstel gegenüber 2000.“ (HENSELING 2009, 99)

³² Starke Nachhaltigkeit fordert die absolute Begrenzung des Naturverbrauchs auf die Menge der natürlichen Erneuerungsrate. Schwache Nachhaltigkeit erlaubt den Ersatz von Naturkapital durch künstliches Kapital (mehr HOLZINGER 2007).

sondern Ergebnis von Investitionen in Naturkapital bzw. des Ersatzes von Naturressourcen durch künstliche Ressourcen. Verknappungserscheinungen seien daher im mangelnden ökonomischen Kapazitätsaufbau bzw. technischen Know how bedingt und nicht in der Begrenztheit der Ressourcen.

Elmar Altvater, der diesen Ansatz kritisiert, gesteht zwar zu, dass manche natürlichen Ressourcen substituierbar seien, Wirtschaften im Sinne des Ökonomen Nichlas Georgescu-Roegen jedoch immer zu einem Entropieanstieg führt. Kapitalistisches Wirtschaften verschärfe diese Dynamik, da Profite bzw. Gewinn erzielt werden müssten: „Auch die Bezieher von ‚shareholder value‘ wollen diesen nicht nur virtuell, sondern in realen Größen.“ (ALTVATER 2009, 64) Der Zwang zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Standorten auf globalisierten Märkten verlange überdies nach einem steigenden Ressourcenangebot, „denn sonst wären weder eine Produktivitätssteigerung noch eine kostengünstige Massenproduktion zur Befriedigung der Massennachfrage zu erreichen“ (ebd. 63).

Auch Saral Sakar verweist in seiner umfangreichen Studie zu den „Krisen des Kapitalismus“ auf die absoluten Wachstumsgrenzen, die uns die Natur setzt. „Unsere unbezahlten Schulden bei der Natur“ seien eine „Quelle unseres gegenwärtigen Wohlstands“, was nicht zu denken sei ohne die „in Kauf genommene Verarmung unserer Nachfahren“ (SAKAR 2009, 305). Und der Ersatz durch Alternativen sei nur begrenzt möglich: „Was machbar ist, ist nicht immer wirtschaftlich lebensfähig“ (ebd. 308).

Laut Altvater stehen wir vor dem Dilemma, dass das Ende des Wirtschaftswachstum eine „ökonomische und soziale Krise“ provoziere. Wenn im Zuge und als Folge des Wachstums die Ressourcen geplündert werden und die Senken überlastet werden, drohe hingegen die ökologische Krise, die wie schon so oft in der Geschichte der Menschheit als „Kollaps“ endete, „diesmal aber nicht lokal und regional begrenzt wie in den Fallstudien Diamonds, sondern mit globalen Ausmaßen“ (ebd. 65).

Vorübergehend werde der Zugang zu den verbleibenden Ressourcen durch ökonomische und militärische Macht beschränkt: „Das Prinzip der Gleichheit von Ansprüchen an die Natur der Erde, von Bedürfnissen und von Möglichkeiten ihrer Befriedigung, wird ersetzt durch das der Rationierung der Nutzung begrenzter Ökosysteme als Senken und Ressourcen.“ (ebd. 69). Die Rationierung durch den Preismechanismus werde mit „politischen, polizeilichen und militärischen Mitteln perfektioniert“ (ebd.). Altvater hält daher einen genügsameren Lebensstil einzelner für zu wenig, überwunden werden müsse der Akkumulations- und Expansionszwang des kapitalistischen Systems. Dies führt uns zur letzten Argumentationsfigur für Wirtschaftswachstum.

„Jeder der von den physikalischen Gesetzen der Energie und der Materie auch nur eine Ahnung hat, wird einsehen, in der geschichtlichen Perspektive gesehen, das Ende des Wirtschaftswachstums, wie wir es heute kennen, nicht sehr weit entfernt sein kann.“
(Edward Mishan, zit. n. ALTVATER 2009, 64)

„Die Sonnenstrahlung ist praktisch eine unerschöpfliche Energiequelle. Aber sie erreicht uns in sehr hoch-entropischem Zustand.“ (SAKAR 2009, 312)

Argument 5:

Das Geld- und Zinssystem erfordert Wachstum

Ein in den Wirtschaftswissenschaften kontrovers diskutierter Grund für Wirtschaftswachstum wird schließlich im Prinzip des Geld- und Zinssystems der modernen, kapitalistischen Wirtschaft gesehen. Unternehmen verschulden sich, um investieren zu können, und müssen einen entsprechenden Mehrwert produzieren, um die Zinsen tilgen zu können. Der Ökonom der renommierten Hochschule St. Gallen Hans Christoph Binswanger spricht von einer „Wachstumsspirale“: Es wird produziert, um Geld zu verdienen, aber es kann andererseits nur produziert werden, wenn Geld schon vorhanden ist, das zum Start der Produktion eingesetzt wird. Essenziell für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft sei daher die ständige Vermehrung der verfügbaren Geldmenge (Kapitalschöpfung). Da „Unternehmungen“ marktorientiert sind, produzieren sie Güter auf (mutmaßlichen) Bedarf hin. Um sie herzustellen, erwerben sie Ressourcen, Produktionsmittel, Arbeitszeit – alle drei sind in der Terminologie Binswangers „Energie“ – und müssen dafür Geld aufnehmen. Dies begründe wiederum die Notwendigkeit, Zinsen aufzubringen und darüber hinaus auch noch einen Überschuss, „Gewinn“ zu erzielen.

In diesem Prozess des Wirtschaftens spielt für Binswanger der Faktor „Zeit“ eine wichtige Rolle. Je schneller investiertes Kapital Gewinn erzielt, umso weniger fällt Zinslast an. Zum anderen werde eben Geld zum „Promotionsfaktor“. Es müsse immer mehr davon zur Verfügung gestellt werden, damit die Unternehmen die permanente Expansion (vor)finanzieren können. Denn zur Begleichung der Zinsen seien die Unternehmen angehalten, immer mehr Ertrag zu erwirtschaften (BINSWANGER, 2006).

„Der Wachstumstrend der modernen Wirtschaft gründet“, so macht der Ökonom den Zusammenhang an anderer Stelle deutlich, „auf der unbegrenzten Fähigkeit zur Ausgabe von Banknoten, d. h. von Papiergeld, sowie der Möglichkeit der Banken zur Schaffung von Buchgeld, d.h. von Guthaben auf den Girokonten, welche die Nicht-Banken (Unternehmen, Staaten und Haushalte) bei den Banken unterhalten.“ (BINSWANGER 2009, 12) Für die Banken sei die Erhöhung der Geldmenge attraktiv, weil sie durch die Zinsen der vergebenen Kredite Gewinne erzielen, die Unternehmen könnten mit dem zusätzlichen Geld Investitionen tätigen, die privaten Haushalte Vermögenswerte kaufen, „von denen sie annehmen dürfen, dass deren Wertsteigerung in der Zukunft größer ist als der Zinssatz“, und der Staat würde so seine steigenden Ausgaben vorfinanzieren, in der Annahme, dass zukünftig die „Zunahme der Steuereinnahmen größer sein wird als die Zinsen, die man den Banken schuldet“ (ebd 12f).

„Ein ganz zentraler Grund für das ständige Wachstum ist die Tatsache, dass es in unserer von Geld und Profit gesteuerten Wirtschaft vor allem um eines geht: Aus einer bestimmten Geldsumme eine höhere Geldsumme zu machen.“ (JÄGER 2007, 135)

„Der Wachstumstrend der modernen Wirtschaft gründet auf der unbegrenzten Fähigkeit zur Ausgabe von Banknoten, d. h. von Papiergeld, sowie der Möglichkeit der Banken zur Schaffung von Buchgeld.“ (BINSWANGER 2009, 12)

„Der kapitalistische Wirtschaftsprozess würde auch bei einer Wachstumsrate von 1,8 Prozent im globalen Mittel funktionieren.“ (BINSWANGER 2006, 370)

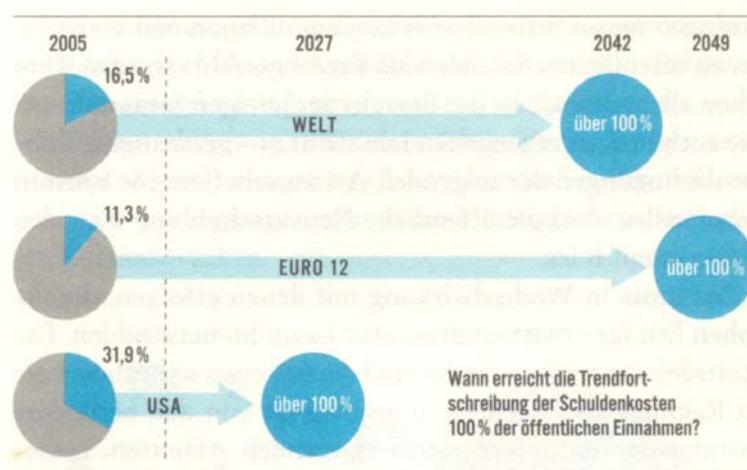
Binswanger kommt in seiner Studie „Die Wachstumsspirale“ jedoch zum Schluss, dass der kapitalistische Wirtschaftsprozess auch bei einer Wachstumsrate von 1,8 Prozent im globalen Mittel funktionieren würde, und erst kollabierte, wenn diese Marke unterschritten wird. Das heißt, ein Schrumpfen in den bereits hoch entwickelten Ökonomien wäre für ihn durchaus machbar (BINSWANGER 2006, 370).³³

Krisenanfälligkeit des Kapitalismus

Das Prinzip des Kapitalismus, virtuelles, also nicht durch Realwerte gedecktes Geld zu schaffen und zu vermehren – durch Zins oder Spekulation, wird zugleich verantwortlich gemacht für die wiederkehrenden Krisen des Systems. Die Ökonomen Wolfgang Eichhorn und Dirk Solte sprechen von „Schwellgeld“, also einem „Geldversprechen für die Zukunft“, welches das kapitalistische Wirtschaftssystem immer wieder destabilisiert (EICHHORN/SOLTE 2009, 99). Die Ursachen für die große Wirtschaftskrise 1929 sehen sie im zu Ende Gehen des Wirtschaftsbooms der 1920er-Jahre sowie der folgenden Aufblähung der Geldmenge durch kreditfinanzierte Wertpapiere, denen keine Realwerte mehr gegenüber standen (ebd. 89). Die Parallele zur aktuellen Finanzkrise ist offenkundig.

In ihrer Analyse des „Weltkartenhauses Finanzsystem“ stellen die Autoren ernüchternd fest, dass Finanzkrisen zur Normalität des Kapitalismus gehörten und bisher keine entsprechenden Marktregeln zu ihrer Unterbindung gesetzt worden seien: „Die von Finanzkrisen verschonten Zeiten sind die Ausnahme, und die Zeiten mit Finanzkrisen sind die Regel.“ (ebd. 88).

„In ihrer bisherigen Ausgestaltung ermöglicht es die Globalisierung bestimmten, ökonomisch besonders starken Akteuren zu erreichen, dass sie auf ihre erwirtschafteten Erträge keine oder nur geringe Steuern zahlen müssen. Das erhöht deutlich die insgesamt erzielte Netto-Rendite bei Investitionen und Ertrag bringendem Sach- und Finanzvermögen, mindert aber die Einnahmen der öffentlichen Hand entsprechend.“ (EICHHORN/SOLTE 2009, 189)



Dramatischer Druck auf die öffentliche Seite – Anteil der Schuldenkosten (in blau) an den gesamten öffentlichen Einnahmen (n. EICHHORN/SOLTE 2009, 191)

³³ Vgl. dazu auch das Kapitel zum Thema Staatsverschuldung

Einen wesentlichen Grund für diese Krisenanfälligkeit des Kapitalismus sehen Eichhorn und Solte in der Akkumulationsdynamik, der eine Verschuldungsdynamik entspreche. In den letzten vierzig Jahren sei das Finanz- und Sachvermögen global im Trend schneller gewachsen als die Wertschöpfung. Dies habe dazu geführt, dass ein „immer größerer Teil der Wertschöpfung zur Bedienung von Zinsen und Renditen erforderlich wird. Im Jahr 2007 war der entsprechende Anteil [global, Anm. H.H.] bereits 40 Prozent, davon betraf etwa die Hälfte die Zinszahlungen, die für gewährte Kredite zu leisten waren.“ (ebd. 190)

Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft

Der WIFO-Ökonom Stephan Schulmeister hält die Abkopplung des Finanzsektors von der Realwirtschaft für den entscheidenden Krisenfaktor. Der nach 1945 entwickelte „Realkapitalismus“ habe sich dadurch ausgezeichnet, dass das Gewinnstreben durch niedrige Zinssätze und regulierte Finanzmärkte auf die Realwirtschaft gelenkt worden sei, die keynesianische Theorie eine „aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik“ legitimiert und das Leitbild ‚Soziale Marktwirtschaft‘ versucht habe, „den Widerspruch zwischen dem Eigennutz der Menschen als Individuen und als soziale Wesen zu integrieren“ (SCHULMEISTER 2009, 197). Der „Finanzkapitalismus“, der ab den 1970er-Jahren an Bedeutung gewonnen habe, verlagere das „Gewinnstreben von den Gütermärkten auf die Finanzmärkte nach dem Motto ‚Lassen Sie ihr Geld arbeiten‘“ (ebd.) Da reale Werte jedoch nur in der Realwirtschaft erarbeitet werden können, müsse dies zwangsläufig in die Krise führen.

Der ehemalige US-Arbeitsminister Robert Reich hat die Bedeutungsverschiebung von der Realwirtschaft hin zur Finanzwirtschaft in seinem Land schon vor Ausbruch der Finanzkrise problematisiert. Er spricht von „Superkapitalismus“ (REICH 2008): Die breitere Streuung von Aktienbesitz („Ende der 90er-Jahre waren die meisten US-Haushalte zu Aktienbesitzern geworden.“ ebd. 130) habe die Wahrnehmung des Wirtschaftens verändert: „Die Finanzseiten der Tageszeitungen, die früher allein von den Reichen gelesen wurden, sind heute beinahe so beliebt wie der Sportteil.“ (ebd.) Da der größte Teil der Vermögen jedoch weiterhin bei einer kleinen Oberschicht konzentriert bleibe und die Entwicklung hin zu den Finanzmärkten tendenziell zum Abbau von Löhnen, Sozialleistungen und öffentlicher Infrastruktur führe, sei die Lage des Superkapitalismus jedoch ambivalent. Reich spricht von einem „Faustischen Pakt“.

Vermögen und Arbeitseinkommen gehen auseinander

Ein erweiterter Argumentationsstrang verweist auf das systemimmanente Auseinanderdriften von Vermögen und Arbeitseinkom-

„Die Hauptursache der Expansion der Finanztransaktionen liegt in der permanenten Beschleunigung des Handels: Der Zeithorizont der meisten Transaktionsentscheidungen liegt mittlerweile zwischen einigen Minuten und einigen Stunden (SCHULMEISTER 2003, 189)

„Im Jahr 2004 erzielte das reichste Prozent der US-Bevölkerung 16 Prozent des Volkseinkommens, gegenüber 8 Prozent im Jahr 1980.“ (REICH 2008, 141)

„Im Jahr 2004 erzielte das reichste Prozent der US-Bevölkerung 16 Prozent des Volkseinkommens, gegenüber 8 Prozent im Jahr 1980.“ (REICH 2008, 141)

men durch das Zinseszinsystem. Dieses erfordere nicht nur permanentes Wirtschaftswachstum, sondern führe auch zur zunehmenden Ungleichverteilung, da sich eben Kapital „von selbst“ vermehrt und seine „dienende Funktion“ verlässt (PLETTENBACHER 2009).

Für die Währungsspezialistin Margrit Kennedy ist die gegenwärtige Krise nur ein Vorbote „einer auf uns zukommenden Welle von Pleiten, Pech und Pannen“ (KENNEDY 2009, 417). Wenn Banken restriktiver werden, Unternehmen weniger Kredite bekommen und alte nicht mehr bedienen können, käme es – so Kennedy – zu einer großen Konkurswelle, die letztlich auch der Staat nicht mehr aufhalten könne, wenn auch er „kein Geld mehr hat“ (ebd. 418). Das Hauptproblem sieht (auch) Kennedy im exponentiellen Wachstum des Geldes, mit dem „kein Wachstum in der Natur oder der Realwirtschaft lange mithalten [kann]“ (ebd. 419). Nicht der Zins, sondern der Zinseszins, d. h. der Zins auf Zins, wirke dabei zerstörerisch. Der Zinseszins stecke in all unseren Preisen und werde höchst ungleich entrichtet. So zahlten 80 Prozent der deutschen Bevölkerung zweimal so viel Zinsen in den Preisen, „wie sie aus Geldanlagen und aus Lebensversicherungen einnehmen“. Bei zehn Prozent sei der Verlust und Gewinn ausgeglichen. Die 10 reichsten Prozent der Bevölkerung kriegten also das dazu, was die ersten 80 Prozent verlieren: „Pro Tag entspricht das in Deutschland etwa einer Milliarde Euro, die umverteilt werden von den 80 Prozent, die für ihr Geld arbeiten müssen, zu den zehn Prozent, die ihr Geld für sich ´arbeiten lassen´ können.“ (ebd. 422).

Warnung vor zweiter Welle der Krise

Für den Ökonomen und Miterfinder des Euro Bernard Lietaer ist die aktuelle Finanzkrise nur die Kulmination eines insgesamt instabilen Systems. „96 Bankenkrisen und 176 Finanzkrisen“ hat er gezählt seit der Freigabe der Wechselkurse im Jahr 1971. Wie Kennedy warnt er vor einem starken Wirtschaftsabschwung im Zuge restriktiver Kreditvergabe in der „zweiten Welle“ der Krise sowie dem Schlimmsten – einer globalen Währungskrise, die zu massiver Geldabwertung führen würde. „Was auch immer die Regierungen für die Banken tun, es wird in den kommenden Jahren viel schwerer für Firmen sein, Kredite zu bekommen“, ist Lietaer überzeugt. Sobald sich die Krise in einem Dominoeffekt mit einer Kette von Insolvenzen in der Realwirtschaft auswirke, werde die Arbeitslosigkeit dramatisch steigen (LIETAER 2009, 448).

Gerhard Scherhorn fasst die Kritik am unregulierten Kapitalismus wie folgt zusammen: „Die zunehmende Expansion der hohen (kapitalnahen) Einkommen und die Schrumpfung der mittleren und kleinen Einkommen beruhen auf einer kapitalinduzierten Ausbeutung der Arbeit und der Natur, und wie mehr und mehr erkennbar wird, auch der Gesellschaft.“ (SCHERHORN 2009, 242)

„Das Problem in unserem gegenwärtigen Geldsystem ist, dass das Geld weiter exponentiell wachsen soll, während die realen Werte immer an irgendeiner realen Obergrenze aufhören zu wachsen.“ (KENNEDY 2009, 419)

„Die Krise der Banken kann zu dem führen, was wir die zweite Krisenwelle nennen, wo in einem Teufelskreis die Realwirtschaft zum Opfer der Banken wird.“ (LIETAER 2009, 447)

Exkurs: Frühe Kritik am Wachstumsdenken

Hazel Henderson ist nicht nur eine der wenigen Frauen in der noch immer männlich besetzten Domäne der Wirtschaftswissenschaften, sie zählt auch zu den wenigen, die sehr früh die vereinfachende Makroökonomie der Umsatzmaximierung [gemessen am BSP] kritisiert hat. In „Vom Ende der Ökonomie“ (HENDERSON 1985) überschreitet sie die engen Theorien der Ökonomie, seien sie neo-liberaler oder keynesianischer Spielart, und weitet den Blick auf ein in soziale und ökologische Zusammenhänge eingebettetes Wirtschaften, indem sie auch Erkenntnisse der Kultur- und Sozialwissenschaften, der Systemtheorie sowie der Umweltwissenschaften integriert.³⁴

Henderson kritisiert die Nichtberücksichtigung der Ressourcenverknappung und Umweltzerstörung in den ökonomischen Rechnungen („Umweltzerstörung ist ein Index für die Unwirtschaftlichkeit einer Volkswirtschaft bei der Nutzung der Ressourcen“, ebd. 53), die Fixierung des „Konsumwachstums auf den privaten Sektor“ (ebd. 59) sowie die Überbetonung des Anteils der Arbeit an der Wertschöpfung, was dazu geführt habe, dass nicht mehr die „primäre Funktion der Bedarfsdeckung“, sondern die „Beschäftigungsfunktion“ in den Vordergrund trete, etwa bei der Vergabe von staatlichen Hilfen.

Als Illusion bzw. Falle sieht die Ökonomin auch die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum per se zu mehr Wohlstand für alle führe: Die Auffassung, ein ständig größer werdender Kuchen versorge auch die Armen mit größeren Stücken, sei nicht mehr tauglich als Argument für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Ungleichheiten [ebd. 58]. Henderson prognostizierte [bereits 1985] eine rapide Zunahme der Sozial- und Umweltkosten, wenn nicht umgesteuert und der öffentliche Sektor weiterhin vernachlässigt werde. Steigende Ausgaben für Gefängnisse [insbesondere in den USA], für Sicherheit, für die Behandlung von Erkrankungen oder zur Behebung von Umweltschäden würden unsere Volkswirtschaften schädigen.³⁵

Märkte sind sozial und ökologisch blind

In „Steady-State Economics“ (1977) und „*Beyond Growth*“ (1996, dt. 1999) kommt der ehemalige Weltbankökonom Herman Daly zu ähnlichen Schlüssen: das globale Wachstum der Güterproduktion und Konsummärkte führe zu einem drastischen Anwachsen der Stoffdurchsätze, ohne jedoch Wohlstand für alle zu schaffen.

„Umweltzerstörung ist ein Index für die Unwirtschaftlichkeit einer Volkswirtschaft bei der Nutzung der Ressourcen“, (HENDERSON 1985, 59)

„Die unbekümmerte Auffassung, ein ständig größer werdender Kuchen versorge auch die Armen mit größeren Stücken, liefert nicht mehr die beruhigenden Argumente, mit denen die Reichen dieser Welt die Ungleichheiten als grundlegende Voraussetzung für die Bildung neuen Investitionskapitals rechtfertigen können“ (HENDERSON 1985, 58)

³⁴ Der Begriff Nachhaltigkeit war ja Mitte der 1980er-Jahre noch nicht gängig.

³⁵ Die Kosten der Klimaerwärmung sind ein aktueller Beleg dieser These!

Daly unterscheidet zwischen „needs“ (Grundbedürfnisse) und „wants“ (Wünsche jenseits der Grundbedürfnisse). Das gegenwärtige Wirtschaftssystem sei auf die „wants“ einer begrenzten Zahl von Menschen ausgerichtet, nicht auf die „needs“ aller. Märkte seien daher sozial und ökologisch blind (DALY 1999).

Als Täuschung bezeichnet Daly den kapitalbasierten Übergang zu immateriellen Wirtschaften. In Anlehnung an den Ökonomiekollegen Georgescu-Roegen (s. o.) meint Daly, dass der Kapitalbestand immer ein Mittel zur Transformation des Ressourcenflusses von Rohstoffen in fertige Produkte sei. Ein mehr an Kapital wiege ein weniger an Rohstoffen nicht auf. Bildhaft ausgedrückt: „Man kann nicht das gleiche Haus bauen, indem man weniger Holz durch mehr Sägen ersetzt.“ (DALY 1999, 57) Illusionär sei demnach auch das Bild einer Kreislaufwirtschaft, da auch Recycling mit Energieverbrauch und Wertverlust (Entropie) verbunden sei. Konsum sei daher im Grunde nicht möglich, es handle sich dabei um „Umordnung von Materie“ (ebd. 93). In der gegenwärtigen Verlagerung von Produktionsprozessen in Länder mit niedrigeren Gestehungskosten sieht der Ökonom einen Export von Umweltkosten, der knapper werdende Umweltraum würde in bisher wenig „erschlossene“ Regionen ausgeweitet, was die Knappheitskrise nur verzögere, nicht jedoch beringe.

Frühe Modelle einer stationären Wirtschaft

Der Ökologe Fred Luks legt in seiner Studie „Zukunft des Wachstums“ dar, dass es Modelle der „Stationarität“ („Steady-State“) bereits bei Klassikern von John Stuart Mill und Adam Smith über John M. Keynes und Werner Sombart bis eben Herman Daly gegeben hat (LUKS 2001). Das Postulat der „Reife“ von Volkswirtschaften für einen stationären Zustand war dieser Analyse gemäß bei vielen Ökonomen bereits Thema. Luks stellt diese Ansätze der neoklassischen Wachstumstheorie gegenüber, die unter Steady State etwas völlig anderes versteht. Gesprochen wird von „gleichgewichtigen Wachstumspfaden“, bei denen die physischen Größen stetiges Wachstum aufweisen, die nicht-physischen Größen (Zinssatz, Relationen zwischen Kapitaleinsatz, Ressourceninput, Rate des technischen Fortschritts und ökonomischem Output oder das Verhältnis von Konsum- und Investitionsrate) konstant, d. h. stationär blieben.

Die klassische Wachstumstheorie gehe dabei davon aus, dass (nichterneuerbare) Ressourcen zur Gänze durch technischen Fortschritt substituierbar sind, es daher keine ökologischen Wachstumsgrenzen gebe. Eine Ansicht, die Luks nicht teilt: „Menschengemachtes und Naturkapital verhalten sich komplementär und nicht substitutional zueinander.“ (ebd. 184) Nachhaltiges Wirtschaften brauche daher – da schließt sich der Kreis zu Henderson und Daly – Begrenzungen des physischen Wachstums.

„Der Kapitalbestand ist ein Mittel zur Transformation des Ressourcenflusses von Rohstoffen in fertige Produkte. Ein mehr an Kapital wiegt ein weniger an Rohstoffen nicht auf.“ (DALY 1999, 57)

„Man kann nicht das gleiche Haus bauen, indem man weniger Holz durch mehr Sägen ersetzt.“ (DALY 1999, 57)

Das Postulat der „Reife“ von Volkswirtschaften für einen stationären Zustand war bei vielen Ökonomen bereits Thema. (nach LUKS 2001)

3. AUSBLICKE

Wege in die Postwachstumsökonomie?

Dass dem kapitalistischen Wirtschaften eine immanente Wachstumsdynamik zu Grunde liegt, wird von niemandem bestritten. Auch die dem Zinssystem innewohnende Tendenz der zunehmenden Vermögenskonzentration findet bei der Mehrzahl der AutorInnen Zustimmung. Und seit Ausbruch der Finanzkrise reden alle davon, dass das Finanzsystem mehr Regulierung braucht. Insgesamt fallen die Antworten, wie das System stabilisiert und das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsarchitektur erreicht werden könnte, jedoch unterschiedlich aus.

Verringerung kurzfristiger Finanzspekulationen

Der Vorschlag des Ökonomen James Tobin, Finanzgeschäfte mit einer Steuer zu versehen, um diese zu entschleunigen – insbesondere kurzfristige Transaktionen sollen weniger lukrativ gemacht werden – findet mittlerweile viele BefürworterInnen. So wird die von der NGO ATTAC³⁶ bereits Jahre vor der Finanzkrise lancierte Finanztransaktionssteuer (FTS) bzw. Tobinsteuer mittlerweile auf EU-Ebene sowie bei internationalen Wirtschaftstreffen diskutiert. Neben der Stabilisierung der Finanzmärkte tritt dabei auch die Chance auf neue Steuereinnahmen in den Blick. Ursprünglich zur Finanzierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit vorgeschlagen – etwa von der Global Marshall Plan-Initiative³⁷ –, gibt es mittlerweile auch das Interesse von Nationalstaaten sowie der EU an dieser Einnahmenquelle.

Stephan Schulmeister hat mit WIFO-KollegInnen im Auftrag des Öko-sozialen Forums eine Machbarkeitsstudie für eine FTS erstellt.³⁸ Die Studie hält eine FTS für machbar und schätzt das Aufkommen für drei mögliche Steuersätze, nämlich 0,1 Prozent, 0,05 Prozent und 0,01 Prozent. Das Steueraufkommen wurde für einzelne europäische Länder, große Regionen sowie für die Welt insgesamt erhoben. Die Erträge beliefen sich laut diesen Berechnungen auf bis zu 2,2 Prozent des BIP.³⁹ Schulmeister plädiert für eine schrittweise Einführung, etwa beginnend mit den riskantesten Instrumenten, den Spot- und Devisentransaktionen, in der EU. Dabei käme es in erster

„Eine Finanztransaktionssteuer würde spezifisch die extrem kurzfristigen Transaktionen mit Finanzderivaten verteuern und so einen Beitrag zur Stabilisierung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen leisten.“
(SCHULMEISTER 2009, 214)

³⁶ Vgl. www.attac.org

³⁷ Vgl. www.globalmarshallplan.org

³⁸ „A General Financial Transaction Tax- Motives, Revenues, Feasibility and Effects“ (WIFO 2008), Download unter www.wifo.ac.at.

³⁹ „Für die Weltwirtschaft insgesamt ergäbe sich ein Steuerertrag von 1,52 bzw. 0,409 Prozent des Welt-BIP bei einem Steuersatz von 0,1 bzw. 0,01 Prozent. In Europa und Nordamerika erbrächte eine generelle FTS annähernd den gleichen Ertrag, er läge zwischen 2,2 und 0,7 Prozent des jeweiligen BIP. Im asiatisch-pazifischen Raum wäre der analoge Steuerertrag etwas niedriger (1,5 bzw. 0,5 Prozent des BIP.“ (SCHULMEISTER 2009, 216)

Linie darauf an, „dass Deutschland und Großbritannien mitziehen, da annähernd 99 Prozent aller Börsentransaktionen in der EU auf diese beiden Länder entfallen“ (SCHULMEISTER 2009, 216). Diese Länder sollten einen bestimmten Anteil der Erträge erhalten, „der andere Teil könnte jedoch für supranationale Projekte verwendet werden, sei es auf europäischer oder globaler Ebene“ (ebd. 218).

Begrenzung der Geldmenge

Eichhorn/Solte gehen einen Schritt weiter und fordern eine bessere Steuerung der Geldmenge. Die Zentralbankgeldmenge sollte mengenmäßig so begrenzt werden, „dass die Wirtschaft ressourcenverträglich wachsen kann“ (EICHHORN/SOLTE 2009, 221). Ein ungebremses Wachstum mit Überschreiten einer maximal zulässigen Ressourcennutzung, beispielsweise des Ausstoßes von Treibhausgasen, solle verhindert werden.

Überdies soll das Schwellgeld, also aufgenommene Kredite, besser gesteuert werden. Große Wirtschaftsakteure würden Kredite viel billiger erhalten als kleinere Akteure, was beispielsweise großen Konzernen gegenüber kleineren Unternehmen Vorteile verschaffe. Diese könnten „leistungsfähige mittelständische Unternehmen vergleichsweise billig aufkaufen und zu Großkonzernen zusammenfügen, auch wenn sie das notwendige Kapital nicht besitzen. Der Kauf erfolgt kreditbasiert.“ (ebd. 221) Um dem entgegenzuwirken und wirkungsvoll die Schwellgeldmenge in den Griff zu bekommen, biete sich eine „Schwellgeldsteuer“ an, „das heißt eine Abgabe auf Hebelgeld, auf jegliche Form von Krediten“ (ebd.). Jene, die am Finanzmarkt niedrigere Zinsen bekämen, sollten mehr besteuert werden als jene, die höhere Zinsen zahlen.

Eine Schwellgeldsteuer von einem Prozent würde weltweit „ein Finanzvolumen von jährlich 2000 Mrd. US-Dollar erschließen“ (ebd. 222). Ergänzt um eine Harmonisierung von Steuerbemessungsgrundlagen sowie eine Einhegung von Steueroasen würden jährlich Erträge von 3-4000 Mrd. US-Dollar lukriert, die die Autoren für einen neuen „Global Deal“, ein Programm „Wohlstand für alle“, sowie für die Reduzierung der weltweiten öffentlichen Schuldenberge verwendet sehen wollen (ebd.).

Kurzfristig müsste – so Eichhorn/Solte – auch auf die derzeitige Liquiditätsengpass-Situation reagiert werden. Vorgeschlagen wird die Begrenzung der Liquiditätsreservehaltung der Finanzmarktakteure durch die Vorgabe einer „Maximalreserve“: „Überschüssiges Zentralbankgeld würde dann über einen Liquiditätsumlauficherungsfond verfügbar gemacht.“ (ebd. 218).

„Es darf nur so viel Liquidität im Markt umlaufen, dass das Gesamtvolumen der Ökonomie keine Ressourcengrenzen überschreitet.“
(EICHHORN/SOLTE 2009, 221)

„Mit einer Maximalreserve begrenzt man das Horten von Zentralbankgeld bei einzelnen Akteuren, also das Austrocknen der Märkte.“
(EICHHORN/SOLTE 2009, 220)

Größenbeschränkung und Dezentralisierung

„Jeder, der glaubt, exponentielles Wachstum könne in alle Ewigkeit fortschreiten, ist entweder ein Irrer oder ein Ökonom.“ – Mit diesem Ausspruch des Wirtschaftstheoretikers Kenneth Boulding macht auch Klaus Woltron in seinem Buch „Perestroika des Kapitalismus“ (WOLTRON 2009) deutlich, dass die gegenwärtige Finanzkrise mehr ist als ein kleiner Umfaller. In der Möglichkeit der Banken, Geld aus dem Nichts zu schöpfen – vergebene Kredite müssen nur 9:1 bei der Zentralbank verbürgt sein – sowie im vermeintlichen, auch ökologisch destruktiven Wachstumszwang, benennt der Unternehmensberater systemische Ursachen für die Fehlentwicklungen.

Der Zusammenschluss zu immer größeren Unternehmenseinheiten, die Aufblähung von Managergehältern sowie die Abkopplung der Finanz- von der Realwirtschaft zerstöre regionale Wirtschaftsstrukturen. Woltron plädiert nicht nur für eine konsequente Dematerialisierung des Wirtschaftens (auch wenn er nicht sagt wie diese umgesetzt werden soll), sondern auch für eine Re-Dezentralisierung nach dem Subsidiaritätsprinzip. Güter des alltäglichen Bedarfs sollten wieder vor Ort produziert, klein- und mittelständische Unternehmen durch Regionalbanken gefördert werden. Bei einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise tritt Woltron für eine „Verstaatlichung der Banken und die kontinuierliche Rückführung der lukrierten Zinsen an die Bürger“ (ebd. 193) ein.

Rückkehr zu Vollgeld – Beschränkung des Aktienrechts

Auch Hans Christoph Binswanger fordert eine Reform des Geldsystems. Geldschöpfung solle ausschließliches Recht der Zentralbanken sein, Banken würden verpflichtet, ihre Guthaben zu hundert Prozent durch Zentralbankguthaben bzw. Banknoten zu decken. Der Ökonom bezieht sich auf die „100 Prozent-Geldidee“ von Irving Fisher, die dieser nach der Krise von 1929 entwickelt hatte (BINSWANGER 2009, 15).⁴⁰

Da Aktiengesellschaften durch hohe Gewinnerwartungen und Spekulationen der Aktionäre ebenfalls zum Wachstumstrend beitragen, fordert Binswanger auch die Beschränkung des Aktienrechtes durch die Begrenzung der Geltungsdauer von Aktien, etwa auf 20 oder 30 Jahre, was die Steigerung der Aktienwerte begrenze. „Damit würde nicht nur das Risiko verringert, dass sich immer neue Finanzblasen bilden, die nach kurzer Zeit wieder platzen; wegen der Minderung der Wachstumsrate würden auch der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung reduziert.“ (ebd. 16)

„Ein Blutkreislauf, der zu seiner Erhaltung nach exponentiellem Wachstum des ganzen Organismus verlangt, wird einen Riesen heranzüchten, der alles und jedes in seiner Umgebung zertrampelt und seinem eigenen Riesenwuchs letztendlich zum Opfer fallen wird.“
(WOLTRON 2009, 19)

„Durch die Begrenzung der Geltungsdauer der börsennotierten Aktien würde die Steigerung der Aktienwerte automatisch verringert – und damit auch der Wachstumsdrang, der sich aus der Aussicht auf eine ständige Steigerung des Aktienwerts durch das Wachstum der Wirtschaft ergibt.“
(BINSWANGER 2009, 16)

⁴⁰ Zur Idee des Vollgeldes siehe auch die neue Studie von HUBER et al, 2008 sowie Plettenbacher 2009.

Für den langfristigen Umbau der Wirtschaft sollten Unternehmensformen geschaffen werden, die sich stärker am Stiftungsgedanken und an Genossenschaften orientieren: „Stiftungen und Genossenschaften sind ihrem Zweck nach auf andere Ziele als auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Sie sind nicht an der Börse notiert und damit nicht spekulationsanfällig. Sie haben daher auch eher die Möglichkeit, sich auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele auszurichten.“ (ebd. 16)

Sozialpflichtigkeit des Kapitals

Gerhard Scherhorn fordert die Sozialpflichtigkeit des Kapitals bzw. die Verpflichtung der Unternehmen, die bisher lediglich Kapitalinteressen bedienten, auf soziale und ökologische Ziele. Das Aktiengesetz und das Recht anderer Unternehmen müsse „unter die Generalklausel gestellt werden, dass das Vermögensinteresse der Kapitaleigner gleichen Rang hat mit der Erhaltung und Kultivierung des Sozialkapitals, und dass die Erhaltung der natürlichen Mitwelt im Konfliktfall sogar Vorrang vor den Interessen von Arbeit und Kapital hat“ (SCHERHORN 2009, 249). Notwendig sei eine „Charta of Incorporation“, um zu verhindern, dass das Management sich zwar „jedermann verantwortlich aber niemand verpflichtet“ (ebd. 250) fühlt. Ethisches Investment müsste von der Nischenexistenz zur generellen Verpflichtung werden. Nicht zuletzt müssten die MitarbeiterInnen jedes Unternehmens als „Mitproduzenten“ auch Mitsprache erhalten. Scherhorn plädiert für einen Betriebsrat, der neben dem Aufsichtsrat eine Art „Zweite Kammer“ darstellen würde (ebd. 251). Vorgeschlagen wird auch der Übergang zu ethischem Investment mit neuen Kriterien für die Anlage von Kapital (exemplarisch GABRIEL/SCHLAGNITWEIT 2009).

Gemeinwohlwirtschaft

Auch Christian Felber fordert die gesetzliche Verpflichtung von Unternehmen auf das Gemeinwohl: „Unternehmerischer Erfolg wird zukünftig primär an einer Gemeinwohlbilanz gemessen (kombinierte Sozial-, Öko-, Demokratie- und Solidaritätsbilanz). Die finanzielle Bilanz gerät zum Nebenschauplatz.“ (FELBER 2009, 98). Bilanzielle Überschüsse wären nur mehr erlaubt für nachhaltige Investitionen, begrenzte Verlustvorsorge und die Stärkung des Eigenkapitals. Überschüsse und liquide Mittel müssten bei der „Demokratischen Bank“ deponiert werden, „damit diese sie an jetzt investierende Unternehmen oder Haushalte günstig weiterreichen kann“ (ebd.). Nicht verwendet werden dürften diese für die Ausschüttung an Eigentümer, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, für Investments auf den Finanzmärkten („diese gibt es nicht mehr“, ebd.) sowie für Fusionen und Aufkäufe anderer Unternehmen. Die Einkommen aller im Unternehmen Beschäftigten würden „mit dem maximal

„Ohne äußere Bekräftigung des ethischen Investments wird die Masse des Finanzkapitals fortfahren, die Unternehmen und Haushalte zu renditesteigernder Externalisierung und damit zum Substanzverzehr zu zwingen.“ (SCHERHORN 2009, 254)

„Unternehmerischer Erfolg wird zukünftig primär an einer Gemeinwohlbilanz gemessen.“ (FELBER 2009, 98)

„Unternehmen, die sich sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer verhalten, als die gesetzlichen Mindeststandards es vorschreiben, werden dafür systematisch belohnt.“ (FELBER 2009, 99)

Zwanzigfachen des gesetzlichen Mindestlohnes begrenzt, wodurch verdeckte Gewinnausschüttungen nicht möglich sind“ (ebd.).

Zudem plädiert Felber für höhere Vermögenssteuern, da Vermögen das tatsächlich leistungslose Einkommen ausmache und sich exponentiell vermehre: „Die 21. Million erwirbt sich unvergleichlich leichter als die erste, die dafür nötige Leistung nimmt ab. Folglich müsste schon aus Gründen der Leistungsgerechtigkeit die Besteuerung von Einkommen und Vermögen und den daraus erzielten Einkommen stark progressiv sein.“ (FELBER 2008, 146)⁴¹

Postfossiles Wirtschaften

Für Wolfgang Sachs ist die Idee des unbeschränkten Wachstums eine „Tochter des fossilen Zeitalters“. Vor der Nutzung der fossilen Rohstoffe wäre das Wirtschaften weitgehend an die nachwachsenden Ressourcen der Natur („erstes Solarzeitalter“) gebunden gewesen. Wirtschaftswachstum wie wir es heute kennen war unvorstellbar und es werde auch nicht bleiben: „Wenn wir an einem Übergang zu einem zweiten Solarzeitalter stehen, welches nicht mehr über die leicht plünderbaren Bestände verfügt, wird auch die Idee des unendlichen Wachstums obsolet.“ (SACHS 2009, 248) Sachs erinnert an die Aussage des Nobelpreisträgers Paul Crutzen, dass wir in ein neues Erdzeitalter eingetreten seien, nämlich das „Anthropozän“: Ein Viertel des CO₂ in der Atmosphäre werde von Menschen produziert, 60 Prozent aller erreichbaren Süßwasserreserven und Wasserläufe würden von Menschen reguliert, 60 Prozent des Stickstoffs werde von Menschen fixiert. (ebd. 249)

Die Wirtschaftskrise müsse – so der Ökologe – für den Übergang in eine ressourcenleichte und naturverträgliche Wirtschaft genutzt werden: „Wenn schon einen Kenesianismus, dann einen grünen Keynesianismus! Schließlich bestimmen die Investitionen von heute das Gesicht der Wirtschaft von morgen.“ (ebd. 254) Sachs spricht von der „Solar-Spar-Gesellschaft“, die technologische Erneuerung und Beschränkung erfordere: „Die solare Wirtschaft wird nicht dieselbe Leistung liefern können im Sinne von Geschwindigkeit, Komfort, Warenumsatz, wie es die fossile Wirtschaft konnte, ebenso wie ein Segelboot nicht dieselbe Leistung liefern kann wie ein stählerner und ölbefuerter Tanker.“ (ebd. 268)

Hoffnung setzt der Ökologe in den Wunsch nach einem anderen Lebensstil: „Viele Leute merken – intuitiv oder mit klarem Auge – , dass der zunehmende Reichtum an Gütern zu einer Armut an Zeit geführt hat. ... Und wenn man keine Zeit mehr hat, hat man auch nicht mehr den Raum, die Aufmerksamkeit, die Intensität, um Qualität herauszuholen aus den Dingen, die man besitzt.“ (ebd. 262f)

⁴¹ Siehe dazu auch LAYARD 2005), Seite 28 in dieser Studie

„Wenn wir an einem Übergang zu einem zweiten Solarzeitalter stehen, welches nicht mehr über die leicht plünderbaren Bestände verfügt, wird auch die Idee des unendlichen Wachstums obsolet.“ (SACHS 2009, 248)

„Wir wissen noch nicht, wie man eine Wirtschaft bauen kann, die allen ein Auskommen, ein gedeihliches Leben sichert, aber gleichzeitig nicht unbedingt wachsen muss.“ (SACHS 2009, 262)

„Wir werden zwar reicher, aber auf der anderen Seite ärmer, sodass das Endergebnis vielleicht gar kein Fortschritt mehr ist.“ (SACHS 2009, 263)

Zugleich fordert Sachs aber klare politische Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene für einen ökologischen Kurswechsel: „Es kann keine Welthandelsorganisation geben, die nicht gleichzeitig dafür sorgt, dass ein Qualitätsboden in der internationalen Ökonomie eingezogen wird, unter den man nicht drunter kann: Mit Regelungen, die festschreiben, dass Produktion und Produkttausch eben auch Grundkriterien von Umweltverträglichkeit und Menschenverträglichkeit gehorchen müssen.“ (ebd. 265) Internationale Regeln und Institutionen müssten so eingerichtet werden, dass systematisch nicht der eigene Machtgewinn, sondern auch der Gewinn der anderen im Mittelpunkt stehe.

Vernetzte Gesellschaften von unten

Der Zukunftsforscher Ervin Laszlo rechnet vor, dass wir seit 1950 ebenso viele Ressourcen benutzt hätten wie in allen Zeiten davor. Das „westliche quantitative Wachstum“ wird auch nach ihm nur eine kurze historische Phase ausmachen. Er plädiert für ein qualitatives Wachstum, „wo es nicht länger um den Lebensstandard geht, sondern um Lebensqualität“ (LASZLO 2009, 22). Das quantitative Wachstum habe sich zwar rasch über den ganzen Planeten ausgebreitet, sei aber nicht dauerhaft lebensfähig, da an zentralistische Strukturen gebunden. Wir müssten für das Wachstum andere Lösungen finden: „viel dezentralisierter, viel mehr auf regenerative Energien bauend, ganz anders strukturiert.“ (ebd. 23)

Laszlo spricht von einem „Immunsystem der Gesellschaft“: Wenn die Gesellschaft bedroht ist, äußere sich dies in einer Art „kollektivem Stress“. Dieser könne im schlimmsten Fall eine „Art Paralyse“ hervorrufen – oder im positiven Fall eine Kreativität, indem die Leute sich fragten: „Was ist zu tun? Was kann ich tun? Kann ich etwas dazu beitragen?“ (ebd. 29) Der Zukunftsforscher hofft auch eine Entscheidungsstruktur der „Heterarchie“, in der Entscheidungen (wieder) von unten her getroffen würden, „in den Nachbarschaften, den Dörfern und Städten, den Regionen“ (ebd. 2).

Hinsichtlich globaler Kooperation sei die Ungleichheit der 192 Mitgliedstaaten der UNO das größte Problem. Großmächte, arme, reiche, bevölkerungsreiche Staaten würden nebeneinander sitzen. Laszlo schlägt daher eine globale Entscheidungsstruktur vor, in der die Kontinente die Vereinten Nationen repräsentieren und nicht mehr die Nationalstaaten. Die UNO würde so zu einem „Forum für interregionalen Dialog“ (ebd. 29f).

Krise für Umsteuerung nutzen

Der Ökonom Joseph Stiglitz sieht in der von den USA ausgehenden Wirtschaftskrise den „tiefsten Wirtschaftseinbruch nach dem Krieg“. Die Welt versinke derzeit in einer „großen globalen Konjunkturverlangsamung“ (STIGLITZ 2009, 391). Im Zusammenfallen der Klima-

„Intelligenz entsteht in der dauernden Herausforderung, in einer Welt zu leben, in der man sich dauernd selbst erneuern muss, um weiter existieren zu können.“ (Ervin Laszlo 2009, 36)

„Wir müssen für das Wachstum andere Lösungen finden: viel dezentralisierter, viel mehr auf regenerative Energien bauend, ganz anders strukturiert.“ (Ervin Laszlo 2009, 23)

„Die Maßnahmen gegen die Finanzkrise bieten die Möglichkeit, die Grundlagen für eine neue Welle des Wirtschaftswachstums zu legen, das auf umweltfreundlichen Technologien für eine Wirtschaft mit niedrigem CO₂-Verbrauch basiert.“ (STIGLITZ 2009, 392)

und Finanzkrise bestehe jedoch die Chance, durch Konjunkturmaßnahmen die „Grundlagen für eine neue Welle des Wirtschaftswachstums zu legen, das auf umweltfreundlichen Technologien für eine Wirtschaft mit niedrigem CO₂-Verbrauch basiert“ (ebd. 392). Die Bankenrettung (in den USA), wie sie angegangen wurde, hält Stiglitz für verkehrt, da keine der Privilegien der Banker und Aktionäre gestrichen würden: „Für wesentlich weniger Geld, als ausgegeben wurde, hätte Amerika seine Banken retten, die Aktionäre aber in die Wüste schicken können.“ (ebd. 399). Stiglitz spricht von „Ersatz-Kapitalismus“, „der die „Verluste verstaatlicht, aber die Gewinne privatisiert“ (ebd. 399).

Dagegen fordert Stiglitz Umverteilungsprogramme: „Die Senkung der Steuern für Arme und die Anhebung der Arbeitslosengelder bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuern für Reiche können die Wirtschaft ankurbeln, das Defizit verkleinern und die Ungleichheit verringern.“ (ebd. 404) Angesprochen auf die Lernfähigkeit der Weltgesellschaft antwortete der Ökonom: „Nach der Weltwirtschaftskrise in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts brauchte die Welt 15 Jahre und einen Weltkrieg, um zusammenzukommen und auf die Schwächen des globalen Finanzsystems einzugehen, die zur Weltwirtschaftskrise geführt hatten. Man kann nur hoffen, dass wir dieses Mal nicht so lange brauchen werden – angesichts der starken globalen Verflechtungen wären die Kosten einfach zu hoch.“ (ebd. 415)

Komplementäre Währungen

Margret Kennedy setzt nicht mehr allein auf das bestehende Finanzsystem. Sie plädiert für die Ausweitung zinsfreier Barterssysteme zwischen Unternehmensnetzwerken (analog dem Schweizer Wirtschaftsring WIR), für regionale Komplementärwährungen und andere Währungssysteme wie Bildungs- und Gesundheitsgutscheine oder Altenpflege-Tickets. Noch seien alternative, vom Zinseszinsystem freie Währungen eine Sache von Minderheiten. Im deutschsprachigen Raum gibt es zwar bereits an die 70 Regionalgeldsysteme, die jedoch immer nur Nischen abdecken. „Die Menschen in den Entscheidungspositionen müssen“, so die Währungsspezialistin, erst begreifen, „dass komplementäre Währungen eine große Entlastung für den Staat wären.“ (ebd. 439)

Wenn Wirtschaften (wieder) stärker in regionale Kreisläufe eingebettet würde, käme es zu selektivem Wachstum bestimmter regionaler Sektoren (etwa Bio-Landwirtschaft, lokale Energieversorgung, lokales Handwerk, lokale Dienstleistungen), insgesamt könnte die Wirtschaft jedoch schrumpfen, weil etwa weniger Güter importiert würden. Für den verbleibenden Welthandel schlägt Kennedy – wie andere auch – eine inflationssichere komplementäre Währung vor, die auf tatsächlich vorhandenen Waren basiert und zinsfrei wäre.

**„Ich glaube, dass nur Investitionen, die den Umbau zu einer Wirtschaft fördern, die kaum noch CO₂ ausstößt, in den nächsten Jahrzehnten ein stabiles Wachstum garantieren können.“
(STIGLITZ 2009, 413)**

**„Ebenso wie wir verschiedene Häuser für verschiedene Zwecke und verschiedene Autos für verschiedene Zwecke haben, können wir auch Geldsysteme für verschiedene Zwecke konstruieren.“
(KENNEDY 2009, 438)**

**„Wir müssen von unten Systeme schaffen, die robust genug gegen alle Instabilitäten sind und unabhängig davon funktionieren, was mit dem konventionellen Geldsystem passiert.“
(LIETAER 2009, 463)**

Ein Drittel des Welthandels würde bereits heute über Countertrade, also direkten Warentausch, abgewickelt, so die Ökonomin (ebd. 440).

Auch Bernhard Lietaer setzt auf Komplementärwährungen, in denen etwa auch Gemeindesteuern zahlbar sein sollen. Zudem schlägt er eine über einen Warenkorb tatsächlich vorhandener Güter abgesicherte neue Globalwährung namens „Terra“ vor, die unabhängig sei von Finanzspekulationen. Mit Bankkarten sollten zukünftig auch regionale Währungen verrechnet werden können. Dass die Regierungen das etablierte Geldsystem regulieren könnten hält, der Experte für eine Illusion, er setzt daher auf viele Initiativen von unten nach dem Motto „Baut Flöße“ (LIETAER 2009, 438).

Die Wahrscheinlichkeit eines Totalkollaps in den nächsten Jahren sieht Lietaer bei „ca. 50 Prozent“. Es sei enorm wichtig, sich bewusst zu sein, „dass wir uns auf dieses System nicht mehr wirklich verlassen können.“ (ebd. 459) Es diene uns schon lange nicht mehr. Darum sei es an der Zeit zu begreifen, „dass es nicht mehr funktioniert. Je länger wir diese Einsicht noch hinausschieben, desto schmerzvoller wird das Erwachen sein.“ (ebd. 464)

Wirtschaftlichen Erfolg neu messen

Hazel Henderson wie Hermann Daly schlagen eine neue Messung des volkswirtschaftlichen Erfolgs vor, die neben dem Bruttosozialprodukt auch ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt. Der von Daly u. a. entwickelte Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) berücksichtigt etwa die Einkommensverteilung, den Verbrauch natürlichen Kapitals und die Auslandsverschuldung.⁴²

Daly spricht vom Erreichen einer „Steady economy“, einer „steten Wirtschaft“. In dieser wäre nicht Wachstum per se untersagt, sondern lediglich das Anwachsen des Ressourcenverbrauchs bzw. Stoffdurchsatzes. Erreicht werden soll dies durch Erhöhung der „Durchlaufproduktivität“ (Effizienzsteigerung, Erhöhung der Gebrauchsdauer bzw. -dichte von Gütern) sowie in konsumintensiven Volkswirtschaften durch Lebensstile der Begrenzung. Welthandel sei nicht per se abzulehnen, ökologisch widersinnig sei aber der globale Handel mit Gütern. Daly plädiert vielmehr für einen globalen Austausch von Wissen und Know how (DALY 2001).

Herman Daly spricht vom Erreichen einer „Steady economy“, einer „steten Wirtschaft“. In dieser ist nicht Wachstum per se untersagt, sondern lediglich das Anwachsen des Ressourcenverbrauchs bzw. Stoffdurchsatzes.

„Wachstum ist mehr von der gleichen Sache. Entwicklung ist die gleiche Menge von besseren - oder zumindest anderen - Sachen.“ (DALY 2009, 39)

⁴² Der ISEW Österreich wurde an der WU Wien für die Jahre 1955 – 1992 errechnet. Das Ergebnis: der reale Wohlstand hat sich seit den 1970er-Jahren vom BSP abgekoppelt (vgl. H. Hochreiter et al (2005): Der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW): Eine empirische Studie zur Wohlstandsentwicklung in Österreich 1955 bis 1992. Interdisziplinäres Institut für Umwelt und Wirtschaft (IUW), Wirtschaftsuniversität Wien: Eigenverlag. Vgl. auch TRATTNIGG (2009).

In einem aktuellen Aufsatz skizziert Daly sein Konzept einer „Steady-State-Economy“ angesichts der Finanzkrise neu. Er unterscheidet darin zwischen Wachstum und Entwicklung: „Wachstum ist mehr von der gleichen Sache. Entwicklung ist die gleiche Menge von besseren (oder zumindest anderen) Sachen.“ (DALY 2009, 39) Der Ökonom fordert Mindesthaltedauern von ausländischem Kapital, um ein zu rasches Abziehen zu verunmöglichen, eine Tobin-Steuer, die Spekulationsgeschäfte verringern soll, sowie Umweltsteuern zur Verteuerung des Ressourcenverbrauchs. Nicht zuletzt sei eine andere Entwicklungshilfe nötig – „in Form von frei und aktiv geteiltem Wissen, begleitet von kleinen Kapitalhilfen“ (ebd. 41).

Eine Steady-State-Economy würde die gegenwärtige „gewaltige Finanzstruktur“ deutlich reduzieren, Investitionen bestünden primär in Ersatzinvestitionen und qualitativen Verbesserungen. „Es gäbe vermutlich ein gesundes Schrumpfen der gigantischen Schuldenpyramide, die bedrohlich über der Realwirtschaft schwebt und einzustürzen droht.“ (ebd. 41) Wie andere tritt der Ökonom für die „100 Prozent-Eigenkapitalquote statt des Mindestreservenbanksystems“ ein, da so die „Kontrolle über die Geldversorgung wieder in die Hände der Regierung anstatt privater Banken gelegt“ würde (ebd. 42). Hundertprozentige Rückstellungsverpflichtungen würden sowohl die Wirtschaft stabilisieren als auch das Schneeballsystem der Kredithebelungen bremsen: „Geld zu verleihen, das tatsächlich von jemandem gespart wurde, stellt das klassische Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren wieder her.“ (ebd. 41)

„Vollbeschäftigung für alle“ sei ohne Wachstum „kaum zu erreichen“ meint Daly und fordert daher pointiert: „Verkürzung der Länge eines Arbeitstages, einer Arbeitswoche, eines Arbeitsjahres: Dies ermöglicht größere Freiheiten für Freizeit oder persönliche Arbeit.“ (ebd. 42) Nicht zuletzt plädiert der Ökonom für eine Reform der „volkswirtschaftlichen Konten“. Das Bruttosozialprodukt solle in ein Kosten- und ein Ertragskonto aufgeteilt werden. Erreichen die Kosten die Erträge, solle das Wachstum gestoppt werden (ebd. 42).

„Das Bruttosozialprodukt soll in ein Kosten- und ein Ertragskonto aufgeteilt werden. Erreichen die Kosten die Erträge, wird das Wachstum gestoppt.“ (DALY 2009, 42)

„Vielleicht ist es jetzt an der Zeit zu erkennen, dass die wirklichen Produktionsfaktoren Energie, Materie und Wissen heißen und dass der Output aus Menschen besteht.“ (HENDERSON 1985, 48)

Paradigmenwechsel für öffentlichen Konsum

Hazel Henderson plädiert in ähnlicher Weise für eine „Verlagerung auf die Werttheorien der Entropie“, was auch eine neue Definition von „Profit“ erfordere. Dieser dürfe nur mehr die „Schaffung realen Vermögens“ umfassen, nicht den „Gewinn“ auf Kosten der Ausbeutung der sozialen und natürlichen Umwelt (HENDERSON 1985). Sehr früh forderte die Ökonomin eine Richtungsänderung des Wachstums: Nicht der private, sondern der öffentliche Konsum solle gesteigert werden: im Gesundheit- und Bildungswesen, in der Schaffung neuer Verkehrssysteme sowie erneuerbarer Energieträger („Solarzeitalter“). Die Besteuerung des Umweltverbrauchs wür-

de zu realistischeren Preisen für die Produkte führen. Durch Einkommensumverteilung sollen die Preissteigerungen für ärmere Haushalte ausgeglichen werden. Umverteilung des vorhandenen „Kuchens“ gilt für Henderson (wie für Daly) als Schlüsselansatz, um dem Wachstumszwang zu entgehen.

Die Ökonomin war bereits vor 20 Jahren überzeugt, dass Veränderungen anstehen: „Möglicherweise haben wir das Evolutionspotenzial auf unserem Industrialisierungspfad nach BSP-Maß erschöpft, und die nächste Anpassung wird in einer neuen Dimension stattfinden, für die neue Messlatten gebraucht werden.“ (HENDERSON 1985, 48). Die Veränderungen seien machbar, wenn wir den Blick auf die Ökonomie verändern und ein neues Wertesystem entwickeln. Ein System, das an seine Grenzen stoße, müsse sich wandeln. Schon 1985 war für Henderson klar, dass ein „postindustrielles“ und „postmaterielles“ Zeitalter anstehe, in dem gemeinschaftliches Wirtschaften wieder an Bedeutung gewinnen würde.

Im Sinne eines „morphogenetischen Modells“ würden Neuansätze an vielen Orten und in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen diese große Transformation vorbereiten. Laut dieser Analyse wären wir gerade mitten drin in der Umbruchsphase.

In einem aktuellen Interview anlässlich der gegenwärtigen Finanzkrise meint Henderson, dass es ein „Verbrechen [sei], die Krise ungenutzt zu lassen“ (HENDERSON 2009, 380). Die Krise könne den „Sprung auf eine neue Stufe menschlicher Entwicklung enorm erleichtern und fördern: nämlich den Wechsel von einem mangelhaften, geldfixierten Wachstum des Bruttosozialprodukts zu viel saubereren, grüneren und nachhaltigeren Ökonomien“ (ebd). Die gegenwärtige Konvergenz von globaler Erwärmung, Finanzkrise und „der sich ausweitenden grünen Wirtschaft“ würden den Wandel beschleunigen, so hofft die US-Ökonomin: „Sie fungieren quasi als Treibstoff für den dringenden Paradigmenwechsel ins solare Zeitalter“ (ebd. 386).

Auf globaler Ebene fordert Henderson eine gerechtere Stimmverteilung in den großen internationalen Wirtschaftsorganisationen wie Weltwährungsfond, Welthandelsorganisation und Weltbank. So besetzten die USA als „weltgrößter Schuldner“ 17 Prozent der Sitze beim Weltwährungsfond, „während China gerade einmal 3,6 Prozent besetzt“ (ebd. 383). Neben einer globalen Steuer auf Finanzspekulationen seien auch neue Finanzierungsformen für den ökologischen Wandel nötig. Henderson schlägt zinsfreie Darlehen für die Erzeugung von Ökostrom vor, die von den Betreibern in „Kilowatt-Dollars“, also einer auf Energie basierenden Währung zurückgezahlt würden. Erneuerbare Energien würden bedeutend rentabler ohne Abhängigkeit vom Zinssystem. Windenergie würde billiger als Kohle, „wenn die üblichen Zinsen von acht Prozent abgeschafft werden.“ (ebd. 388)

Umverteilung des vorhandenen „Kuchens“ gilt für Henderson wie für Daly als Schlüsselansatz, um dem Wachstumszwang zu entgehen.

Umverteilung des vorhandenen „Kuchens“ gilt für Henderson wie für Daly als Schlüsselansatz, um dem Wachstumszwang zu entgehen.

Henderson schlägt zinsfreie Darlehen für die Erzeugung von Ökostrom vor, die von den Betreibern in „Kilowatt-Dollars“, also einer auf Energie basierenden Währung zurückgezahlt würden.

Folgekosten könnten zum Umschwung führen

Fred Luks hält es für dringend nötig, sich mit möglichen Schrumpfungprozessen auseinander zu setzen: „Wenn erkannt wird, dass Nachhaltigkeit weder durch eine ökologisch aufgefrischte Wachstumsförderung noch durch Appelle an die wirtschaftlich Handelnden umsetzbar ist, sondern ´schmerzhaft´ Maßnahmen erfordert, die den Material- und Energiedurchsatz zu senken versuchen, dann wird dies nicht ohne Folgen für das Wirtschaftswachstum der betreffenden Länder bleiben.“ (LUKS 2001, 15) Er plädiert für „langfristiges Denken statt diskursiver Hektik“. Denn: „Dass ein Einschwenken in Richtung nachhaltige und dann auch stationäre Wirtschaft wahrscheinlich ist, wird heute wohl niemand behaupten. Aber da politische Wunder wahrscheinlicher sind als physikalische“, sei zumindest nicht auszuschließen, „dass die dramatischen sozio-ökonomischen Folgewirkungen ökonomischer Expansion irgendwann zu substantiellen Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit führen werden.“ (ebd. 245) Spätestens dann sei es Zeit, „sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer stationären Wirtschaft (wieder) ernsthaft auseinander zu setzen.“ (ebd. 245) Anleihen dafür könnten durchaus bei den Klassikern der Wirtschaftswissenschaft genommen werden.

Dass die Zweifel an der herkömmlichen Wohlstandsmessung – Wachstum des BIP – mittlerweile nicht mehr auf einschlägige Institute der „Nachhaltigkeitsszene“ beschränkt ist, macht Rita Trattinigg in einem Aufriss zur Genese des Wachstumsdiskurses deutlich (TRATTNIGG 2009, 19ff). Mit der „Lissabon-Strategie“ habe die EU zwar zum einen den Wachstumspfad prolongiert – die EU soll bis 2010 zur „wettbewerbsfähigsten Region“ der Welt aufsteigen –, parallel dazu würden jedoch Alternativen angedacht: etwa in der „Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie“ (2006), die eine Weichenstellung für „post 2010“ geben könnte, oder in der 2007 gemeinsam von der EU-Kommission, dem EU-Parlament, der OECD, dem WWF und dem Club of Rome gestarteten „Beyond GDP-Initiative“, die Ergänzungen zum Bruttonettoprodukt als Wohlstandsindikator fordert. Die Autorin beschreibt auch zwei nationale Initiativen, die sogenannte „Stiglitz-Kommission“ des französischen Staatspräsidenten Sarkozy sowie das Projekt „Redefining Prosperity“ der „UK Sustainable Development Commission“, die nach neuen Indikatoren für die Wohlstandsmessung suchen.⁴³

Fred Luks hält es für dringend nötig, sich mit möglichen Schrumpfungprozessen auseinander zu setzen.

„So selbstverständlich heute für den durchschnittlichen Ökonomen das Wachstumsphänomen ist, so unhinterfragbar deutlich war für die Klassiker der Politischen Ökonomie die Perspektive eines stationären Zustands“ (LUKS 2008, 247).

⁴³ Der Happy Planet Index kombiniert Wohlstand (Lebenserwartung), Lebenszufriedenheit (Werte des World Value Survey) und Umweltverbrauch (Ökologischer Fußabdruck). Da letzterer in den OECD-Ländern kaum bzw. nicht höher ist als in Ländern des Südens, diese aber einen bedeutenden niedrigeren Fußabdruck aufweisen bei gleichzeitigem „Aufholen“ im Bereich der Lebenserwartung, rangieren die Ländern mit hohem BIP hier durchwegs auf späteren Rängen, Österreich etwa auf Rang 57. An erster Stelle liegen Costa Rica und die Dominikanische Republik. Mehr siehe www.happyplanetindex.org.

Übergang zu einer solidarischen Wirtschaft

Die Finanzkrise hat das Vertrauen in das kapitalistische Wirtschaftssystem erschüttert. Die Umwelt- und Klimakrise, aber auch die soziale Krise der Konkurrenz- und Stressgesellschaft beflügeln daher auch Ansätze, die ein grundsätzlich anderes Wirtschaften in Solidarität und Gemeinschaft favorisieren und bewusst Gegenutopien zum herkömmlichen Wirtschaftssystem skizzieren. Gesprochen wird von „Solidarischem Wirtschaften“ oder „Gemeinwohlwirtschaft“ (exemplarisch ALTVATER 2005).

Ein Modell einer „solidarischen Wirtschaft“ entwirft der deutsche Autor Franz Groll. Er setzt zwar weiterhin auf marktwirtschaftlich geführte Unternehmen, die aber auf Produkte beschränkt wären, die auch ohne großen Werbeaufwand gekauft würden. Gewinne würden ebenfalls begrenzt – Groll schlägt vor auf maximal 5 Prozent der Lohnsumme, da das Erwirtschaftete das Werk aller Arbeitenden sei. Aktiengesellschaften würden verboten und von Teilhaber-gesellschaften abgelöst, die Mitbestimmung in den Betrieben würde stark ausgeweitet. Als zentral erachtet der Autor markante Umverteilungen innerhalb der Arbeitseinkommen (Berufe mit Hochschulabschluss sollen maximal mit dem Fünffachen des Mindestlohnes abgegolten werden) sowie bei den Vermögen (Zinsen und Gewinne sollen beschränkt werden). Die Spekulation würde ganz unterbunden, die Tätigkeit der Banken wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt, und die Kontrolle des Geldes, Geldverkehrs und der Geldvermögen – wie bei Woltron und Binswanger – durch den Staat übernommen (GROLL 2009).

Dass der materielle Wachstumspfad des Kapitalismus an Grenzen stößt, ist auch die Grundthese der jungen österreichischen Autoren Andreas Exner, Christian Lauk und Konstantin Kulterer, die sich zu einem Social Innovation Network zusammengeschlossen haben (EXNER et al 2008). Der in das kapitalistische System eingebaute, positive Rückkopplungsmechanismus namens Wirtschaftswachstum sei mit einem kontinuierlich steigenden Verbrauch von Energie und Rohmaterialien verbunden. Doch dieser – und somit auch das Wirtschaftswachstum – würden früher oder später an seine natürlichen Grenzen stoßen. Die Autoren gehen davon aus, dass die Wachstumsmaschine ins Stocken geraten wird: höhere Kosten für Energie, das nicht unbegrenzt mögliche Drücken der Löhne, die Zunahme der sozialen Kosten des destruktiven Konkurrenzsystems würden die Profite sinken lassen und damit die Motivation zu investieren. Schließlich könnte die abnehmende Steuerungsfähigkeit der Staaten uns ins Chaos stürzen. Notwendig sei daher, uns stück- und schrittweise von der Geld- und Wachstumsökonomie zu entkoppeln, sozusagen ein Szenario für das Leben nach dem Crash der globalen Wachstumswirtschaft bereits jetzt zu entwickeln.

Der deutsche Autor Franz Groll setzt zwar weiterhin auf marktwirtschaftlich geführte Unternehmen, die aber auf Produkte beschränkt wären, die auch ohne großen Werbeaufwand gekauft würden.

Andreas Exner, Christian Lauk und Konstantin Kulterer plädieren dafür, uns stück- und schrittweise von der Geld- und Wachstumsökonomie zu entkoppeln, sozusagen ein Szenario für das Leben nach dem Crash der globalen Wachstumswirtschaft bereits jetzt zu entwickeln.

Wie ein solches Szenario aussehen könnte, skizziert der unter Pseudonym auftretende Schweizer Autor „P.M.“ in seiner Utopie „Neustart Schweiz“. Radikale Dezentralisierung, Organisation des Lebens in lokalen Gemeinschaften und Orientierung an den Grundbedürfnissen gelten ihm dabei als Leitlinien (P. M. 2008).

Rückkehr zu bescheidenerer Zivilisation?

Die Frage, ob Kapitalismus mit Schrumpfung grundsätzlich vereinbar sei, ist noch unentschieden. Mehrheitlich wird sie verneint, etwa von Saral Sakar mit der Begründung, dass Kapitalismus nur funktioniere, wenn immer neue Investitionsmöglichkeiten gefunden und die Profitrate steige bzw. zumindest gehalten werde (SAKAR 2009, 326). Er prognostiziert eine Zunahme der Krisen. Erneuerbare Energien würden nie in dem Ausmaß bzw. dieser Konzentration zur Verfügung stehen wie die fossilen Ressourcen, die Weltwirtschaft werde daher zwangsläufig schrumpfen. Dem Petrokapitalismus bzw. Petrosozialismus (à la Venezuela) werde eine andere, wieder bescheidenere Zivilisation folgen (ebd. 348).

Auch Vandana Shiva setzt auf ein Wirtschaften jenseits des Kapitalismus. In ihrem Buch „Leben nach dem Öl“ spricht sie von einer „Wirtschaft von unten“, die sie insbesondere den Ländern des Südens als Alternative zur gegenwärtigen Globalisierung empfiehlt. Denn Globalisierung bedeute Verbreitung einer energieintensiven, Ressourcen verschleißenden, erdölgetriebenen Industrialisierung unserer Produktions- und Konsumweise und zwingt der Welt Unnachhaltigkeit auf (SHIVA 2009, 33).

Shivas Idee von „Erddemokratie“ basiert auf dezentralen demokratischen Strukturen, in denen Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken, Mobilität und Arbeit in lokale Ökosysteme eingebettet werden. Der Übergang von der zerstörerischen Industriegesellschaft ins Post-Erdölzeitalter könne nur von freien und selbst organisierten BürgerInnen und Gemeinschaften erreicht werden. Nur eine „Karbon-Demokratie“ – so eine andere Bezeichnung für das Entwicklungs- und Wachstumsmodell der indischen Ökologin – ermögliche, dass „alle Lebewesen ihren gerechten Anteil an nützlichem Kohlenstoff haben und niemand mit einer ungerecht großen Menge der durch CO₂ verursachten Klimaauswirkungen belastet wird“ (ebd. 228).

Das von Vandana Shiva angedachte Entwicklungsmodell mag – wie andere zuletzt skizzierte Zukunftsvisionen eines anderen Wirtschaftens – fürs Erste utopisch erscheinen. Adaptiert auf die spätindustriellen Ökonomien wären diese Modelle jedoch ein bedenkenswerter Weg auch für die materiell gesättigten, aber ökologisch keineswegs nachhaltigen Gesellschaften des Nordens. Ein Beitrag zur Entwicklungshilfe von Süd nach Nord für eine Lebensqualität neu definierende Wachstumsperspektive!

„Die Menschheit als Ganzes wird sich mit viel weniger Gütern und Dienstleistungen begnügen müssen. Und sie wird viel mehr mit Körperkraft arbeiten müssen.“ (SAKAR 2009, 348)

„Wenn man die Rechte der Armen in die Bilanz mit ein bezieht, dann gibt es nur einen Weg nach vorne: die Reduktion des Energiebedarfs der Reichen und der nichtnachhaltigen Produktions- und Konsummuster.“ (SHIVA 2009, 229)

Verfassung des Kapitalismus

Oder lässt sich der Kapitalismus doch zähmen? Der schweizerische Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik „kontrapunkt“, dem u. a. der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich angehört, bejaht dies und sieht im gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus insbesondere ein moralisches Versagen. Wirtschaften funktioniere nicht allein durch Wettbewerb, sondern erfordere auch Kooperation und – das wichtigste – Vertrauen. Letzteres sei durch die Finanzkrise zutiefst erschüttert worden. Vertrauen sei das höchste Gut der Kategorie der Kooperation. Daher sei auch das Vertrauen der Kunden in das Bankwesen und der Banken untereinander („Kredit“ heißt Vertrauen) nur „über einen Wechsel der ökonomischen Rationalität“ wiederherzustellen, eine Rationalität, die im Gemeinwohlprinzip liegen würde (MASTRONARDI et al, ed. 2009, 23).

Die ExpertInnen fordern aber nicht nur einen Werte- und Kulturwandel, sondern auch eine neue politische Verfassung für die globale Wirtschaft. Vorgeschlagen wird eine „internationale Marktordnung“ in fünf Punkten (ebd. 22). Der weltweite Finanzmarkt brauche einen „Leistungsauftrag im Interesse einer gemeinwohlorientierten Realwirtschaft“ (1), die Ordnung der Marktwirtschaft müsse die „Beteiligung des Arbeitsmarktes am Erfolg des Kapitalmarktes“ vorsehen (2), die „Spanne zwischen den geringsten und den höchsten Löhnen eines Unternehmens“ sei zu begrenzen (3), für Gewinne und Wachstum von Unternehmungen müssten „Obergrenzen“ vorgesehen werden, „die sich am Prinzip Nachhaltigkeit orientieren und durch negative Anreize (Gewinn- und Wachstumsabgaben) sanktioniert werden“ (4), die Steuerflucht durch Steuerhinterziehung schließlich müsse durch „Rechtshilfeabkommen zwischen Rechtsstaaten der OECD-Länder einschließlich der kleinen Offshore-Finanzplätze bekämpft werden“ (5).

Da der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes und das politische Konzept des ökonomisierten Liberalismus versagt habe, liege es an der Staatenwelt, einen internationalen Finanzmarkt zu schaffen, der die Grundversorgung der Realwirtschaft mit Geld und Krediten gewährleiste, so der Rat. Als zentrale Maßnahmen werden dabei die Beschränkung der Geldvermögen, Maßnahmen zur Verringerung des Geldumsatzes (der Finanzspekulation), die Regulierung von auf die Zukunft gerichteten Finanzgeschäften sowie schließlich die Beschränkung der Größe von Banken auf ein nicht „systemrelevantes“ Maß gesehen (ebd 137ff).

„Krisenfeste Marktwirtschaft“

Auch die Wirtschaftswissenschaften müssten den geänderten Bedingungen nach der großen Finanzkrise Rechnung tragen und ihre Modelle überdenken, so André Martinuzzi und Michal Sedlacko

„Die zunehmende Anhäufung von Kapital im Spätkapitalismus, eine lange Periode relativen Friedens in den entwickelten Ländern, die zunehmende Globalisierung und die Verbreitung der elektronischen Kommunikationsmittel haben zu Entwicklungen geführt, in denen die Finanzwirtschaft an ihrer eigenen Größe zugrunde zu gehen droht.“ (MASTRONARDI et al, ed. 2009, S. 140)

„Kapitalvermögen und Einkommen könnten ab einer gewissen Größe so besteuert werden, dass sie nicht mehr wachsen können; Erbschaftssteuern könnten die Weitergabe großer Vermögen einschränken.“ (MASTRONARDI et al, ed. 2009, S. 144)

von der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie plädieren für die Identifizierung von Bausteinen einer „krisenfesten Marktwirtschaft“ und schlagen die Bündelung von Forschungsaktivitäten dazu vor (MARTINUZZI/SEDLACKO 2009). Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung müsse die Rahmenbedingungen einzelwirtschaftlichen Handelns so gestalten, „dass individuelles Engagement gefördert und gleichzeitig die Zukunfts- und Lebensfähigkeit von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft sichergestellt wird“ (ebd. 40).

Einzelwirtschaftliche Verantwortung sei dort einzufordern, „wo aus ökonomischem Eigeninteresse ein Überwälzen von Risiken oder Kosten auf die Allgemeinheit oder auf künftige Generationen zu ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteilen führen würde und damit ein Wettbewerb nach unten die Folge wäre“ (ebd.). Krisenfestigkeit bedeute daher die Einbettung des Systems Wirtschaft in die sie umgebenden Systeme Gesellschaft bzw. Umwelt. Als ein wichtiges Forschungsfeld wird dabei die Frage benannt, welche „Ursachen und welche Folgen ... die dem aktuellen Wirtschaftssystem immanente Wachstumsdynamik [hat], wie viel und welche Art von Wachstum ..nötig und möglich [ist]“ (ebd. 43).

Der Zukunftsforscher Franz Josef Radermacher spricht von einer historischen Zeitenwende („tipping point“) hin zu einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft, deren Bedingungen sich die Wirtschaftswissenschaften (erneut) annehmen müssen (RADERMACHER 2010).

Stephan Schulmeister fordert insbesondere die Hinterfragung der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die von der alleinigen Selbstregulierung des Marktes bei gleichzeitiger Zurückhaltung des Staates ausgehe. Die Wirtschaftswissenschaften hätten die aktuelle Krise mitverschuldet, so der Ökonom. Ihre Überwindung erfordere das „Verlernen des alten laissez faire und die Entwicklung neuer Konzepte“, welche die wichtigsten Widersprüche im Wirtschaftssystem, etwa zwischen Eigennutz und Solidarität, Konkurrenz- und Kooperationsverhalten, Rationalität und Emotionalität, materieller und immaterieller Bedürfnisse, integrieren (SCHULMEISTER 2009b, 104).

Hannes Abele von der Wirtschaftsuniversität Wien schließlich plädiert dafür, vom alten Wachstumsmodell abzurücken, ohne Wachstum per se zu verdammen. Es werde in Zukunft Bereiche mit und ohne Wachstum geben. Insbesondere sei auf die immer wieder auf uns zukommenden Strukturveränderungen zu achten. Wachstumsprozesse erfolgten nicht wie das „Aufblasen eines Luftballons, der sich regelmäßig nach allen Seiten ausdehnt“ (ABELE 2009, 16). Das heißt, manche Bereiche werden „stärker wachsen und andere zurückbleiben oder gar verschwinden“ (ebd.). Viele der anlässlich der Krise gegebenen Staatshilfen würden Unternehmen erhalten, die nicht wegen der Finanzkrise in Schwierigkeiten seien, wie etwa die Automobilindustrie. Hier seien eben Sättigungs-

„Die neue Weltwirtschaftskrise wurde nicht durch eine Folge schwerer ‘Betriebsunfälle’ im Finanzsektor verursacht, sie hat vielmehr ‘systemischen’ Charakter und markiert den Anfang vom Ende des Finanzkapitalismus.“ (SCHULMEISTER 2009b, 81)

„Die Vorstellung, dass alle Entwicklungen nur nach oben gerichtet sein müssen, ist unhaltbar. Wir sind beim Ressourcenverbrauch, bei der Belastung der Umwelt mit Grenzen konfrontiert.“ (ABELE 2009, 16)

tendenzen zu akzeptieren: „Es können in den Wohlstandsgesellschaften nicht noch mehr Autos gefahren oder noch mehr Fernseher gekauft werden.“ (ebd) So sei die Vorstellung, „dass alle Entwicklungen nur nach oben gerichtet sein müssen“, unhaltbar. Eine zukunftsweisende Erkenntnis.

Eine ähnliche Position vertritt das WIFO in einem 2006 publizierten Weißbuch „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ (AINGINGER et al 2006): Die empfohlene Wachstumsstrategie baut „entsprechend der Position Österreichs als reichem Land auf Innovation und Qualität“ auf. Es gehe um keine quantitative Wachstumsstrategie und keine Strategie, die auf niedrigen Löhnen basiert, sondern um „eine innovationsbasierte, qualitative Strategie“. „Schon jetzt geht ein Drittel des Wachstums auf technischen Fortschritt zurück und ein weiteres Drittel auf Qualitätsverbesserungen der Inputs“, so die WIFO-AutorInnen. Diese Komponenten würden an Bedeutung gewinnen und in der vorgeschlagenen Strategie speziell forciert (ebd. VIII).

„Schon jetzt geht ein Drittel des Wachstums auf technischen Fortschritt zurück und ein weiteres Drittel auf Qualitätsverbesserungen der Inputs.“ (AINGINGER et al 2006, VII).

Resümee oder: Die Kunst des Aufhörens

Klaus Firlei hofft auf eine „große kulturelle Transformation“, einen „Macroschift“, von dem Ervin Laszlo spricht. Es müsse der Wille bestehen, „in einen neuen Kontinent aufzubrechen, vergleichbar mit dem archetypischen Bild eines Exodus, einer Sezession, eines Neubeginns ohne Wenn und Aber“ (FIRLEI 2008, 540). Als Vorbild nennt der Arbeitsrechtler etwa die Ethik Mahatma Gandhis: „Lebe einfacher, damit andere einfach leben können.“ Die Veränderung wäre also „als Existenzform zu denken“ (ebd. 545), wie dies auch Vandana Schiva meint.

Ähnlich argumentiert Marianne Gronemeyer, die von der „Kunst des Aufhörens“ spricht (GRONEMEYER 2009). Jeder habe sein „persönliches Schlussdamit-Projekt“, so die Autorin ironisch. Der eine höre mit dem Rauchen auf, die andere mit dem Fleischessen, der dritte steige um aufs Fahrrad. Diese „kleinen Triumphe über den inneren Schweinehund“ sollten „Halt in einer haltlosen Situation“ geben, „ein bisschen richtiges Leben im falschen ermöglichen“ (ebd. 136). Doch insgeheim wüssten wir, dass dies Ausflüchte sind. Der großen ökologischen Herausforderung, der radikalen Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, stellen wir uns so nicht, meint Gronemeyer. Doch sie betrachtet auch die Aufhörappelle der Kritiker des Weiter-So mit Vorsicht: „Sie dienen mir eine Verantwortung an, die ich nicht tragen kann, weil das, was ich verantworten soll, überhaupt nicht in meiner Verfügungsgewalt ist.“ (ebd. 140)

„Wenn dem Aufhören keine Wirkung beschieden ist und der Katastrophenkurs unvermeidlich seinen Lauf nimmt, warum sollte ich dann heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen?“ (GRONEMEYER 2008 145).

In diesem Dilemma sieht die Autorin den Grund dafür, dass „Einsicht und Tun weit auseinanderdriften, dass also die Einsicht über das Handeln keine wirkliche Macht hat“ (ebd. 144). Die Sorge sei

daher kein „hilfreiches Motiv, um der Einsicht, dass es so nicht weitergehen könne, Taten, genauer: Unterlassungen folgen zu lassen.“ (ebd.151) Doch was ist es dann? Die Mäßigung, das richtige Maß, oder einfach die Erkenntnis „Weil genug genug ist.“ „Wenn das Genüge das Motiv ist, um aufzuhören“, meint Gronemeyer pointiert, „entwirren sich die Dinge auf erstaunliche Weise. Das Aufhören hört auf, zu etwas gut sein zu müssen.“ (ebd. 151)

„Weil genug genug ist!“ – reicht diese in der Tat einfache Erkenntnis, um die Ressourcen verzehrende Wachstumsdynamik unseres Wirtschaftssystems zu überwinden? Wohl nicht. Wirtschaftsverbände wie Gewerkschaften, politische Parteien und ihre Beraterstäbe, nicht zuletzt der Mainstream der Wirtschaftsforschung und Wirtschaftswissenschaft setzt nach wie vor auf den Wachstumspfad. Nicht mehr so sehr die Schaffung von noch mehr Wohlstand, sondern vielmehr die Sicherung, der Erhalt des bestehenden Wohlstandes und insbesondere die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen werden dafür als Argument ins Treffen geführt.

Neue Modelle der sozialen Sicherung und der Aufteilung der Erwerbsarbeit erscheinen mir daher ein zentraler Ansatzpunkt, den Wachstumszwang zu überwinden. Es gibt mittlerweile zahlreiche Vorschläge hierfür – von flexiblen Arbeitszeitmodellen über ausgeweitete Transfereinkommen für sozial nützliche, aber nicht dem Markt unterworfenen Tätigkeiten bis hin zu einer bedingungslosen Grundsicherung. Ökologisch macht das Grundeinkommen aber nur Sinn, wenn dadurch postmaterielle Konsumstile gefördert und die Ressourcenströme verringert werden, nicht wenn diese aus weiter steigendem Ressourcenverbrauch finanziert werden müssen.

Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ist nicht denkbar ohne eine soziale Balance. Der Gerechtigkeitsdiskurs ist nicht vom Nachhaltigkeitsdiskurs zu trennen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wäre ein historisches Zeitfenster, auch die Frage der gerechten Verteilung des Erwirtschafteten nachdrücklicher zu stellen, was Umverteilungs- und damit auch Gestaltungsspielräume jenseits von Wirtschaftswachstum schaffen würde. Auch hierfür existieren zahlreiche Vorschläge. Gerechtigkeit und Chancengleichheit erfordern aktive Staaten mit solider Finanzbasis – adaptierte Steuersysteme, die alle Arten von Einkommen adäquat zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranziehen und zugleich eine ökologische Lenkungsfunktion aufweisen, gelten als Richtschnur.

Der allmähliche Wandel des Verständnisses von Wohlstand und Lebensqualität hin zu postmateriellen Werten könnte schließlich zum Verbündeten für eine neue Chancengesellschaft sowie einen Kurs werden, der Lebensqualität - schrittweise - nicht nur vom Ressourcenverbrauch, sondern auch vom Wirtschaftswachstum ent-

Neue Modelle der sozialen Sicherung und der Aufteilung der Erwerbsarbeit als ein zentraler Ansatzpunkt, um den Wachstumszwang zu überwinden.

Gerechtigkeit und Chancengleichheit erfordern aktive Staaten mit solider Finanzbasis.

koppelt. Denn offensichtlich ist das eine ohne das andere nicht oder nur sehr begrenzt zu haben.⁴⁴

„Die Wachstumswirtschaft ist“, so Wolfgang Sachs, „zur Wachstumsgesellschaft geworden, weil viele unserer gesellschaftlichen Notwendigkeiten nicht mehr funktionieren ohne Wachstum.“ (SACHS 2009, 262) Diese Verflechtung Stück für Stück zu lösen, darin liegt die Herausforderung. Sie verlangt vor allem soziale Innovationen sowie eine Stärkung des sozialen Kapitals mit dem Ziel, die allen ein gedeihliches Auskommen ermöglicht und die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Leben schafft. Notwendig ist auch ein kultureller Wandel, der in Lebensqualität mehr sieht als die Anhäufung von noch mehr Gütern (dass dieser Wandel bereits im Gange ist, bestätigen Umfragen).

Der Wandel der Arbeitswelt sowie die Ausweitung des Blicks auf alle zu einem guten Leben notwendigen Tätigkeiten, die Neujustierung des Sozialstaates und seiner Sicherungssysteme, nicht zuletzt der schrittweise Übergang ins solare Zeitalter werden Pfade in eine Postwachstumsökonomie weisen. Sinnvoll erscheint dabei auch ein neuer Blick auf kreatives Tätigsein jenseits der industriellen Produktionsmuster, wie dies Christine Ax in ihrer „Könnensgesellschaft“ fordert (AX 2009).

Die aktuelle Finanzkrise, hinter der wohl auch eine Sättigungskrise steht, ermöglicht uns Lernerfahrungen mit Schrumpfung zu machen. Eine Grundbedingung hierfür ist – dies hat die Studie gezeigt – dass es gelingt, dem verkürzten Denken des schnellen Gewinns entgegenzuwirken, dem Finanzkapitalismus wieder Zügel anzulegen und der Realwirtschaft zu unterstellen. Die Zeit drängt, sie scheint aber derzeit auch günstig!

Der Wandel der Arbeitswelt sowie des Verständnisses darüber, was Arbeit ist, die Neujustierung des Sozialstaates und seiner Sicherungssysteme, nicht zuletzt der schrittweise Übergang ins solare Zeitalter werden Pfade in eine Postwachstumsökonomie weisen.

⁴⁴ Vgl. dazu die internationale Degrowth-Bewegung: www.degrowth.net, in Frankreich „Decroissance“: www.decroissance.info.

Literatur

ABELE, Hannes (2009): Wachstum stabilisiert die Gesellschaft. Interview mit Veronika Canaval in Salzburger Nachrichten, 13. 6. 2009.

AIGINGER, Karl et al (2006): WIFO-Weißbuch - Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Wien, Eigenverlag. Download Zusammenfassung:

www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?typeid=8&display_mode=2&fid=23923&id=27639

AIGINGER, Karl (2009): 2010: „Noch viele kleinere Krisen“. Interview in Kurier vom 25. 12. 2009, 9.

ALTNER, Günter et al (2009): Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010. Stuttgart, Hirzel.

ALTVATER, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster, Westfälisches Dampfboot.

ALTVATER, Elmar (2009): Knappe Ressourcen: Wachstum der Grenzen oder Grenzen des Wachstums. In: Altner et al 2009, 61-70.

ANDERSEN, Arne (1999): Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute. Frankfurt, Campus.

ATLAS DER GLOBALISIERUNG (2009): Sehen und verstehen, was die Welt bewegt. Berlin, Le Monde diplomatique.

AX, Christine (2009): Die Könnensgesellschaft. Mit kreativer Arbeit aus der Krise. Berlin, Rhombos.

BAIER, Andrea et al (2007) : Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes. München, ökom.

BANK AUSTRIA (2009): Konjunktur 2009.

http://www.bankaustria.at/informationpdfs/Oesterreich-Konjunktur_14-12-09.pdf

BINSWANGER, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis

BINSWANGER, Hans Christoph (2009): Nachhaltige Wirtschaft – Geldmaschine abstellen, Aktienrecht umstellen. In: Jahrbuch Ökologie. Stuttgart, Hirzel, 11-16.

BINSWANGER, Mathias (2008): Die Tretmühlen des Glücks. Freiburg, Herder.

BOFINGER, Peter (2009): Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen. Berlin, Econ.

BOMMERT, Wilfried (2009): Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung. München, Riemann.

BOSCH, Gerhard et al (2002): Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität. Frankfurt, Campus.

BOURCADE, K; HERZMANN, K. (2006): Normalfall exponentielles Wachstum? – ein internationaler Vergleich. Aufsatz auf www.wachstumsstudien.de.

BÜRGENMEIER, Beat (2009): Mehr Wirtschaftswachstum? Eine Glaubensfrage. In: Mastronardi, Philippe et al: Lernen aus der Krise. Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus. Bern: Haupt.

BUTTERWEGGE, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt: Campus.

DALY, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg, Anton-Pustet.

DALY, Herman E. (2001): Wachstum und Globalisierung in einer vollen Welt. In: Natur und Kultur, Bad Mitterndorf, 2/2001.

DALY, Herman E. (2009): Steady-State-Economy – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 162-163/2009, 39-43.

EICHHORN, Wolfgang; SOLTE, Dirk (2009): Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick – Analyse – Ausblick. Frankfurt, Fischer.

ERBRICH, Paul (2004): Grenzen des Wachstums im Widerstreit der Meinungen. Stuttgart, Kohlhammer.

EXNER, Andreas et al. (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien: Überreuter.

FAO (2009): The 2010 Hunger Report. www.hungerreport.org/2010/

FELBER, Christian (2009): Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Wien, Deuticke.

FELBER, Christian (2009): Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise. Wien, Deuticke.

FIRLEI, Klaus (2008): Neoliberale Globalisierung oder grenzenlose Invasion des Kapitalverhältnisses. Fragmente einer Revolutionstheorie des 21. Jahrhunderts. In: Dimmel, Nikolaus et al: Die Gewalt des neoliberalen Staates. Wien, Fakultas, 487-564.

GABRIEL, Klaus; SCHLAGNITWEIT, Markus (2009): Das gute Geld: Ethisches Investment. Hintergründe und Möglichkeiten. Innsbruck, Tyrolia.

FROMM, Erich (1999): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer Gesellschaft. München, dtv.

GLOBAL CHALLENGES NETWORK ed. (2003). Ölwechsel. Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellungen für die Zukunft. München, dtv.

GROLL, Franz (2009): Von der Finanzkrise zur solidarischen Wirtschaft. Hamburg, VSA-Verlag.

GRONEMEYER, Marianne (1988): Die Macht der Bedürfnisse. Hamburg, Rowohlt.

GRONEMEYER, Marianne (2008): Genug ist genug. Die Kunst des Aufhörens. Darmstadt, Primus.

GUDE, Jörg (2009): Zur Notwendigkeit einer Moratoriums- und Konkursordnung für den Staat. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 2009/162-163, 43-44.

HAPPE, Volker et al (2009): Das Wirtschaftslexikon. Begriffe, Zahlen, Zusammenhänge. Bonn, Dietz.

HÄNDELER, Eric (2004): Die Geschichte der Zukunft. Sozialverhalten heute und der Wohlstand von morgen. Kondratieffs Globalsicht. Moers, Brendow.

HENDERSON, Hazel (1985): Das Ende der Ökonomie. Die ersten Tage des nach-industriellen Zeitalters. München, Dianus-Trikont Buchverlag.

HENDERSON, Hazel (2009): Es wäre ein Verbrechen, die Krise ungenutzt zu lassen. In: Lüpke a. a. O. 366-389.

HENSELING, Karl Otto (2009): Ineffiziente Ressourcennutzung – und was man dagegen tun kann. In: Altner a.a.O. 99-104.

HINTERBERGER, Fritz et al (2009): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien, Mandelbaum.

HINTERBERGER, Fritz (2009): Ökologischer Rucksack – globale Ressourcenflüsse und Österreich. In: Altner et al 2009, 231-242.

HOFFMANN, Johannes; SCHERHORN, Gerhard (Ed.) (2009): Eine Politik für Nachhaltigkeit. Neuordnung der Kapital- und Gütermärkte. Erkelenz, Altius.

HOFMANN, Gerhard (2009): HPS – eine Wette auf die Zukunft. Silicium-Wasserstoffe – auf dem weg in die kohlenstofffreie Energiewirtschaft. In: Hofmann/Scherhorn a. a. O., 410-428.

HOLZINGER, Hans (2007): Generationengerechtigkeit im Kontext der Nachhaltigkeit. In: Fischer, Michael; Strasser, Michaela: Rechtsethik. Wien et al., Peter Lang, 347-368

HOLZINGER, Hans (2006): Nachhaltigkeit und Glück – Sustainable happiness. In: Umwelt & Bildung 2006/4, 6-9.

HÖSELE, Vittorio (2003): Dimensionen der ökologischen Krise. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen a. a. O. S. 125-152.

HUBER et al (2008):

IPCC (2007): Climate Change 2007. Synthesis Report.
<http://www.ipcc.ch/>

JÄGER, Jill (2006): Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit. Frankfurt, Fischer.

JANGER, Jürgen et al (2005): Bestimmungsgründe der Konsumententwicklung in Österreich — Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Geldpolitik & Wirtschaft. Wien, OeNB.
http://www.oenb.at/de/img/gewi_2005_q3_analysen_03_tcm14-32034.pdf

JÄNNICKE, Martin (2008): Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München, oekom.

JENNER, Gero (2008): Das Pyramidenspiel. Finanzkapital manipuliert die Wirtschaft. Wien, Signum.

JISCHA, Michael F. (2008): Gedanken zur Wahrnehmung der Zukunft. In: Popp, Reinhold, Schüll, Elmar (ed): Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Berlin et al, Springer, 37-50.

KENNEDY, Margrit (2009): Was uns völlig fehlt, ist eine Vielfalt von Geldern. In: LÜPKE a.a.O. 416-441

KHANNA, Parag (2008): Der Kampf um die zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung. Berlin, Berlin-Verlag.

KREIBICH, Rolf (2004): Zukunftsvisionen und Zukunftserwartung. Herausforderungen für die Bürgergesellschaft. In: Klaus Kufeld (Hg.): Wir bauen die Städte zusammen. Die Bürgerregion als Utopie? Freiburg u. a., Alber. S. 71-94

KURZ, Rudi (2007): Wirtschaftswachstum als Ausweg aus der ökologischen Krise? In: Rudolph, Sven (ed.) a .a.O. S. 17 – 30

LASZLO, Ervin (2009): Wir sind an einem Wendepunkt, der Wandel liegt vor uns. In: Lüpke a. a. O. 20-42.

LAYARD, Richard (2005): Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt u.a., Campus.

LIETAER, Bernard (2009): Ich würde sagen: Baut Flöße. In: LÜPKE a.a.O. 442-464.

LÖPFE, Philip; VONTOBEL, Werner (2008): Arbeitswut. Warum es sich nicht lohnt, sich abzuheizen und gegenseitig die Jobs abzujagen. Frankfurt, Campus.

LUKS, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Prinzipien einer neuen Wirtschaft. *Marburg, Metropolis.*

LÜPKE, Geseko von: Zukunft entsteht aus Krise. Antworten von Joseph Stiglitz, Vandana Shiva, Wolfgang Sachs, Joanna Macy, Bernard Lietaer u. a. München: Riemann.

MARTERBAUER, Markus (2007): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien, Szolnay.

MARTINUZZI, André; SEDLACKO, Michal (2009): Bausteine einer krisenfesten Marktwirtschaft. Bestandsaufnahme und Abgrenzung des Forschungsbedarfs in den Wirtschaftswissenschaften.

Wien, Research Institute for Managing Sustainability der Wirtschaftsuniversität Wien. Download:

http://www.sustainability.at/newsletter/files/newsletter_2009-11.html#2b

MASTRONARDI, Philippe et al, ed. (2009): Lernen aus der Krise. Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus. Ein Dossier von Kontrapunkt. Bern et al, Haupt.

MEADOWS, Dennis L. et al (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

MEADOWS, Dennis L. et al (1993): Die neuen Grenzen des Wachstums. Reinbek, Rowohlt.

MEADOWS, Dennis L. et al (2006): Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre-Update. Stuttgart, Hirzel Verlag,

MÜLLER, Michael; NIEBERT, Kai (2009): Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal. München, ökom.

MYERS, Norman; KENT, Jennifer (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern. In: Natur und Kultur 6/1.

NOWOTNY, Ewald (2010): Rückfall in Rezession vorerst kein Thema. Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters am 18. 1. 2010.

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE60H0OU20100118>

OeNB (2009): Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2009 bis 2011 vom Dezember 2009.

http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp

ÖIN (2001): Nachhaltige volkswirtschaftliche Entwicklung: Monatsthema August 2001.

http://www.nachhaltigkeit.at/bibliothek/pdf/monatsthemen2001/mainM01_08.pdf

PLATTFORM FOOTPRINT (2009): Globale Ressourcen für heuer bereits aufgebraucht. Homepage-Artikel.

<http://www.footprint.at/index.php?id=3852>

- PAECH, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Hinterberger, Fritz et al a. a. O. 215-223
- PLETTENBACHER, Tobias (2009): Neues Geld – neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege. Wien, Planet-Verlag.
- P. M. (2008): Neustart Schweiz. So geht es weiter. Zürich, edition Zeitpunkt.
- RADERMACHER, Franz Josef; BEYER, Bert (2007): Welt mit Zukunft. Überleben im 21. Jahrhundert. Hamburg, Murmann.
- RADERMACHER, Franz Josef (2010): Die Wirtschaftswissenschaften nach der Krise. Einige Hinweise zur Orientierung. Entwurf 20.1. 2010. Download: www.faw-neu-ulm.de.
- REICH, Robert (2008): Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Frankfurt, Campus.
- RIEGLER, Josef (2009): Den Blick nach vorn – Ökosozial leben und wirtschaften. Wien, Club Niederösterreich.
- RUDOLPH, Sven (ed., 2007): Wachstum, Wachstum über alles? Marburg, Metropolis.
- SACHS, Wolfgang (2008, Red.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt/M., Fischer-TB.
- SACHS, Wolfgang (2006): Die Kunst der Einfachheit. In: Sustainable Mozart. Kultur, Kunst und Nachhaltigkeit. Salzburg, JBZ-Verlag, 19-24.
- SACHS, Wolfgang (2009): Den fossilen Öltanker durch viele Segelboote ablösen. In: Lüpke a. a. O., 245-268
- SAKAR, Saral (2009): Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie. Neuulm AG SPAK.
- SANDGRUBER, Roman (2010): Wenn der Staat bankrott geht. Interview mit Alexander Purger in Salzburger Nachrichten, 23. 1. 2010, 3.
- SCHAFFER, Axel; STAGHMER, Carsten (2005): Die Halbtagsgesellschaft. Ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. München, ökom.
- SCHULMEISTER, Stephan (2009a): Destabilisierende Finanzspekulation und ihre Eindämmung durch eine Transaktionssteuer. In: Hoffmann/ Scherhorn a. a. O. 197-219.
- SCHULMEISTER, Stephan (2009b): Der Beitrag der Wirtschaftswissenschaften zum „Aufbau“ der großen Krise. In: Washietl, E.; Pfisterer, E. (ed): Gerechtigkeit – um die rechte Führung des Lebens. Wien et al, LIT-Verlag, 81-104.

- SCHERHORN, Gerhard (2009): Die einseitige Verpflichtung der Kapitalgesellschaften. In: Hoffmann/ Scherhorn a. a. O. 239-256.
- SEN, Amartya (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München, dtv.
- SHIVA, Vandana (2009): Leben ohne Erdöl. Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben. Zürich, Rotpunkt.
- SLOTERDIJK, Peter (2002): Stadt-Energetik. In: A. Klotz et al (Ed.): Stadt und Nachhaltigkeit. Wien et al, Springer., 15-24.
- SOLTE, Dirk (2008): Weltfinanzsystem am Limit. Einblicke in den heiligen Gral der Globalisierung. Berlin, Terra-Verlag.
- SPANGENBERG, Hans Joachim (2007): Das Überlebensspiel. Ökologische und soziale Folgen von Wirtschaftswachstum und Effizienzstrategien für Schwellen- und Entwicklungsländer. In: Rudolph, Sven (Ed.) a. a. O. 145 – 176
- SPITZNAGEL, Eugen (2007): Wirtschaftswachstum als Beschäftigungsgarant? In: RUDOLPH (ed.) a. a. O. S. 53 – 74.
- STEGER, Sören; BLEISCHWITZ, Raimund (2007): Entkoppelung der Ressourcennutzung vom Wachstum – Wie erfolgreich ist Europa bei der Erhöhung der Ressourcenproduktivität und einer Dematerialisierung?** In: Rudolph, Sven (ed.) a. a. O. 101 – 130.
- STERN, Nicholas (2009): Der Global Deal. Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen. München, Beck.
- STRICKER, Martin (2009): Der Klimaschutz als Regierungsprinzip. Salzburger Nachrichten, 19. 12. 2009, 1.
- STATISTIK Austria (2008): Österreichischer Zahlenspiegel. Dezember 2008. Wien, Eigenverlag.
- STATISTIK Austria (2009a): Österreichischer Zahlenspiegel. Jahresausgabe 2009. Wien, Eigenverlag.
- STATISTIK AUSTRIA,(2009a): Österreichischer Zahlenspiegel. Jahresausgabe 2009. Wien, Eigenverlag.
- STATISTIK AUSTRIA,(2009b): Österreichischer Zahlenspiegel. November 2009. Wien, Eigenverlag.
- STIGLITZ, Joseph (2006): Die Chancen der Globalisierung. München; Siedler.
- STIFTUNG FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN (2003, ed.): Handbuch Generationengerechtigkeit. München, Ökom-Verl.
- STOPP, Konrad (2004): Die 30-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im „atmenden“ Arbeitsmarkt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 2004/10.

TRATTNIGG, Rita (2009): Wachstum zukunftsfähig gestalten. Schauplätze, Akteure, Perspektiven. In: Hinterberger et al a.a.O. 11-28

THUROW, Lester (2003): Die Zukunft der Weltwirtschaft. Frankfurt, Campus.

UCHATIUS, Wolfgang (2009): Wir könnten auch anders. DIE ZEIT-Dossier, 20. 5. 2009, 15-18.

UMWELT (2009): Deutschland soll Leitmarkt der Elektromobilität werden. In: Umwelt 2009/10. Hrsg. vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin, 740-742.

UNEP (2009a): Climate Change. Science Compendium.
<http://www.unep.org/compendium2009/>

UNEP 2009b: UNEP 2008 Annual Report.
http://www.unep.org/publications/contents/Annual_Reports.asp

VOBRUBA, Georg (2000): Abschied von der Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen. Frankfurt, Suhrkamp.

VOBRUBA, Georg (2006): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden, VS Verlag.

WELT IN ZAHLEN (2005): Hrsg. v. Handelsblatt, Gütersloh, Scherzverlag.

WEIZSÄCKER, Ernst Ulrich v. (2009): Staat und Markt – eine neue Balance muss her. In: ALTNER et al 2009.

WERNER, Götz W. (2007): Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. Köln, Kiepenheuer & Wietsch.

WIEGAND, Klaus: Die Welt am Limit. Vorwort in: Eichhorn/Solte 2009 a. a. O. 7-21.

WIFO (1976): Wandlungen und Prognose der österreichischen Konsumstruktur,
http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1976Heft01_008_025.pdf

WKO (2009): Wege aus der überhöhten Staatsverschuldung.
portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=1172647

WOLTRON, Klaus (2009): Die Perestroika des Kapitalismus. Ein Aufruf zum Systemwechsel. St. Pölten u. a., Residenz.

WORLDWATCH INSTITUTE (2010): State of the World 2010. Transforming Cultures: From Consumerism to Sustainability. Washington, Worldwatch-Institute.

ZELLMANN, Peter (2010): Die Zukunft der Arbeit. Viele werden etwas anderes tun. Wien, Molden.

ZIEGLER, Jean (2005): Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. München, Bertelsmann.

ZIEGLER, Jean (2009): Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren.